

Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik

Antimuslimische Abwertungs-, Ausgrenzungs-, Feindbild-,
Generalisierungs- und Hetzkampagnen im Jahr 2020

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	3
Definition von antimuslimischem Rassismus	5
Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre	7
Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2020	27
Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen	105

Hintergrund

Dieser Bericht widmet sich dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik. Er beleuchtet antimuslimische Handlungen und antimuslimische Agitation von maßgeblichen politischen Akteurinnen und Akteuren in Österreich. Ziel des Berichtes ist eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das gefährliche antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus.

Die ersten beiden Berichte von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik widmeten sich Vorkommnissen in den Jahren 2018 und 2019. Der vorliegende Bericht beleuchtet das Jahr 2020, das innenpolitisch von der Corona-Pandemie, einigen Landtags- und Gemeinderatswahlen sowie dem islamistisch-fundamentalistischen Terroranschlag in Wien geprägt war.

Der Bericht fokussiert auf eindeutige Fälle von antimuslimischem Rassismus sowie auf Aussagen und Handlungen mit einer deutlich erkennbaren antimuslimisch-rassistischen Tendenz. Nicht behandelt werden umstrittene und verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen, die von der Politik als Kampf gegen Fundamentalismus, Geschlechterungleichbehandlung und Geschlechtertrennung kommuniziert werden, die in den vergangenen Jahren aber nahezu ausschließlich auf eine einzige Religion und ihre Angehörigen fokussiert wurden.¹ Des Weiteren nicht behandelt werden in diesem Bericht antimuslimisch-rassistische Handlungen und Übergriffe im Alltag. Diese werden sowohl im „Rassismus Report“ der Antirassismusstelle ZARA² als auch im Bericht der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“³ erfasst.

Die politische Agitation gegen Musliminnen und Muslime hat in Österreich deutlich zugenommen. Das Abwerten von Menschen alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit sowie das Schüren von Angst, Hass, Neid und Missgunst ist kein politisches Randphänomen mehr, sondern in das Zentrum der Politik gerückt. Auch Personen in hohen politischen Funktionen und mit viel politischer Macht beteiligten sich in den vergangenen Jahren an der Aufwiegelung und Aufhetzung gegen Musliminnen und Muslime.

Zentrale Akteurin des offenen antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik war und ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Im Jahr 2019 beteiligten sich allerdings auch namhafte PolitikerInnen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) an Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Generalverdachtskampagnen gegen Musliminnen und Muslime.

Antimuslimischer Rassismus ist sowohl eine Gefahr für die Betroffenen als auch für unsere Demokratie, weil er Menschen ausgrenzt und verletzt, das Zusammenleben torpediert, die

¹ Ein Beispiel für eine solche Maßnahme ist das „Verhüllungsverbot an Volksschulen“, das auf das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Mädchen abzielte. Im Dezember 2020 hob der österreichische Verfassungsgerichtshof dieses Verhüllungsverbot als verfassungswidrig auf. Das so genannte „Kopftuchverbot“ verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz in Verbindung mit Recht auf Religionsfreiheit, so der Verfassungsgerichtshof. Siehe: https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswid.de.php

² ZARA Rassismus Report 2019: https://assets.zara.or.at/download/pdf/ZARA-Rassismus_Report_2019.pdf

³ Antimuslimischer Rassismus Report 2019 der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“: <https://dokustelle.at/fileadmin/Documents/Reports/Report-2019-A4.pdf>

Gesellschaft spaltet, den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt schafft und radikale Gegenbewegungen befeuert.

Ermutigt werden antimuslimisch-rassistische Kampagnen durch die Tatsache, dass es in Österreich bislang keine breite politische Ächtung von antimuslimischem Rassismus gibt. Während der Kampf gegen Antisemitismus zurecht als wichtiges Thema kommuniziert wird, gibt es bis dato kein durchgehendes Bekenntnis der Spitzenpolitik zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Mitglieder vergangener Bundesregierungen waren sogar maßgebliche Akteurinnen und Akteure antimuslimischer Agitation – ohne dabei im Regelfall auf nennenswerten Widerspruch oder gar Protest von Seiten anderer Regierungsmitglieder zu stoßen.

Erst der im Jänner 2019 von SOS Mitmensch erstmalig veröffentlichte Bericht zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik hat – auf Nachfrage von SOS Mitmensch – zu Reaktionen von Teilen der österreichischen Spitzenpolitik geführt. Die Bundesparteivorsitzenden von SPÖ, NEOS, JETZT und Grünen reagierten mit schriftlichen Stellungnahmen, in denen sie antimuslimische Hetzkampagnen verurteilten. Auch alle neun Landeshauptleute und zahlreiche Landesparteivorsitzende verurteilten in schriftlichen Stellungnahmen jegliche Form von Rassismus. Demgegenüber wollten sich die Bundesparteivorsitzenden von ÖVP und FPÖ nicht gegen antimuslimischen Rassismus äußern.

Die politischen Hetzkampagnen der vergangenen Jahre gegen Musliminnen und Muslime, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Laut einer im Jahr 2019 von der Universität Salzburg ausgewerteten Umfrage des Sozialen Survey Österreich zu Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen gaben 35 Prozent der Befragten an, eine negative Einstellung zu haben – so viele wie bei keiner anderen durch Religion definierten Gruppe. Bei Christen macht dieser Wert 5 Prozent aus, bei Juden 16 Prozent. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, „Muslime sollten nicht die gleichen Rechte wie alle in Österreich haben“.⁴

Angesichts dieser alarmierenden Daten ist es dringend geboten, jeglichen Anfängen in Richtung Abwertung, Ausschluss und Diskriminierung von Menschen alleine aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit entschlossen entgegenzutreten.

Als alarmierend ist auch die Tatsache zu bewerten, dass die seit Anfang 2020 grassierende Corona-Pandemie von Teilen der Politik dazu missbraucht wurde, um Neid und Hass gegen Musliminnen und Muslime zu schüren und antimuslimische Verschwörungstheorien zu verbreiten. In mehreren Wellen wurde in Presseaussendungen sowie in Einträgen in sozialen Netzwerken versucht, gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln und Spaltung zu erzeugen bzw. zu vertiefen.

Dieser Bericht richtet sich an alle Menschen in Österreich, aber ganz besonders an die Spitzenpolitik. Er fordert einen konsequenten Kampf gegen antimuslimischen Rassismus wie auch gegen andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung ein. Siehe dazu auch die Liste der konkreten Forderungen am Ende dieses Berichts.

⁴ <https://www.derstandard.at/story/2000109103695/mehrheit-der-oesterreicher-sehen-islam-kritisch>

Definition von antimuslimischem Rassismus

Rassismus ist eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs- und Gewaltideologie, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale – wie tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit – herabwürdigt, ihrer Sicherheit beraubt, Chancen zunichtemacht, Freiheiten einschränkt und im Extremfall in Vertreibung, Verfolgung und Mord mündet. Rassismus ist unvereinbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Antimuslimischer Rassismus steht für den Angriff auf Menschen alleine aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit. Antimuslimischer Rassismus raubt Menschen ihre Individualität und beurteilt sie nicht nach ihrem konkreten Handeln, sondern nach pauschalen Vorurteilen. Antimuslimischer Rassismus wertet Menschen kollektiv ab, macht sie zum Ziel von Generalverdachts- und Hasskampagnen, bedroht sie und bildet die Grundlage für Diskriminierung und Übergriffe.

Antimuslimischer Rassismus in der Politik umfasst das antimuslimisch-rassistische Handeln und die Agitation von politischen Akteurinnen und Akteuren, seien es politische Organisationen, parteipolitische Funktionärinnen und Funktionäre oder politische Amtsträgerinnen und Amtsträger.

Antimuslimischer Rassismus umfasst nicht die faktenbasierte kritische Auseinandersetzung mit Religion oder mit konkreten individuellen Handlungen von Personen oder Organisationen, sondern er umfasst den kollektiven und undifferenzierten Angriff auf Menschen und Institutionen alleine aufgrund einer Vorurteils- und Hassideologie.

Im vorliegenden Bericht wird dann und nur dann von antimuslimischem Rassismus gesprochen, wenn

- generalisierende Aussagen über Musliminnen und Muslime bzw. als Musliminnen und Muslime gelesene Menschen getätigt werden, die diese pauschal herabwürdigen bzw. negativ abstempeln.
- eine Bebilderung bzw. Bildsprache zur Anwendung kommt, die Musliminnen und Muslime pauschal herabwürdigt und/oder pauschal negativ abstempelt.
- Musliminnen und Muslime in entmenschlichender Weise dargestellt werden.
- das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen in Österreich per se als etwas pauschal Negatives oder Bedrohliches dargestellt wird.
- Musliminnen und Muslime ohne sachlichen Zusammenhang in negativen Kontexten abgebildet werden.
- Musliminnen und Muslime als homogenes problembehaftetes Kollektiv konstruiert und diskriminierende Zwangsmaßnahmen gegen dieses „homogene Kollektiv“ gefordert werden.
- Muslim*innen kollektiv als privilegierte bzw. überprivilegierte gesellschaftliche Gruppe dargestellt werden und Neid geschürt wird.
- Musliminnen und Muslime als unwert dargestellt werden, die gleichen staatlichen Leistungen wie alle anderen im Land zu erhalten.
- Muslim*innen zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht werden.
- gegen Muslim*innen gerichtete Verschwörungstheorien verbreitet werden.

- als negativ wahrgenommene Themen und Phänomene ohne sachliche Begründung alleine auf Musliminnen und Muslime reduziert und damit antimuslimisch aufgeladen werden.
- kollektiv entrechtende und diskriminierende Forderungen gegen Musliminnen und Muslime erhoben werden.
- Musliminnen und Muslimen die Möglichkeit vollwertige Bürgerinnen und Bürger Österreichs zu sein pauschal abgesprochen wird.
- eine strikte und unauflösliche kollektive Trennlinie zwischen „den Österreichern“ und „den Muslimen“ gezogen wird bzw. Musliminnen und Muslime kollektiv zu „Ausländer*innen“ erklärt werden.
- Muslim*innen durch die pauschale Abstempelung ihrer Religion als „ewig fremd“, selbst auch zu „ewigen Fremden“ erklärt und aus der Gesellschaft „für ewig“ ausgegrenzt werden.
- Rechte und Wünsche von Muslim*innen, die bei Angehörigen anderer Religionen nicht kritisiert werden, ohne sachliche Begründung pauschal abgewertet und als Bedrohung gebrandmarkt werden.
- wertschätzendes und respektvolles Verhalten gegenüber Musliminnen und Muslimen pauschal abgewertet und skandalisiert wird.
- die Existenz von antimuslimischer Hetze pauschal geleugnet wird.

Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre

Antimuslimischer Rassismus ist bereits seit einigen Jahren in der österreichischen Politik verankert. Trat er anfangs vorwiegend in Wahlkampfzeiten auf, so ist inzwischen in Teilen der Politik eine permanente antimuslimisch-rassistische Kampagne zu bemerken. Im Folgenden chronologisch geordnete Fallbeispiele ab dem Jahr 2015, die stellvertretend für antimuslimisch-rassistische Tendenzen in der österreichischen Spitzenpolitik stehen:

Anfang 2015 forderte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner einen „Stopp des Zuzugs“ von Musliminnen und Muslimen:⁵

*„Wer aber Teil unserer Gesellschaft werden will, ist willkommen.
Außer den Muslimen, für deren Zuzug es einen Stopp geben soll.“*
Manfred Haimbuchner im „Kurier“

In der Steiermark suggerierte 2015 eine Kampagne der FPÖ, dass „die Steirer“ und „der Islam“ zwei vollkommen getrennte Sachen seien, „die Steirer“ also keine (gläubigen) Musliminnen und Muslime sein können und (gläubige) Musliminnen und Muslime keine Steirer*innen sein können:



Während des Bundespräsidentchaftswahlkampfes 2016 versuchte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die Bevölkerung gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln, indem er sagte: „Kennt ihr einen Moslem, der im Pflegebereich arbeitet, der bereit ist, unseren Senioren vielleicht die Windeln zu wechseln? Ich kenne das nicht“. Daraufhin erklärte der Sprecher der Caritas, Klaus Schwertner: „Allein bei der Caritas Wien sind 130 muslimische Pfleger und Pflegerinnen beschäftigt.“⁶

Der frühere FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache verwendete über einen Zeitraum von fast zehn Jahren in Wahlkämpfen immer wieder den folgenden Satz in unterschiedlichen Varianten, um gegen Musliminnen (und Muslime) aufzuwiegeln: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“⁷ Zuletzt versuchte er im März 2017 mit diesem Satz eine Menschenmenge zum Kochen zu bringen.⁸

⁵ Siehe: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/manfred-haimbuchner-der-islam-bedroht-unsere-gesellschaft/119.450.446>

⁶ Siehe: <https://kurier.at/einfache-sprache/norbert-hofer-kennt-keine-muslimischen-pfleger/231.333.227>


⁷ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=BlvhRhr9Bds>

⁸ Siehe: <https://orf.at/v2/stories/2381529>

Im Juni 2017 beschwerte sich der oberösterreichische FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner über Ramadan-Wünsche des damaligen Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz. Haimbuchner sprach von „Anbiederung an die Muslime“:⁹



Manfred Haimbuchner

Diese Seite gefällt mir · 25. Juni · 

ÖVP-Chef Sebastian Kurz beglückwünscht die Muslime zum Ende des Ramadan – Christi Himmelfahrt war ihm egal. Wie die Anbiederung an die Muslime mit seiner Forderung nach Schließung der islamischen Kindergärten zusammenpasst, ist mir ein Rätsel.

Im August 2017 bezeichnet der damalige ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus die Stadtregierung als „Verräter“, weil in Wien „soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie verliehen werden“ (was laut Statistik Austria falsch ist, Anm.¹⁰) und weil diese Staatsbürgerschaften „vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren“ (Personen mit Staatsbürgerschaften aus diesen drei Ländern machten im Jahr 2017 knapp über 29 Prozent der österreichischen Staatsbürgerschaftsverleihungen aus) verliehen werden. Damit würde „die Islamisierung“ gefördert und „unsere Identität bewusst zerstört werden“, so Gudenus.¹¹



Johann Gudenus 😡 verärgert.

21 Std. · 

Die SPÖ verleiht in Wien soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie. Vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren. Die SPÖ fördert damit die Islamisierung unserer Heimatstadt. Ein gezielter Bevölkerungs- und Wähler austausch! Eine bewusste Zerstörung unserer Identität. Nicht mit uns! Der 15.10. bietet die Gelegenheit für eine saftige Denkmittelwahl gegen rot-grünen Verräter!!!

Im Sommer und Herbst 2017 wurde die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von verschiedenen niederösterreichischen FPÖ-Politikern (darunter auch dem jetzigen

⁹ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1504194109641260/?type=3&theater>

¹⁰ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html

¹¹ Siehe: https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?_tn=-R

Landesrat Gottfried Waldhäusl¹² und FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer¹³) in Presseaussendungen als „Moslem-Mama“ bezeichnet:



Im November 2017 warnte die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vor einem Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Österreich. Sie postete dazu ein Bild mit einem Mädchen mit Kopftuch und einem Buben mit Kopfbedeckung:¹⁴



¹² Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170915_OTSS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein

¹³ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTSS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten

¹⁴ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/984608975013705/?type=3&theater>

Im Jahr 2018 hielt der antimuslimische Rassismus erstmals Einzug in die österreichische Bundesregierung. Mit der Angelobung der Regierung aus ÖVP und FPÖ wurden einige der Hauptakteure des antimuslimischen Rassismus mit Regierungsmacht und Regierungsämtern ausgestattet. Kurz nach Regierungseintritt startete die FPÖ eine Kampagne gegen Musliminnen und Muslime, die an die Häufigkeit des Namens „Muhammed“ anknüpfte. Den Startschuss machte der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Er postet auf Facebook ein Bild mit dem Text: „Muhammed ist dritthäufigster Vorname in Wien“. Vilimsky kommentiert das Bild mit den Worten: „Besorgniserregend! In Brüssel und London ist Mohammed schon der beliebteste Vorname für neugeborene Buben. Wien ist auch am Weg dorthin. Das will ich nicht!“¹⁵

Muhammed ist dritthäufigster Vorname Wiens



Im März 2018 bezeichnete der oberösterreichische FPÖ-Vizepräsident Manfred Haimbuchner auf Facebook Musliminnen und Muslime generalisierend als „schwer vermittelbar“ und brachte sie kollektiv in Zusammenhang mit „Arbeitsverweigerung“.¹⁶



Im Mai 2018 skandalisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime und sprach ihnen damit das Recht ab, vollwertige Bürgerinnen und Bürger in Österreich zu sein.: „Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft“, lautete der Schriftzug auf einem von ihm

¹⁵ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1532947133490895/?type=3&theater>

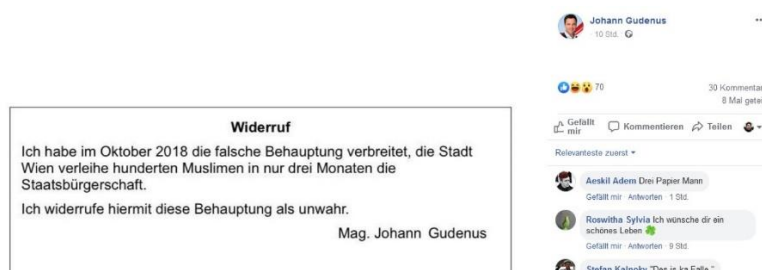
¹⁶ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1763296980397637/?type=3&theater>

geposteten Bild auf Facebook.¹⁷ Um Staatsbürgerschaftsverleihungen an Musliminnen und Muslime zu diskreditieren, bediente sich Gudenus einer perfiden Methode: Er postete ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für die Musliminnen und Muslime in Österreich. Das gleiche Bild und den gleichen Text wie Gudenus postete auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky.¹⁸



Im November 2019 musste Gudenus seine „unwahre Aussage“ nach einer Klage der Stadt Wien widerrufen (siehe Bild unten).



Im Juni 2018 bewarb die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild des Rings Freiheitlicher Jugend auf dem sich im Hintergrund grau gezeichnete düster dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung tummelten. Der Text auf dem Bild lautete „Tradition schlägt Migration“. Darunter stand „Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme“. Und daneben waren Schlagzeilen über die Zahl von Musliminnen und Muslimen in Österreich abgebildet.¹⁹

¹⁷ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.119589688094539/1775027029217455/?type=3&theater>

¹⁸ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1666293430156264/?type=3&theater>

¹⁹ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>



Im August 2018 nahm die Facebook-Seite der FPÖ den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter zum Anlass, um eine E-Card mit einer Frau mit Kopftuch zu posten und darunter eine weitere junge Frau mit Kopftuch zu zeigen, der das Zitat „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt wurde.²⁰



Im Oktober 2018 wurde die von der Regierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe von einer rassistischen und antimuslimischen Kampagne der FPÖ begleitet, in deren Verlauf mehrere Sujets in Umlauf gebracht wurden, die kopftuchtragende Frauen in den Mittelpunkt stellten.²¹ Die Sujets erweckten den irreführenden Eindruck, ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe würde an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen. Doch 90 Prozent der Zahlungen für im Ausland lebende Kinder betreffen die Länder Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien, Slowenien und Tschechien.²² Für Kinder, die in Drittstaaten, also außerhalb des EU/EWR-Raums, leben, wird schon seit längerem überhaupt keine

²⁰ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1154374314703836/?type=3&theater>

²¹ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/stoppen-sie-die-luegen-und-hetzkampagne-herr-vizekanzler>

²² Siehe: https://diepresse.com/home/innenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfacht

Familienbeihilfe gezahlt.²³ Nach scharfer Kritik zog die FPÖ lediglich eines der Sujets aus dem Verkehr.



Ebenfalls im Oktober 2018 kritisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Entfernung von Namen auf Türschildern, weil damit „verschleiert werde“, dass „immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen“.



Im November 2018 brachte die FPÖ über ihre offizielle Facebook-Seite ein antitürkisches und antimuslimisches Video zur E-Card in Umlauf. Die damalige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein trat in dem Video, in dem einem „Ali“ unterstellt wurde, er würde die E-Card von „Mustafa“ betrügerisch benutzen, auf.²⁴ Erst nach heftiger Kritik wurde das Video gelöscht.²⁵

²³ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101117_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei

²⁴ Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

²⁵ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/aktuelle-hasskampagne-fuehrt-gipfel-gegen-hass-ad-absurdum>



Ebenfalls im November 2018 forderten die FPÖ Wien und drei Wiener FPÖ-Politiker, darunter der jetzige Wiener FPÖ Obmann Dominik Nepp, in zwei Presseaussendungen den Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau.²⁶



FP-Eischer/Resch: SPÖ steuert Zuwanderung gezielt nach Döbling!

FPÖ-Döbling fordert: **Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!**



Freiheitlichen an erster Stelle. **Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen**, in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind", so Nepp abschließend. (Schluss) akra

Ende November 2018 bezeichnete die FPÖ Favoriten die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastikschatz ausgestattet waren, als „muslimische Zeltstadt“ und stellte diese „muslimische Zeltstadt“ den „würdigen und traditionellen Holzhütten“ gegenüber.²⁷ Der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitete das antimuslimisch konnotierte Bild auf Facebook.²⁸

²⁶ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181113_OTS0187/fp-eischerresch-spo-e-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling

²⁷ Siehe:

<https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

²⁸ Siehe:

<https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>



Weihnachten in Favoriten

Jahr 2017: Muslimische Zeltstadt

Jahr 2018: Weihnachtliche Holzhütten

FPÖ-Protest zahlte sich aus: Heuer wieder würdige und traditionelle Holzhütten in Favoriten!

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN

HC Strache
Diese Seite gefällt mir · 11 Std. ·

Die FPÖ-Proteste waren erfolgreich! 🙌
Nachdem es im Vorjahr auf der Favoritenstraße einfache Zelte aus Plastik gab... Wir haben uns dafür stark gemacht und durchgesetzt, dass die Favoritenstraße endlich wieder WEIHNACHTLICH gestaltet wird!

4 021 · 183 Kommentare · 440 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Relevanteste zuerst

Melli Wo bleibt das angekündigte Anti-Hetz-Controlling, Herr Vizekanzler von Österreich?
Gefällt mir · Antworten · 41 Min · 2

Bernd wieviel müssen die standler jetzt mehr zahlen? für die hütten?
Gefällt mir · Antworten · 10 Std.

2 Antworten · 52 Min

Gabriela Du meine Güte! Diese Zelte haben doch nux mit Muslimen zu tun Herr Strache, sie müssen ihre Wähler für sehr dumm halten!
Wer hat diese Zelte denn genehmigt und aufgestellt? Sie können diese Frage sicherlich beantworten!
Gefällt mir · Antworten · 54 Min

Stefan „Muslimische Zeltstadt“ eine Woche nach der Ali Geschichte... Pfi
Gefällt mir · Antworten · 3 Std.

Mario Dinge die in "unserer" Kultur als normal gelten werden inzwischen als Erfolg verbucht. So weit isses schon...traurig
Gefällt mir · Antworten · 11 Std. · 243

Komentieren ...

Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2018 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2018.²⁹

Das Jahr 2019 war durch das Zerbrechen der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ aufgrund der so genannten Ibiza-Affäre und Neuwahlen geprägt. Dadurch kam es zu mehreren Wechseln sowohl bei parteipolitischen Akteur*innen als auch bei politischen Amtsträger*innen, darunter auch von Personen, die maßgeblich für antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen in Österreich mitverantwortlich waren und sind.

Im Jänner 2019 startete der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp eine Serie an Aussendungen und Facebook-Einträgen, in denen er Themen wie „Gewalt an Schulen“ oder „Integrationsunwilligkeit an Schulen“ mit „Scharia-Eltern“ in Verbindung brachte. So sagte Nepp am 10. Jänner, dass „Scharia-Eltern“ für Gewalt an Schulen „mitverantwortlich“ seien. Nepp forderte neben „Erziehungscamps für gewalttätige Schüler“ auch „Sanktionen gegen Erziehungsberechtigte“ und er fordert, dass der Rechtsstaat „mit voller Härte beinhart“ gegen „Scharia-Eltern, die ihren Kindern nicht unsere Grundwerte und Regeln vermitteln, sondern zu Gewalt erziehen“ durchgreifen müsse.³⁰

²⁹ Siehe:

https://www2.sosmitmensch.at/dl/OMulJKJKNmKJqx4KJK/Bericht2018_Antimuslimischer_Rassismus_in_der_Politik_SOS_MITmensch.pdf

³⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190110_OTS0045/nepp-scharia-eltern-fuer-gewalt-an-schulen-mitverantwortlich sowie <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/2472474562795175/?type=3&theater>



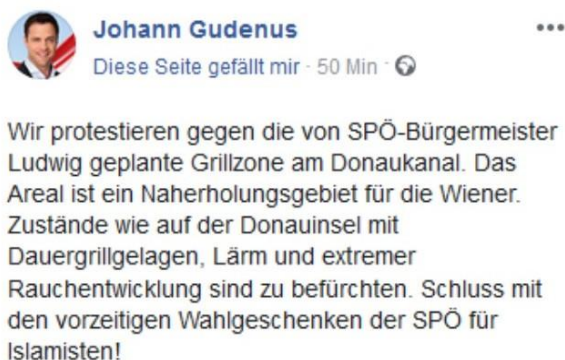
Kurz darauf forderte Nepp „härtere Strafen für Scharia-Eltern“. Laut Nepp sei der Grund für „Gewaltbereitschaft und Lernunwilligkeit von Kindern oft im Elternhaus zu finden“. Daher müsse es Konsequenzen haben, „wenn sich Eltern nicht für die Bildung und den Lernerfolg ihrer Kinder einsetzen und interessieren oder sie gar nach den Regeln der Scharia erziehen“. Nepp forderte „die Kürzung von Sozialleistungen für sogenannte Scharia-Eltern“. Darüber hinaus müssten diese „gemeinsam mit ihren Kindern in Erziehungscamps geschickt und dort entsprechend betreut werden.“³¹



Der von Nepp verwendete Begriff „Scharia-Eltern“ ist nicht im österreichischen Alltagssprachgebrauch verankert. Er soll offenbar für religiöse Personen muslimischen Glaubens stehen und kann als Ersatzbegriff für „gläubige Musliminnen und Muslime“ gedeutet werden. Der Begriff der „Scharia-Eltern“ bzw. des „Scharia-Muslims“ erinnert an den Begriff des „Talmud-Juden“, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach in antisemitischen Zusammenhängen verwendet wurde. Besonders auffallend in den Aussendungen und Einträgen von Nepp war, dass niemand außer „Scharia-Eltern“ konkret für Gewalt oder „Integrationsunwilligkeit“ an Schulen verantwortlich gemacht wurde. Eine konkrete und differenzierte Auseinandersetzung mit als problematisch erachteten Teilen der Scharia fand in den Aussendungen und Einträgen von Nepp nicht statt.

³¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190215_OTS0087/nepp-fordert-haertere-strafen-fuer-scharia-eltern

Im Winter/Frühjahr 2019 wurde in Wien über die Einrichtung einer Grillzone am Donaukanal debattiert. Einige Anrainerinnen und Anrainer sprachen sich dagegen aus. Im Zuge der Diskussion versuchte die FPÖ das Thema antimuslimisch zu besetzen. Während kritische Anrainerinnen und Anrainer Lärm, Geruchsbelästigung und Abfall befürchteten, sprach der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Aussendung von der Grillzone als „Wahlgeschenk an Islamisten“. Mit der Grillzone würde, so Gudenus, „die sich ausbreitende Islamisierung Wiens nur weiter befeuert“.³²



Ende Februar 2019 wurde bekannt, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung die Aberkennung des Karfreitags als gesetzlichen Feiertag für Protestantinnen und Protestanten beschlossen hatte. Der Beschluss löste breite Kritik aus. Daraufhin starteten die FPÖ und ihr damaliger Obmann, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, eine Kampagne, die die Abschaffung des Feiertags für Protestantinnen und Protestanten mit der Ablehnung von Feiertagen für Musliminnen und Muslime rechtfertigte. Die Entscheidung über den Karfreitag wurde zu einer Entscheidung über andere und insbesondere muslimische Feiertage reformuliert. Damit wurde nicht nur vom eigentlichen Entscheidungsgegenstand abgelenkt, sondern Musliminnen und Muslime wurden als Sündenböcke der Streichung des protestantischen Feiertags markiert. Darüber hinaus wurden Musliminnen und Muslime auch als Personen, die keinen Feiertag in Österreich verdienen würden, abgewertet. Bei einer öffentlichen Ansprache sagte Vizekanzler Strache: „Und liebe Freunde, ich sage euch eines: Einen muslimischen Feiertag in Österreich will ich niemals haben (Gejohle im Publikum) und deshalb ist es auch wichtig, eine Lösung sicherzustellen, die das ausschließt.“³³



³² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190228_OTSS0114/gudenus-ad-ludwig-schluss-mit-wahlgeschenken-an-islamisten

³³ https://www.facebook.com/pg/fpoe/posts/?ref=page_internal sowie <https://www.facebook.com/fpoe/videos/vb.169051073236170/2237309062998664/?type=2&theater>

Im März 2019 behauptete FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Presseaussendung, dass „unter Rot-Grün Gesetze für Wiener Muslime nicht gelten“ würden. Gudenus bezog sich dabei auf die aus seiner Sicht ungenügende Umsetzung des Kopftuchverbots in Wiener Kindergärten. Dazu schrieb Gudenus: „Während Autofahrer in Wien beim kleinsten Vergehen rigoros abgestraft werden, schaut Rot-Grün bei den Muslimen grundsätzlich wohlwollend weg. Es kann nicht sein, dass Gesetze nur für die Wiener gelten.“³⁴ Gudenus zog eine Grenzlinie zwischen „den Muslimen“ und „den Wienern“. Darüber hinaus präsentierte er Musliminnen und Muslime als „privilegierte“ Personen, die sich nicht an alle Gesetze halten müssten, weil bei ihnen „wohlwollend weggeschaut werde“. Gudenus zog auch eine absurd anmutende Trennlinie zwischen „Autofahrern“, die „rigoros abgestraft werden“, und „Muslimen“, bei denen das seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Gudenus tat dabei so, als gebe es unter den Autofahrerinnen und Autofahrern keine Musliminnen und Muslime.

Im März 2019 forderte die damalige ÖVP-Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler: „Muslime sollten zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden“. „Für mich ist vorstellbar, dass alle Muslime, die nach Österreich kommen, zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden. Denn wenn man selbst gesehen und gehört hat, welches Leid Antisemitismus erzeugt hat, wird man resistent gegen diese furchtbare Wertehaltung“, so Edtstadler in einer Mitteilung des Innenministeriums.³⁵ Edtstadler reagierte damit auf eine Erhebung des IFES-Instituts im Auftrag des Nationalratspräsidenten zum Thema „Antisemitismus in Österreich“. In der Studie waren deutlich höhere Antisemitismuswerte bei türkisch und arabisch sprechenden Personen festgestellt worden als beim Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Unterstützung erhielt Edtstadler für ihre Forderung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er bezeichnet den Vorschlag von Edtstadler, laut Bericht der Kronenzeitung, als „richtige Maßnahme, die wir diskutieren sollten“. Mit ihrer Aussage konstruierte Edtstadler Musliminnen und Muslime als homogenes Kollektiv und stellt dieses von ihr konstruierte Kollektiv unter den Generalverdacht des Antisemitismus.



³⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190308_OT0108/gudenus-kopftuchverbot-unter-rot-gruen-gelten-gesetze-fuer-wiener-muslime-nicht

³⁵ <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=446B54332B4344637543413D>

Im April 2019 teilte der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp auf seiner Facebook-Fanseite ein Foto, auf dem mehrere Frauen und Kinder in einem Wiener Park zu sehen waren. Der Großteil der Frauen trug dabei ein Kopftuch. Nepp kommentierte das mit den Worten: „Kein Fernreise-Bild, sondern befremdliche Impressionen aus dem Türkenschanzpark. So schaut's in unseren "Wiener" Freizeitoasen aus ...“³⁶ Nepp deutete, indem er das Wort „Wiener“ unter Anführungszeichen schrieb, an, dass ein Park kein Wiener Park mehr sei, wenn sich dort religiös bekleidete muslimische Frauen mit ihren Kindern aufhalten.

Ende April 2019 starteten der damalige Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sowie weitere Vertreter seiner Partei eine Kampagne, um die in rechtsextremen Kreisen kursierende Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“³⁷ zu rechtfertigen. Strache bezeichnete „Bevölkerungsaustausch“ als „Begriff der Realität“ und verteidigte ihn damit, dass „wir nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden wollen“. FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer unterstützte Strache in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“, und brachte dort „seine Sorge“ zum Ausdruck, „dass sich Österreich durch übermäßige Zuwanderung zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt.“³⁸ Kurz darauf sprach Strache in einem Facebook-Eintrag von einer „schrittweisen Islamisierung unserer Gesellschaft“. Er sagte: „In den Schulen Wiens und anderen Ballungszentren wurden bzw. werden österreichische Kinder bereits heute zur Minderheit. Und vor dieser Islamisierung und Zuwanderungspolitik aus der islamischen Welt nach Österreich und Europa warnen ich und die FPÖ bereits seit 1993. Und ja, wir wollen nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden! [...] In den Schulen werden unsere Kinder bereits zur Minderheit in der eigenen Heimat und eine schleichende Islamisierung findet statt!“ Wenige Tage später teilte Strache in einem weiteren Facebook-Eintrag ein Namensranking, bei dem „Mohammed“ als beliebtester Vorname in Berlin genannt wurde. Strache schrieb dazu, dass das für „den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung“ stehe. Strache und Hofer malten nicht nur ohne faktische Grundlage das Bild einer „muslimischen Bevölkerungsmehrheit“ in Österreich an die Wand, sondern sie bezeichneten dieses Bild ohne jegliche Erläuterung oder Differenzierung als etwas, was „Sorge“ bereiten sollte. Sie qualifizieren Musliminnen und Muslime damit per se als „Bedrohung“ ab und schüren pauschale Ängste gegenüber Musliminnen und Muslimen. Strache selbst zog zur Rechtfertigung der Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ eine fixe Trennlinie zwischen „unseren Kindern“ und „muslimischen Kindern“. Damit grenzte er Kinder alleine aufgrund ihrer angenommenen Religionszugehörigkeit aus der Gesellschaft aus und gab zu verstehen, dass diese Kinder für ihn keine österreichischen Kinder seien und nicht „zu uns“ gehörten. Zusätzlich zu dieser kollektiven Ausgrenzung brachte Strache die Geburt von Kindern, wenn sie einen muslimischen Namen tragen, mit „Austausch“, „Verdrängung“ und „Wechsel“ in Verbindung. Strache zeichnete ein Bild von Kindern mit muslimischem Namen als etwas kollektiv Negatives und Bedrohliches.

³⁶ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.723657044343611/2699464106762885/?type=3&theater>

³⁷ Die Tageszeitung „Presse“ schreibt zum Begriff „Bevölkerungsaustausch“: „Der Begriff bezeichnet eine Verschwörungstheorie und, dass die Bevölkerung Europas durch Zuwanderer ausgetauscht werden soll - auch der Begriff des „Großen Austauschs“ wird diesbezüglich verwendet. Auch der Attentäter von Christchurch verwendete den Terminus - sogar als Titel seines Manifests.“ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

³⁸ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

Heinz-Christian Strache
2. Mai um 13:12 · 🌐

Abonnieren ...


Und meine politischen Mitbewerber wollen den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung als sachlich falsch darstellen? Die realen Fakten sprechen in Deutschland, Österreich und Westeuropa eine andere Sprache!



OE24.AT
Ranking 2018: 'Mohammed' in Berlin beliebtester Vorname

👍👎👏 238 42 Kommentare 91 geteilte Inhalte

Anfang Juni 2019 startete die FPÖ eine Kampagne gegen schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne nahm Bezug auf einen Erlass des Bildungsministeriums zu möglichen schulfreien Tage für Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, darunter auch vier mögliche schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne der FPÖ richtete sich jedoch ausschließlich gegen Musliminnen und Muslime. Den Start machte ein Video von „FPÖ-TV“, in dem es unter anderem heißt: „Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen.“ Dazu wurden Bilder von einer Frau in einem Schwimmbad eingeblendet.³⁹



Dank ÖVP-Ministeriumserlass: Vier zusätzliche freie Tage für islamische Schüler!

5.680 Aufrufe · 05.06.2019 👍 368 👎 144 ➦ TEILEN 📌 SPEICHERN ...

FPÖ TV
32.900 Abonnenten **ABONNIEREN**

Was läuft mit dieser ÖVP falsch? Nach einem aktuellen ÖVP-Ministeriumserlass vom 2. Mai 2019 erhalten islamische Schüler insgesamt vier zusätzliche freie Schultage.

³⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=Bk3Xw2KY4xE>

Am gleichen Tag postet der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer ein Bild, auf dem eine Frau mit verhülltem Gesicht zu sehen war. Landbauer sagte: „Was läuft mit dieser ÖVP falsch? In einem völligen Alleingang hat die ÖVP bereits am 2. Mai per Erlass die zusätzlichen freien Tage für islamische Schüler angeordnet. Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen. Diese Bevorzugung islamischer Schüler ist untragbar und muss umgehend rückgängig gemacht werden!“⁴⁰



Kurz darauf folgte ein gleichlautender Facebook-Eintrag des ehemaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache. Danach skandalisierte auch der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp Feiertage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Er schrieb: „Muslimische Feiertage haben an Wiener Schulen nichts verloren! Der Einführung von muslimischen Feiertagen an den Schulen muss unverzüglich ein Riegel vorgeschoben werden.“



Im September 2019 reduzierte der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel das Phänomen „Gewalt an Schulen“ alleine auf „arabisch- und türkischstämmige Familien“. In diesen Familien gebe es, so behauptet er, diesbezüglich „oft kein Problembewusstsein“. Medien interpretierten die Aussagen Blümelns dahingehend, dass er Musliminnen und Muslime bezüglich Gewaltakte an Schulen an den Pranger stellen wollte.⁴¹ Von Seiten der ÖVP wurde diese Absicht nicht dementiert. Blümel legte auf seiner Webseite darüber hinaus eine falsche

⁴⁰ https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page_internal

⁴¹ <https://kurier.at/politik/inland/oevp-schulpolitik-wer-sich-nicht-an-die-regeln-haelt-muss-haerter-bestaft-werden/400596035>

Quellenfährte, indem er sich auf einen Bericht des „Expertenrats für Integration“ berief. Doch in diesem Bericht fand sich keine derartige Aussage.⁴²



Im September 2019 sagte FPÖ-Obmann Norbert Hofer bei einer Wahlkampfansprache im oberösterreichischen Pasching: „Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft – die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte und er wird es auch niemals sein.“ Dieser Satz wurde ab diesem Zeitpunkt immer wieder von Hofer und anderen FPÖ-PolitikerInnen verwendet. Hofer und die FPÖ schlossen damit gläubige Musliminnen und Muslime trotz mehr als 100 Jahre Anerkennung als Religionsgemeinschaft in Österreich und trotz vieler Jahrzehnte der dauerhaften Anwesenheit in Österreich von der österreichischen Kultur und der österreichischen Geschichte aus. Diesen Ausschluss bezog Hofer nicht nur auf die Vergangenheit und die Gegenwart, sondern wurde von ihm auch in eine unendliche Zukunft projiziert – und Musliminnen und Muslimen damit als „ewig fremd“ klassifiziert.



⁴² Siehe:

https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2019/Integrationsbericht_2019.pdf

In einem Interview mit dem FPÖ-nahen Magazin „Wochenblick“ stempelte FPÖ-Obmann Hofer im September 2019 Musliminnen und Muslime pauschal als „Gefahr“ ab. Er bezeichnete die gestiegene Anzahl an Muslim*innen in Österreich wörtlich als „sehr gefährlich“. Hofer sprach darüber hinaus davon, dass „wir einpacken können“, sollte „das Ausländerwahlrecht kommen“, denn das würde auch Musliminnen und Muslime betreffen. Einige Tage später schrieb Hofer auf Facebook: „Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich! Unsere Bundeshymne rühmt unser wunderschönes Österreich als „Land der Dome“. Als ich Kind war, lebten ein paar Tausend Muslime in unserem Land. Heute sind es bereits über 800.000 und es werden mehr. Wir sind aber aufgrund unserer Geschichte ein christlich geprägtes Land mit abendländischer Kultur und werden das auch immer bleiben. Meine Lieben, ich werde alles dafür tun, damit unser wunderschönes Österreich ein „Land der Dome“ bleibt und nicht eines Tages für unsere Kinder zum „Land der Moscheen“ wird.“



Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes fand im September 2019 ein „ORF-Wahlduell“ zwischen dem Obmann der Grünen, Werner Kogler, und dem Obmann der FPÖ, Norbert Hofer, statt. Thema war das österreichische Bundesheer. Hofer argumentierte die Notwendigkeit einer Stärkung des Bundesheers unter anderem mit „800.000 Muslime in Österreich“. Damit brachte Hofer das Bundesheer rhetorisch gegen die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime in Stellung. Darüber hinaus schloss er einmal mehr die hier lebenden Musliminnen und Muslime kollektiv aus dem österreichischen „Wir“ aus.

Im November 2019 starteten zahlreiche FPÖ-Politiker eine Kampagne, die auf eine Aussage des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ümit Vural Bezug nahm. Vural hatte in einem Interview mit der „Presse“ den Wunsch geäußert, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben „mit dem Sitz der Religionsgemeinde, wo man einen Ansprechpartner hat“.⁴³ FPÖ-Obmann Norbert Hofer schrieb auf Facebook: „Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.“⁴⁴

⁴³ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

⁴⁴ Siehe: <https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2521658448111441>



Am gleichen Tag sprach sich der Kärntner FPÖ-Parteibmann Gernot Darmann in einer Presseaussendung mit dem Titel „FPÖ-Darmann: „Brauchen keine Kasernen und Soldaten des Islam in Österreich“ gegen „ein weiteres Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich“ aus.⁴⁵ Einen Tag später bezeichnete der oberösterreichische Vize-Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner den Bau von „Großmoscheen in jedem Bundesland“ in einem Facebook-Eintrag als „Zeichen der muslimischen Landnahme“, die er „verhindern“ wolle.⁴⁶



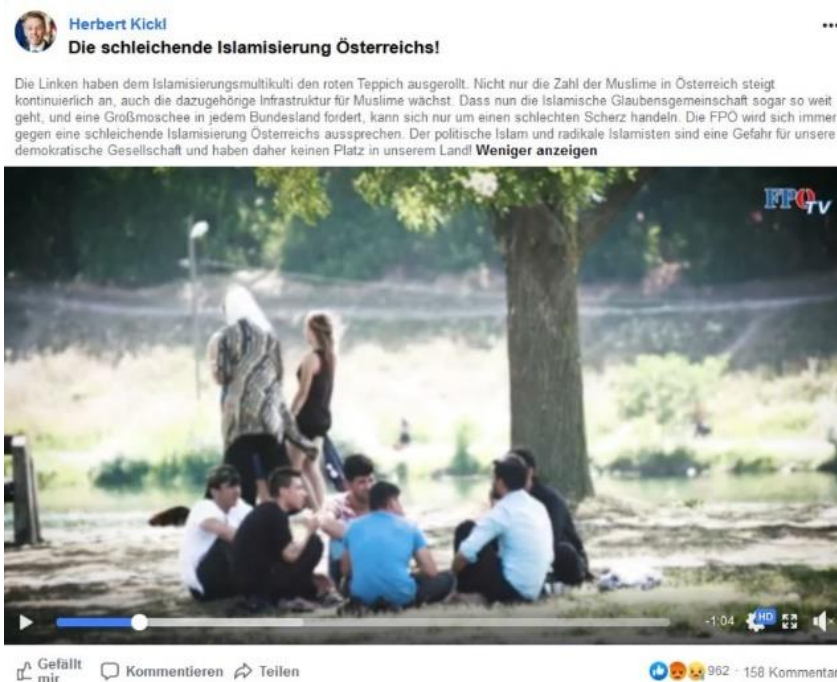
⁴⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191117_OTS0023/fpoe-darmann-brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich sowie <https://www.fpoe-ktn.at/reader-news/brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich?fbclid=IwAR0uRczUGHDnf6YSdSB6JdtnsvRKvY1svnUlgXVVs0aKsAEXhJ8aiA65t1c>
⁴⁶ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2678669815527011>

Kurz darauf sprachen sich der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp und die FPÖ in mehreren Medienbeiträgen und Facebook-Einträgen dafür aus, „die Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu prüfen“.⁴⁷ Der Islamischen Glaubensgemeinschaft solle „der Status als offizielle Vertretung für alle Muslime aberkannt werden“. Sie begründeten das mit dem Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben.



Wenige Tage später teilte der FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl auf Facebook ein Video von „FPÖ-TV“ mit dem Titel „Die schleichende Islamisierung Österreichs“. Darin nannte er den vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft gewünschten Bau „würdiger“ Moscheen einen „schlechten Scherz“. Er deutete an, dass ein Vertreter von Musliminnen und Muslimen kein Recht habe, in Österreich einen solchen Wunsch zu äußern. Das von Kickl verbreitete Video setzt Musliminnen und Muslime mit „Ausländern“ gleich und wiederholt den von FPÖ-Obmann Norbert Hofer mehrfach geäußerten Satz, der den Islam pauschal und „für immer“ aus der österreichischen Geschichte und Kultur ausschließt.

⁴⁷ <https://www.facebook.com/fpoe/posts/1498348290306435> sowie <https://www.derstandard.at/story/2000111225481/fpoe-wien-will-aufloesung-der-islamischen-glaubensgemeinschaft-pruefen>



Im Dezember 2019 warnte FPÖ-Parteibmann Norbert Hofer in einem Facebook-Eintrag davor, dass Österreich zu „einem muslimischen Staat“ werde, „in dem unsere Kinder eine bedrohte Minderheit sind“.⁴⁸ Er schloss damit erneut muslimische Kinder von „unseren Kindern“ aus und verweigerte muslimischen Kindern die Zugehörigkeit zu dem, was er unter der österreichischen Gesellschaft versteht. Darüber hinaus stellte er die muslimische Bevölkerung in Österreich pauschal als Bedrohung dar.

Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2019 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2019.⁴⁹

Das Folgekapitel beinhaltet eine Chronologie antimuslimisch-rassistischer Vorfälle und Kampagnen in der österreichischen Politik im Jahr 2020. In dieser Chronologie erfasst sind ausschließlich Fälle, die Vertreterinnen und Vertreter sowie Organisationen der Spitzenpolitik betreffen und bei denen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar ist.

⁴⁸ https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2536060176671268?_tn_=-R

⁴⁹ Siehe:

https://www.sosmitmensch.at/dl/qqOMJKJKOMnJqx4KJK/Bericht2019_AntimuslimischerRassismus_SOS_Mit_mensch_26Feb2020_.pdf

Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2020

Ab 8. Jänner

Am 8. Jänner startet die FPÖ eine großangelegte Kampagne gegen den Namen „Muhammed“. An dieser Kampagne beteiligen sich mehrere Spitzenvertreter der Partei, darunter auch Parteiohmann Norbert Hofer, Generalsekretär Harald Vilimsky und der Wiener Parteiohmann und ressortlose Vizebürgermeister Dominik Nepp. Die Kampagne zieht sich bis in den Februar hinein. Den Anfang machen Nepp und die Wiener FPÖ. Nepp spricht in mehreren Facebook-Einträgen davon, dass er „keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas“ wolle. Nepp schreibt in einem Eintrag: „Bedrohliche Entwicklung für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie. Wir brauchen keinen islamistischen Gottesstaat und wollen keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas. Ich werde nicht aufhören, um unsere Wiener Kultur und Sicherheit zu kämpfen.“⁵⁰



In einem anderen Eintrag schreibt Nepp: „Allein aus der Namensgebung für Neugeborene lässt sich ablesen, dass die rot-grüne Integrationspolitik gescheitert ist. In drei Bezirken Wiens ist der beliebteste Vorname Muhammed. Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Wir brauchen keinen islamistischen Gottesstaat und wollen keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas.“⁵¹

⁵⁰ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3422190177823604>

⁵¹ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/3422805007762121/>



In einer Presseaussendung der FPÖ Wien schreibt Nepp: „Dass Muhammed bereits in drei Wiener Bezirken (Favoriten, Rudolfsheim-Fünfhaus, Brigittenau) der häufigste Name für Neugeborene Buben ist, ist ein alarmierendes Symptom dafür, wie sehr die ungehemmte Zuwanderung bereits unsere Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie bedroht. [...] Wir brauchen keinen islamistischen Gottesstaat und wollen keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas. Die Islamisierung bedroht unseren sozialen Frieden. Die FPÖ ist die einzige Kraft, die sich für unsere Kinder und Enkelkinder einsetzt. Ich werde nicht aufhören, um unsere Wiener Kultur und Sicherheit zu kämpfen.“⁵²

⁵² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200108_OTS0015/fpoe-nepp-wir-wollen-keine-stadt-muhammeds-im-herzen-europas

FPÖ-Nepp: Wir wollen keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas

„Ich werde nicht aufhören, um unsere Wiener Kultur und Sicherheit zu kämpfen“

Wien (OTS) - „Als alarmierendes Symptom dafür, wie sehr die ungehemmte Zuwanderung bereits unsere Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie bedroht“, bezeichnet der geschäftsführende Obmann der Wiener FPÖ, Vizebürgermeister Dominik Nepp, die Tatsache, dass Muhammed bereits in drei Wiener Bezirken (Favoriten, Rudolfsheim-Fünfhaus, Brigittenau) der häufigste Name für Neugeborene Buben ist. „Diese Zuwanderung wurde von SPÖ und Grünen importiert und mit Sozialgeschenken richtiggehend gefördert. Jetzt koaliert die ÖVP auf Bundesebene mit den Grünen Zuwanderungsfanatikern. Damit sind Sebastian Kurz und der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel für einen weiteren Anstieg in den kommenden Jahren mitverantwortlich“, kritisiert Nepp.

Der Wiener FPÖ-Chef fordert einen sofortigen Zuwanderungsstopp, um Freiheit und Gleichberechtigung für künftige Generationen in Wien zu gewährleisten. „Wir brauchen keinen islamistischen Gottesstaat und wollen keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas. Die Islamisierung bedroht unseren sozialen Frieden. Die FPÖ ist die einzige Kraft, die sich für unsere Kinder und Enkelkinder einsetzt. Ich werde nicht aufhören, um unsere Wiener Kultur und Sicherheit zu kämpfen“, betont Nepp.

Klassifizierung: Nepp bezeichnet Kinder mit dem muslimischen Namen „Muhammed“ als „bedenkliche Entwicklung“ und „alarmierendes Symptom“. Darüber hinaus bringt er Menschen, die diesen Namen tragen, pauschal mit der „Bedrohung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie“ sowie mit einem „islamistischen Gottesstaat“ in Verbindung. Er stellt Menschen, die diesen Namen tragen, auch als Gegensatz zur „Wiener Kultur“ und als Gegensatz zu „Sicherheit“ dar. Nepps Aussagen und die darin enthaltene pauschale negative Abstempelung von Menschen alleine aufgrund ihres Vornamens sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

9. Jänner

Der Landespartei sekretär der FPÖ-Wien, der Landtagsabgeordnete Michael Stumpf, kritisiert eine Anzeige, die gegen seinen Parteiobmann Dominik Nepp wegen dessen Aussagen zum Namen „Muhammed“ eingebracht wurde.⁵³ Stumpf schreibt in einer Presseaussendung der FPÖ Wien: „Dass nun ein SPÖ-Moslem den Vizebürgermeister wegen dessen nicht genehmer Meinung zur Ausbreitung des Islams in Wien anzeigt, beweise nur, welchen Weg SPÖ, Grüne und radikale Islamisten gemeinsam in Wien und Österreich einschlagen wollen: Eine Meinungsdiktatur zu Gunsten weiterer Islamisierung, nicht gefällige Haltungen sollen verboten und unter Strafe gestellt werden. „Noch leben wir aber in einer freien Gesellschaft, in der Meinungsfreiheit herrscht. Zustände wie in den Scharia-Staaten, in denen unter Androhung drakonischer Strafen nur dem Islam gefällige Meinungen toleriert werden, lehnen wir entschieden ab. Wenn Yükses so etwas will, lebt er im falschen Land“, so Stumpf abschließend.“⁵⁴ Stumpf verteidigt darüber hinaus die Äußerungen von Nepp über den

⁵³ Die Anzeige wegen des Verdachts der Verhetzung hat von Seiten der Justiz „wegen fehlendem Anfangsverdacht“ zu keinem Ermittlungsverfahren geführt.

⁵⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_2020109_OTSS0091/fp-stumpf-zu-muhammed-anzeige-gegen-nepp-noch-leben-wir-nicht-in-einem-islamischen-gottesstaat

Vornamen Muhammed und stellt diese als gerechtfertigte „Kritik“ und „nicht genehme Meinung“ dar.



FP-Stumpf zu Muhammed-Anzeige gegen Nepp: "Noch leben wir nicht in einem islamischen Gottesstaat!"

In der westlichen Kultur herrscht noch so etwas wie Meinungsfreiheit und nicht die Scharia

Wien (OTS) - Als Bestätigung für die Warnungen vor einer Islamisierung Wiens sieht der Landesparteiensekretär der Wiener FPÖ, LAbg. Michael Stumpf, die medial kolportierte Anzeige eines Islam- und SPÖ-Aktivisten gegen Wiens Vizebürgermeister Dominik Nepp wegen seiner berechtigten Kritik an der unkontrollierten Zuwanderung aus dem islamischen Raum, die offenbar den Nerv der SPÖ und der Islam-Community punktgenau getroffen habe.

Nepp hat gestern in einer Aussendung kritisiert, dass bereits in drei Wiener Bezirken der Name Muhammed der am häufigsten vergebene Vorname für neugeborene Buben sei und vor einer immer weiter zunehmenden Islamisierung Wiens gewarnt.

Dass der Anzeiger Muhammed Yüksek bei der SPÖ aktiv sei und in der Vergangenheit durch radikale Forderungen wie 'Erziehungscamps für FPÖ-Politiker' aufgefallen sei, bringe für Stumpf die SPÖ in Erklärungsnot.

„Die SPÖ schreckt leider nicht davor zurück, auch radikale Vertreter des Islams in politische Positionen zu hieven, um sich die Stimmen der Community zu sichern. Diese 'hinter uns die Sintflut'-Politik hat die FPÖ schon oft kritisiert“, stellt Stumpf klar.

Dass nun ein SPÖ-Moslem den Vizebürgermeister wegen dessen nicht genehmer Meinung zur Ausbreitung des Islams in Wien anzeigt, beweise nur, welchen Weg SPÖ, Grüne und radikale Islamisten gemeinsam in Wien und Österreich einschlagen wollen: Eine Meinungsdictatur zu Gunsten weiterer Islamisierung, nicht gefällige Haltungen sollen verboten und unter Strafe gestellt werden.

„Noch leben wir aber in einer freien Gesellschaft, in der Meinungsfreiheit herrscht. Zustände wie in den Scharia-Staaten, in denen unter Androhung drakonischer Strafen nur dem Islam gefällige Meinungen toleriert werden, lehnen wir entschieden ab. Wenn Yüksek so etwas will, lebt er im falschen Land“, so Stumpf abschließend.
(schluss) lps

Klassifizierung: Stumpf bezeichnet die Person, die Anzeige gegen den ressortlosen Wiener Vizebürgermeister erstattet hat, als „SPÖ-Moslem“. Er macht damit die Religionszugehörigkeit zum fixen politischen Wesensmerkmal der Person, die Anzeige erstattet hat. Der Person wird ein Religionsstempel aufgedrückt, der die gesamte öffentliche und politische Wahrnehmung der Person prägen soll. Zugleich wird damit eine scheinbar unüberwindbare Trennlinie eingezogen, die das, was als „Eigenes“ (nicht religiös markiertes) konstruiert wird, von dem, was als „Fremdes“ (muslimisch religiös markiertes) konstruiert wird, separieren soll. Die Person, die Anzeige erstattet hat, wird darüber hinaus ohne jeglichen Sachbezug mit „Scharia“ und „Islamisierung“ in Verbindung gebracht. Die antimuslimisch-rassistischen Aussagen des ressortlosen Wiener Vizebürgermeisters werden als „Kritik“ und „nicht genehme Meinung“ verteidigt. Insgesamt ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

11. Jänner

Beim Neujahrstreffen der FPÖ-Parteiführung ist „der Name Muhammed“ ein zentrales Element von Redebeiträgen. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sagt: „Ihr müsst euch vorstellen in Wien haben wir drei Bezirke, wo der beliebteste Vorname von männlichen Neugeborenen Mohammed ist. Und jetzt kämpfe ich dafür, dass in Wien nicht Mohammed an die erste Stelle kommt der männlichen Neugeborenen, wie es in Brüssel längst der Fall ist, nein wir kämpfen darum, dass die Seppis, die Peppis, die Walters, die Geraldts, wie sie alle heißen, damit der echte Wiener in Wien eine gute Zukunft hat. Es geht darum, dass wir in Wien wahrscheinlich die letzte Chance haben uns vor Islamisierung, überbordender Zuwanderung zu schützen, darauf zu achten, dass Wien weiter eine abendländische christlich kulturell geprägte Stadt sein wird und nicht eine Stadt in der der Muezzin ruft, in der Moscheen und Minarette ausufern.“

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagt: „Und Dominik Nepp hat das völlig richtig auch gesagt, dass Muhammed zu den beliebtesten Namen in Wien gehört, und Harald, du hast das auch betont, das ist ja ein Wahnsinn. Ja, was würde denn der Erdogan sagen, wenn plötzlich in der Türkei Christian der beliebteste Vorname im Land wäre? Ja der würde sich das niemals gefallen lassen und deswegen sage ich euch eines: es gibt nur eine Partei, die bereit ist Österreich tatsächlich zu verteidigen gegen die Islamisierung, gegen das Überranntwerden von Menschen, die nicht Schutz suchen, den eigenen wirtschaftlichen Vorteil suchen und in das System der Mindestsicherung einwandern wollen. Das ist die Wahrheit meine lieben Freunde. (...) Natürlich werden uns kaum Türken unterstützen, wenige Muslime vielleicht, aber es gibt auch Gruppen, die massiv auf unserer Seite sind, aufrechte Menschen die nach Österreich gekommen sind, um hier etwas zu leisten und mit eigener Hände Arbeit etwas aufzubauen, Menschen aus Kroatien, aus Serbien, aus Ungarn und aus vielen, vielen anderen Ländern.“

Hofer macht muslimische Namen auch auf Facebook zum Thema. Er schreibt: „Der Name „Muhammed“ liegt in vielen Bezirken Wiens bei Neugeborenen an erster Stelle! Das ist NICHT erfreulich. Mit der FPÖ gilt es dafür zu sorgen, dass der echte Wiener nicht untergeht.“⁵⁵



⁵⁵ <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2576229982654287/?type=3>

Klassifizierung: FPÖ-Generalsekretär Vilimsky betont, dass er für „die Seppis, die Peppis, die Walters, die Gerald“ kämpfen wolle und gegen die „Mohammeds“. Er macht also am jeweils nichtmuslimischen oder muslimischen Vornamen von Menschen fest, ob er für oder gegen sie kämpfen will. Und er erklärt „Moscheen und Minarette“ zu Feindbildern, die „nicht ausufern“ dürften. FPÖ-Obmann Hofer unterstützt die antimuslimisch-rassistische Linie sowohl des Wiener FPÖ-Vizebürgermeisters Nepp als auch des FPÖ-Generalsekretärs. Er bezeichnet es als „Wahnsinn“, dass ein Teil der Wiener Kinder den Namen Muhammed trägt. Er will sich das „nicht gefallen lassen“. Und er spaltet, die in Österreich eingewanderten Menschen in (überwiegend) nichtmuslimische Menschen, die „aufrecht“ sind und „mit eigener Hand etwas aufbauen“ und (überwiegend) muslimische Menschen, die das aus seiner Sicht nicht tun würden. Darüber hinaus wertet Hofer Menschen alleine aufgrund ihres Vornamens kollektiv als „nicht erfreulich“ und als „unechte Wiener“ ab. Die kollektive Abwertung von Menschen aufgrund ihres muslimischen Vornamens und/oder der muslimischen Religionszugehörigkeit ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

13. Jänner

FPÖ-Obmann Hofer setzt seine Namenskampagne auf Facebook fort. Er schreibt: „In vielen Bezirken Wiens ist der häufigste Vorname bei Neugeborenen „Muhammed“. Diese Entwicklung muss uns große Sorgen bereiten. Wir wollen, dass unser Wien auch für unsere Kinder die Stadt bleibt, so wie wir sie kennen und lieben. Die FPÖ ist die einzige Partei, die mit viel Herzblut dafür sorgt, dass der echte Wiener nicht untergeht!“⁵⁶



⁵⁶ <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2577586012518684/?type=3>

Klassifizierung: Hofer schließt an seine vorherigen antimuslimisch-rassistischen Aussagen zum Namen „Muhammed“ an. Er wertet Menschen alleine aufgrund ihres Vornamens kollektiv als „große Sorge bereitend“ und als „unechte Wiener“ ab. Die kollektive Abwertung von Menschen alleine aufgrund ihres muslimischen Vornamens und/oder der muslimischen Religionszugehörigkeit ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

30. Jänner

Ende Jänner startet die FPÖ Linz eine Kampagne gegen den Namen „Mohammed“. Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein schreibt auf Facebook: „Bei allen Linzer Buben zwischen 0 und 4 Jahren belegt der Name Mohammed (zusammen mit abgewandelten Schreibweisen) bereits den achten Platz in der Statistik. Bei den 5 bis 9-jährigen ist es sogar der vierte Platz. Ich werde als freiheitlicher Stadtpolitiker alles dafür tun, dass Linz nicht Wien wird, wo Mohammed in manchen Bezirken schon der dominierende Vorname ist!“⁵⁷ Dazu postet Hein ein Bild von einer jungen Frau, die Kopftuch trägt und ein Baby im Arm hält. Auf dem Bild ist zu lesen: „Vorname Mohammed bei 5 bis 9-jährigen bereits auf Platz 4 in Linz!“



Klassifizierung: Der Linzer Vizebürgermeister Hein schließt an die antimuslimisch-rassistischen Aussagen von anderen FPÖ-Politikern zum Namen „Mohammed“ an. Er skandalisiert, dass der Name „bei 5 bis 9-jährigen bereits auf Platz 4 in Linz“ sei. Er kündigt an, „alles dafür tun“ zu wollen, damit der Name „Mohammed“ nicht „der dominierende

⁵⁷ <https://www.facebook.com/markus.robert.hein/posts/1710677532408038>

Vorname“ werde. Hein führt nicht aus, was er konkret „dafür tun“, wie er gegen Musliminnen und Muslime vorgehen und seine antimuslimisch-rassistische Agenda umsetzen will. Seine Aussagen, die Menschen alleine aufgrund ihres Vornamens kollektiv abstempeln, abwerten und zum Feindbild machen, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

Ab 4. Februar

Anfang Februar startet die FPÖ eine Kampagne, deren Aufhänger das Nichtanbringen von Kreuzen in einem neu eröffneten Krankenhaus ist. Der Krankenanstaltenverbund (KAV) hatte beschlossen, im neu eröffneten Wiener Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer anzubringen. Laut dem Pflegedirektor des Spitals wollte man vermeiden, dass „sonst nur vielleicht ein religiöses Symbol in den Zimmern ist, und das auch andere Konfessionen diskriminieren könnte“. An der FPÖ-Kampagne beteiligen sich unter anderem FPÖ-Obmann Norbert Hofer, FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und der neue FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz. Kickl spricht sich in einem Facebook-Eintrag zur Nichtanbringung von Kreuzen im betreffenden Krankenhaus gegen „Geld für esoterischen Hokuspokus und muslimische Zuwanderer“ aus. Kickl sagt: „Für esoterischen Hokuspokus und muslimische Zuwanderer hat die Stadt Wien offenbar genug Geld und Leidenschaft. Aber wehe, es geht um die Bewahrung und Pflege unserer eigenen über die Jahrhunderte gewachsenen Kultur und Identität! Davon wollen die roten und grünen Genossinnen und Genossen gar nichts hören. Da werden gleich einmal die Kreuze aus den Krankenhäusern entfernt in vorseilendem Gehorsam gegenüber der Zuwanderungs-Lobby. Ich frage mich, wie SPÖ-Bürgermeister Ludwig das den christlichen und traditionsbewussten Wiener Wählerinnen und Wählern erklären will...“⁵⁸



⁵⁸ <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2535305346747760>

Klassifizierung: FPÖ-Klubobmann Kickl stellt die Stadt Wien dafür an den Pranger, dass sie Geld für „esoterischen Hokuspokus“ und „muslimische Zuwanderer“ ausbebe. Er stellt damit staatliche Leistungen, die an Musliminnen und Muslime fließen, auf eine Stufe mit Ausgaben für „esoterischen Hokuspokus“. Darüber hinaus schürt er Neid gegen „muslimische Zuwanderer“. Und er stellt „muslimische Zuwanderer“ als Menschen zweiter bzw. dritter Klasse dar, die es nicht verdienen würden, staatliche Leistungen zu erhalten, für Kickl offenbar noch weniger als andere (nicht-muslimische) Zuwanderer. Kickls Aussagen sind ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Abwertungs- und Feindbildrhetorik.

4. Februar

Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp reagiert ebenfalls auf Medienberichte, wonach es im neu eröffneten Wiener Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer gebe. Nepp bezeichnet diese Entscheidung als „Kreuzverbot in Wiener Spitälern“ und spricht von einer „völligen Unterwerfung SPÖ-Ludwigs vor dem Islam“. Weiters schreibt Nepp: „Muslime, die in unseren Spitälern kein Kreuz haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen. Das Abnehmen des Kreuzes ist eine kulturelle Selbstaufgabe. SPÖ-Bürgermeister Ludwig unterwirft sich damit endgültig dem Islam.“ Nepp verweist „in diesem Zusammenhang auf die ausufernden Probleme mit Patienten islamischen Glaubens in den Wiener Spitälern“. Und Nepp weiter: „Wünsche nach Sonderbehandlungen und Einzelunterbringungen mit dem Argument des Glaubens stehen an der Tagesordnung. Wenn jetzt das Kreuz in unseren Spitälern abgehängt wird, dann zeigt das, dass die SPÖ und Ludwig vor dieser Patientengruppe endgültig in die Knie gehen und unsere mitteleuropäische Kultur und Tradition verraten. Ich sage klipp und klar: Wien ist UNSERE Heimatstadt. Muslime, die sich hier kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen.“⁵⁹



Nepp zu Kreuzverbot in Wiener Spitälern: Völlige Unterwerfung SPÖ-Ludwigs vor dem Islam

„Muslime, die in unseren Spitälern kein Kreuz haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen“

Wien (OTS) - Der geschäftsführende Wiener FPÖ-Obmann, Vizebürgermeister Dominik Nepp, übt scharfe Kritik am „Kreuzverbot“ in Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes, konkret im Skandalspital KH-Nord. „Das Abnehmen des Kreuzes ist eine kulturelle Selbstaufgabe. SPÖ-Bürgermeister Ludwig unterwirft sich damit endgültig dem Islam“, so Nepp.

Nepp verweist in diesem Zusammenhang auf die ausufernden Probleme mit Patienten islamischen Glaubens in den Wiener Spitälern. „Wünsche nach Sonderbehandlungen und Einzelunterbringungen mit dem Argument des Glaubens stehen an der Tagesordnung. Wenn jetzt das Kreuz in unseren Spitälern abgehängt wird, dann zeigt das, dass die SPÖ und Ludwig vor dieser Patientengruppe endgültig in die Knie gehen und unsere mitteleuropäische Kultur und Tradition verraten“, kritisiert der Wiener FPÖ-Chef.

Sollte die FPÖ Wien Teil einer Regierungskoalition in Wien sein, werde er, Nepp, dafür sorgen, dass die Kreuze in den Spitälern sofort wieder aufgehängt werden. „Ich sage klipp und klar: Wien ist UNSERE Heimatstadt. Muslime, die sich hier kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen“, betont Nepp.

⁵⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OTSS0055/nepp-zu-kreuzverbot-in-wiener-spitaelern-voellige-unterwerfung-spoeludwigs-vor-dem-islam

In einem Facebook-Eintrag schreibt Nepp: „Die Ludwig-SPÖ verbietet das Kreuz im KH Nord. Das ist ein Kniefall vor dem Islam. Nur die FPÖ kämpft für unsere mitteleuropäische Kultur. Denn wem es hier nicht passt, der soll gehen!“⁶⁰



In einem weiteren Facebook-Eintrag schreibt Nepp: „Das Abnehmen des Kreuzes ist eine kulturelle Selbstaufgabe. SPÖ-Bürgermeister Ludwig unterwirft sich damit endgültig dem Islam. Ich sage klipp und klar: Wien ist UNSERE Heimatstadt. Muslime, die hier kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen!“⁶¹



⁶⁰ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/3504525252923429/>

⁶¹ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3503554523020502>

Klassifizierung: Wiens ressortloser Vizebürgermeister Nepp bringt die eigenständige Entscheidung des Krankenanstaltenverbands, keine Kreuze in einem neuen Spital anzubringen, mit „einem Kniefall vor dem Islam“ bzw. einer „Unterwerfung vor dem Islam“ in Verbindung. Er zieht darüber hinaus eine scharfe Trennlinie zwischen „unserer Heimatstadt“ und Musliminnen und Muslimen, denen er unterstellt, dass sie „kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen“, obwohl es keinerlei diesbezügliche öffentliche Äußerung gegeben hat. Nepp verweist die von ihm konstruierten „Muslime, die kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen“ rhetorisch in „ein islamisches Land“, wo sie sich behandeln lassen sollen. Die ausgrenzende Feindbildrhetorik von Nepp ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

4. Februar

Auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer nimmt zu den Berichten, wonach es im neu eröffneten Wiener Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer gebe, Stellung. Hofer sagt in einem Facebook-Eintrag: „Das Abnehmen unserer Kreuze ist die Selbstaufgabe unserer Kultur und bedeutet die Unterwerfung vor dem Islam! Deshalb, liebe Freunde, stärkt bitte alle tatkräftig die FPÖ, denn die SPÖ rollt dem Islam den roten Teppich aus. Ich sage: Wer sich an unseren Kreuzen stört - egal ob in unseren Schulen, unseren Krankenhäusern oder in unseren Amtsstuben - der kann freiwillig unser Land verlassen und in seine Heimat zurückreisen!“⁶²

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

So tickt das ROTE WIEN...

Islamisierung? JA, BITTE!

Kreuze? NEIN, DANKE!

f FPOE

Norbert Hofer
-15 Std. · 🌐

Das Abnehmen unserer Kreuze ist die Selbstaufgabe unserer Kultur und bedeutet die Unterwerfung vor dem Islam! Deshalb, liebe Freunde, stärkt bitte alle tatkräftig die FPÖ, denn die SPÖ rollt dem Islam den roten Teppich aus.

Ich sage: Wer sich an unseren Kreuzen stört - egal ob in unseren Schulen, unseren Krankenhäusern oder in unseren Amtsstuben - der kann freiwillig unser Land verlassen und in seine Heimat zurückreisen!

👍👎🗨️ 2.021 · 527 Kommentare · 346 Mal geteilt

👍 Gefällt mir · 💬 Kommentieren · ➦ Teilen · 🌐

⁶² <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2597141800563105/?type=3>

Klassifizierung: Hofer schließt an die antimuslimisch-rassistischen Aussagen von Nepp zu Kreuzen in Krankenhäusern an. Ähnlich wie Nepp spricht er von einer „Unterwerfung vor dem Islam“ und einem „Ausrollen des roten Teppichs“ für „den Islam“. Und Hofer richtet allen, „die sich an unseren Kreuzen stören“ aus, sie könnten „in ihre Heimat zurückreisen“. Hofer unterstellt damit, dass sich sowohl im konkreten Fall des Krankenhauses als auch generell ausschließlich Menschen „mit einer Heimat anderswo“ gegen Kreuze in Krankenzimmern aussprechen würden. Die ausgrenzende Feindbildrhetorik von Hofer ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

4. Februar

Auch der neue FPÖ-Generalsekretär Nationalratsabgeordneter Michael Schnedlitz nimmt zu den Berichten, wonach es im neu eröffneten Wiener Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer gebe, Stellung. Schnedlitz schreibt in einer Presseaussendung im Namen der FPÖ-Bundesparteileitung: „Wien ist Spitzenreiter bei Islam-Anbiederungen. Keine Kreuze im Krankenhaus Nord ist ein Skandal erster Güte. Ein Krankenhaus ist mit Sicherheit kein Ort, den man freiwillig aufsucht. Hier einen Kniefall vor fremden Kulturen zu zeigen, ist schon ein starkes Stück. Der einzige, der damit einer Diskriminierung ausgesetzt wird, ist wohl der Österreicher. Anstatt für Sicherheit für Personal und Patienten zu sorgen, setzt man die nächsten Schritte in die falsche Richtung. Wenn Väter aufgrund falsch verstandener ‚Gutmenschlichkeit‘ ihre Töchter nicht mehr am Krankenbett besuchen dürfen, weil eine strenggläubige Muslimin im Nachbarbett liegt, muss dies ein Alarmsignal für uns alle sein. Anstatt mit diesen Missständen aufzuräumen, wird hier mittels Kniefall eine Islam-Anbiederung produziert, die ihres Gleichen sucht. Das tagesaktuelle Bild zeigt ein Bild der Unsicherheit und Sonderbehandlungen für Fremde zum Nachteil unserer Bevölkerung.“⁶³

FPÖ – Schnedlitz: Wien ist Spitzenreiter bei Islam-Anbiederungen

Keine Kreuze im Krankenhaus Nord ist ein Skandal erster Güte

Wien (OTS) - Einen „Skandal erster Güte“ ortet der freiheitliche Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz beim Krankenanstaltenverbund (KAV), denn dieser hat beschlossen, keine Kreuze mehr im Krankenhaus Nord mehr aufzuhängen. „Ein Krankenhaus ist mit Sicherheit kein Ort, den man freiwillig aufsucht. Hier einen Kniefall vor fremden Kulturen zu zeigen, ist schon ein starkes Stück“, so Schnedlitz.

„Der einzige, der damit einer Diskriminierung ausgesetzt wird, ist wohl der Österreicher. Anstatt für Sicherheit für Personal und Patienten zu sorgen, setzt man die nächsten Schritte in die falsche Richtung. Wenn Väter aufgrund falsch verstandener ‚Gutmenschlichkeit‘ ihre Töchter nicht mehr am Krankenbett besuchen dürfen, weil eine strenggläubige Muslimin im Nachbarbett liegt, muss dies ein Alarmsignal für uns alle sein. Anstatt mit diesen Missständen aufzuräumen, wird hier mittels Kniefall eine Islam-Anbiederung produziert, die ihres Gleichen sucht. Das tagesaktuelle Bild zeigt ein Bild der Unsicherheit und Sonderbehandlungen für Fremde zum Nachteil unserer Bevölkerung“, erklärte der Generalsekretär Schnedlitz, der betonte, dass Werte und Traditionen erhalten, oder, wo sie verloren gingen wiedererlangt werden müssen.

⁶³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OT0064/fpoe-schnedlitz-wien-ist-spitzenreiter-bei-islam-anbiederungen

Klassifizierung: Schnedlitz schließt an die antimuslimisch-rassistischen Aussagen von Nepp und Hofer zu Kreuzen in Krankenhäusern an. Er spricht von einer „Diskriminierung des Österreicher“ und kreiert damit die Figur „des Österreicher“ als ausschließlich christlich-religiöse bzw. christlich-traditionalistische Person. Er schließt damit alle nichtchristlichen Österreicherinnen und Österreicher vom Österreichersein aus. Schnedlitz bedient sich, wie zuvor schon Nepp und Hofer, einer Kniefallrhetorik gegenüber „dem Islam“ und spricht von einer „Islam-Anbiederung, die ihresgleichen sucht“. Darüber hinaus spricht Schnedlitz von einer „Sonderbehandlung für Fremde“, die „zum Nachteil für unsere Bevölkerung“ sei. Die ausgrenzende Feindbildrhetorik von Schnedlitz ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

5. Februar

Auch der Kärntner FPÖ-Obmann Gernot Darmann nimmt zu den Berichten, wonach es im neu eröffneten Wiener Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer gebe, Stellung. Darmann schreibt auf Facebook: „Die Kreuze werden schrittweise in den Schulen, Amtsstuben und Krankenhäusern abmontiert - und dem Islam wird von den Genossen der rote Teppich ausgerollt. Wer das nicht haben möchte, muss die FPÖ stärken - denn nur wir Freiheitliche sprechen uns klar gegen den politischen Islam aus. Und wenn es sein muss, dann hängen wir eigenhändig unsere Kreuze wieder auf!“⁶⁴

Klassifizierung: Darmann spricht wie schon zuvor FPÖ-Obmann Hofer von einem „Ausrollen des roten Teppichs“ für „den Islam“. Und er bringt die Entscheidung des Krankenanstaltenverbundes mit „dem politischen Islam“ und „Islamisierung“ in Verbindung. Die ausgrenzende und abwertende Neidrhetorik von Darmann und der Versuch, des Gegeneinander-Ausspielens verschiedener Religionen, mit „dem Islam“ als Feindbild, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

6. Februar

In einem Facebook-Eintrag kritisiert der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp den Wunsch der Islamischen Glaubensgemeinschaft nach einem größeren Gebetsraum am Wiener Flughafen. Nepp schreibt: „Im Airport-Bereich gibt es drei Gebetsstätten für Muslime und sogar einen Verleih für Gebetsteppiche. Was genug ist, ist genug! Wien ist nicht die Hauptstadt des Islamismus, sondern eine westliche Metropole, die seit Jahrhunderten vom christlichen Glauben geprägt ist. Wir brauchen den Moslems nicht noch mehr Gebetsteppiche ausrollen!“⁶⁵ Dazu postet Nepp ein Bild mit dem Spruch „Wien ist nicht Mekka!“

⁶⁴ <https://www.facebook.com/gdarmann/posts/2647364758827923>

⁶⁵ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/3509505935758694/>



Klassifizierung: Nepp bringt den Wunsch der Islamischen Glaubensgemeinschaft nach einem größeren Gebetsraum am Flughafen in Zusammenhang mit „Islamismus“ und spricht von „den Moslems“ als Fremdgruppe, denen „wir nicht noch mehr Gebetsteppiche ausrollen brauchen“. Die pauschale Abwertungs- und Bedrohungsrhetorik gegenüber dem Wunsch nach einem größeren Gebetsraum für Musliminnen und Muslime sowie die kollektive Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslimen als „die Anderen“ weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

7. Februar

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml schreibt auf Facebook: „In letzter Zeit häufen sich die Angriffe auf unsere christliche Kultur: In Krankenhäusern werden keine Kreuze mehr montiert, die grüne Justizministerin will keine Kreuze mehr in öffentlichen Einrichtungen, Muslime fordern Großmoscheen in allen Bundesländern, Schweinefleisch und Brauchtumsveranstaltungen verschwinden aus unseren Schulen. Die Auflistung ließe sich noch weiter fortsetzen. Als freiheitlicher Politiker bekenne ich mich zu unserer christlich-abendländischen Kultur, zu unseren Brauchtümern und Gepflogenheiten. Diese will ich für kommende Generationen bewahrt wissen. Niemals darf das Kreuz als Bestandteil unserer christlichen Kultur und Geschichte in Frage stehen!“⁶⁶

⁶⁶ <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2228150924147849>



Klassifizierung: Raml spricht von „Angriffen auf unsere christliche Kultur“. Als einzige konkrete Angriffsakteur*innen nennt er „die grüne Justizministerin“ und „Muslime“. Während er die Justizministerin dafür kritisiert, dass sie „keine Kreuze mehr in öffentlichen Einrichtungen will“, kritisiert er „Muslime“ für etwas, was mit „Kreuzen“ oder „christlicher Kultur“ oder der „Bewahrung“ von „Brauchtümern und Gepflogenheiten“ gar nichts zu tun hat, nämlich dem Wunsch nach Moscheen. Ramls kollektive Ausgrenzungsrhetorik gegenüber allem Nichtchristlichen und die ohne sachliche Substanz erfolgte Erwähnung von Musliminnen und Muslimen als Angriffsakteur*innen auf „unsere christliche“ bzw. „unsere christlich-abendländische Kultur“ weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

10. Februar

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner bringt in einem Facebook-Eintrag das unterdurchschnittliche Abschneiden von Wiener Schülerinnen und Schülern beim PISA-Lesetest mit mehreren Faktoren in Verbindung, unter anderem auch mit „Kopftuchverboten“. Haimbuchner schreibt: „Wiener Schüler schneiden beim PISA-Test im Bereich Lesen im Schnitt um 19 Punkte schlechter ab als im Rest des Landes – das entspricht mehr als einem halben Schuljahr. Schüler, die kürzer als drei Jahre den Kindergarten besuchten, haben beim Lesen einen Rückstand von einem Schuljahr. Kinder mit Migrationshintergrund sind sogar zwei Jahre hinterher. Diese Ergebnisse untermauern unsere sechs Forderungen für den Bildungsbereich: Verankerung von Deutsch als verpflichtende Schulsprache, Schaffung von Brennpunktschulen in Oberösterreich, ausreichende Mittel für Deutschförderklassen, Stärkung der Lehrerrechte und entsprechende Sanktionsmöglichkeiten bei Fehlverhalten von Schülern und Eltern, die Ausweitung des Kopftuchverbotes sowie die Möglichkeit eines

zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres bei hohen Sprachdefiziten.“ Dazu postet Haimbuchner ein Bild von zwei jungen Mädchen in einem Klassenzimmer, die einander anschauen, im Zentrum des Bildes ist ein Mädchen mit Kopftuch.⁶⁷



Klassifizierung: Haimbuchner bringt, ohne dafür sachliche Evidenz anzuführen, sowohl mit seinem Text als auch mit seiner Bildauswahl das Tragen von Kopftüchern mit Lese Problemen in Verbindung und ein Kopftuchverbot mit dem Beseitigen von Lese Problemen. Er stempelt damit indirekt Schülerinnen, die Kopftuch tragen, als mit Lese Problemen behaftet ab. Das Foto, das Haimbuchner verwendet, stammt von einer Bildagentur und trägt dort den Titel „Muslimisches Mädchen mit ihrer Klassenkameradin“.⁶⁸ Es liegt somit nahe, dass für das Posting gezielt nach einem Bild von einem muslimischen Mädchen gesucht wurde, um Lese Probleme zu bebildern. Das Posting reiht sich in eine Vielzahl an FPÖ-Postings ein, in denen versucht wird, negative Phänomene, wie zum Beispiel Lese Probleme, mit kopftuchtragenden Mädchen und Frauen in Verbindung zu bringen und letztere damit pauschal als problembehaftet abzustempeln. Das Posting von Haimbuchner weist durch die Verknüpfung von Text und Bild eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

13. Februar

In einem Interview für „FPÖ-TV“ definiert der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp, was er unter „Islamisierung“ versteht: „Es wird immer geredet, dass Wien schleichend islamisiert wird. Man muss ja leider schon feststellen, wenn man hier allein in Favoriten sich die Fußgängerzone anschaut, die Quellenstraße anschaut, dass es keine

⁶⁷ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2859817430745581>

⁶⁸ <https://www.istockphoto.com/de/foto/muslimische-m%C3%A4dchen-mit-ihrer-klassenkameradin-gm950609474-259470267>

schleichende Islamisierung ist, sondern eine rasende Islamisierung. Früher gab's Würstelstände, das sind heute Dönerbuden, früher gab's einen Markt, das ist jetzt ein Bazar, oder früher gab's einen Gemüsehändler und jetzt ist es ein türkischer Greißler. Und man sieht jetzt, diese Islamisierung findet statt.“⁶⁹



Klassifizierung: Nepps Definition von „Islamisierung“ bezieht sich nicht auf Religion oder auf fundamentalistische Religionsströmungen, sondern weist eine deutliche rassistische Komponente auf. „Islamisierung“ wird von ihm mit ethnischen Kriterien verbunden. So steht ein „türkischer Greißler“ für Nepp sinnbildlich für „rasende Islamisierung“, unabhängig davon, welches Religionsbekenntnis der Greißler hat und wie er seine Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit lebt. Gleiches gilt für „Dönerbuden“, die Nepp ebenfalls als Ausdruck einer „rasenden Islamisierung“ bezeichnet. Der Begriff „Islamisierung“ wird von Nepp in eine Richtung gelenkt, bei der alles, was irgendwie mit Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung und potenziellen Musliminnen und Muslimen zu tun haben könnte, als Ausdruck von „rasender Islamisierung“ gesehen sowie abgewertet und skandalisiert wird. Diese Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik von Nepp weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

15. Februar

Die FPÖ Wien postet ein Video von „FPÖ TV“ auf Facebook, das mit dem Satz „Vizebürgermeister Dominik Nepp und die FPÖ Wien werden dafür kämpfen, dass Wien nicht zur Stadt des Mohammeds wird“ eingeleitet wird. Im Beitrag von „FPÖ TV“ sagt Nepp: „Ich

⁶⁹ <https://www.facebook.com/watch/?v=509819186585087>

wurde darauf angesprochen, dass der häufigste Geburtsname im 15. Bezirk schon Mohammed ist. Und eines habe ich den Menschen versprochen, wir werden dafür kämpfen, dass Wien nicht zur Stadt des Mohammeds wird.“⁷⁰



Klassifizierung: Nepp schließt an seine früheren antimuslimisch-rassistischen Aussagen zum Namen „Muhammed“ bzw. zum Namen „Mohammed“ an. Menschen mit muslimisch klingendem Vornamen werden von der FPÖ Wien und von Nepp zum Feindbild erklärt, das bekämpft bzw. verhindert werden müsse. Diese Abwertungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

26. Februar

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagt bei der jährlichen FPÖ-Aschermittwochs-Rede: „Wir haben heute 800.000 Muslime in Österreich. Als ich auf die Welt gekommen bin gab es 20.000 Muslime. Heute haben wir 800.000 Muslime in Österreich. Und die Zahl steigt rasant. Wir haben seit dem Jahr 2015 um 100.000 Syrer und Afghanen mehr in Österreich. Einhunderttausend. Ein Blick in unsere Gefängnisse zeigt, wir haben die Falschen ins Land geholt. Wir haben bei uns in den Haftanstalten Platz für 10.000 Personen. Was glaubts ihr wie viele Prozent davon keine Österreicher sind. 50 Prozent. Glaubts ihr ernsthaft, dass für jemanden aus Afrika oder anderen Ländern die Haft in Österreich abschreckend ist? Wenn wir so weitermachen bei der Zuwanderungspolitik, dann ist dieses Land für unsere Kinder verloren. Uns geht’s ja eh noch gut, aber wir können doch alle rechnen. Ich hab vorher erzählt, als ich auf die Welt gekommen bin 20.000 Muslime, heute 800.000. Eine Frau in Österreich bekommt im Schnitt 1,36 Kinder. Frauen in Österreich aus dem Irak, Afghanistan, Syrien bekommen im Schnitt 3,48 Kinder. Das heißt, in 10, 20, 30 Jahren werden wir unsere wunderbare Heimat Österreich nicht mehr wiedererkennen, nicht mehr wiedererkennen. Wir haben schon heute Bezirke in Wien, Brennpunktschulen, wo es einen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache von 90 Prozent gibt. In 10 Prozent aller Schulen in Wien haben wir einen Anteil

⁷⁰ <https://www.facebook.com/fpoevien/posts/542838559664590>

von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache von 90 Prozent. Und da sind unsere Kinder arm, die einfach nichts mehr lernen können.“⁷¹

Klassifizierung: Hofer bringt die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime mit „den falschen Menschen“ in Verbindung, die man ins Land geholt habe. Menschen aus Syrien und Afghanistan bringt Hofer kollektiv mit „Haftanstalten“ in Verbindung. Er suggeriert damit, dass ein Großteil der geflüchteten Menschen und ein Großteil der Musliminnen und Muslime in Österreich kriminell seien. Er platziert die Musliminnen und Muslime in Österreich in seiner Rede als Gegenpol zu und Bedrohung für „unsere Kinder“. Er redet von einer wachsenden muslimischen Bevölkerung als kollektivem Bedrohungsbild. Und er bringt die muslimische Bevölkerung kollektiv mit dem „Nichtwiedererkennen unserer wunderbaren Heimat“ und „Brennpunktschulen“ in Verbindung. Die Aussagen Hofers sind ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Ausgrenzungs-, Abwertungs-, Angst- und Feindbildrhetorik.

6. März

Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Christian Ragger spricht sich in einer Aussendung des FPÖ-Parlamentsklubs gegen eine Kooperation eines österreichischen Pflegeheimbetreibers mit einem privaten marokkanischen Verein aus. Ragger spricht von „marokkanischem Pfl egetourismus“ und begründet seine Ablehnung folgendermaßen: „Diese Kooperation ist auf das Schärfste zu verurteilen. Anstatt dringend notwendige Lehrstellen für die österreichische Jugend zu schaffen, wird die Ideologie der Massenzuwanderung insofern vorangetrieben, dass jetzt auch schon private Partnerschaften geschlossen werden, um Marokkaner die Rot-Weiß-Rot-Karte zuzuschieben. In Anbetracht der sozialen und kulturellen Probleme, die daraus erwachsen können, ist das ein Hohn gegenüber den Pflegebedürftigen und den österreichischen Arbeitssuchenden. Des Weiteren spielt bei marokkanischen Pflegekräften auch die Religion eine nicht unwesentliche Rolle. Wie wollen Angehörige sunnitischen Glaubens römisch-katholische Menschen pflegen, wenn schon der Handschlag aus religiösen Gründen oftmals verweigert wird?“⁷²

⁷¹ https://www.facebook.com/watch/live/?v=2676930519090870&ref=watch_permalink

⁷² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200306_OTSS0046/fpoe-ragger-kein-marokkanischer-pflegetourismus-wir-brauchen-lehrstellen-fuer-oesterreicher

FPÖ – Ragger: Kein marokkanischer Pflegetourismus - Wir brauchen Lehrstellen für Österreicher

Neben einem Mindestlohn und Prämien für Pfleger muss auch eine eigene pensionsrechtliche Absicherung für langjährig pflegende Angehörige selbstverständlich sein

Wien (OTS) - In der gestrigen Ausschusssitzung für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz des Nationalrates wurde mit dem freiheitlichen Antrag 373/A(E) zur Verhinderung des marokkanischen Pflegekräfteimports eine hitzige Debatte ausgelöst. Dem vorangegangen war eine Kooperation mit einem privaten marokkanischen Verein, die einer der größten österreichischen Pflegeheimbetreiber abgeschlossen hatte. „Diese Kooperation ist auf das Schärfste zu verurteilen. Anstatt dringend notwendige Lehrstellen für die österreichische Jugend zu schaffen, wird die Ideologie der Massenzuwanderung insofern vorangetrieben, dass jetzt auch schon private Partnerschaften geschlossen werden, um Marokkaner die Rot-Weiß-Rot-Karte zuzuschieben. In Anbetracht der sozialen und kulturellen Probleme, die daraus erwachsen können, ist das ein Hohn gegenüber den Pflegebedürftigen und den österreichischen Arbeitssuchenden“, kritisierte heute der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Mag. Christian Ragger.

„Des Weiteren spielt bei marokkanischen Pflegekräften auch die Religion eine nicht unwesentliche Rolle. Wie wollen Angehörige sunnitischen Glaubens römisch-katholische Menschen pflegen, wenn schon der Handschlag aus religiösen Gründen oftmals verweigert wird?“, fragte Ragger. „Außerdem muss man das so betrachten,“ so der freiheitliche Mandatar weiter, „dass durch diese Anwerbung auch ein verheerendes Lohndumping betrieben wird. Es muss im Vordergrund stehen, die Pflegeleistung zu erbringen und auch den österreichischen Pfleger insofern zu berücksichtigen, dass ein ordentlicher Verdienst durch einen leistungsorientierten Mindestlohn garantiert wird. Zusätzlich wollen wir Freiheitliche, dass den Pflegern bei Einstieg und Wiedereinstieg in den Beruf Prämien als Anreize zugutekommen. Eine massenhafte Anwerbung von Marokkanern würde dem zuwiderlaufen.“

Klassifizierung: Ragger spricht sich pauschal gegen Pflegekräfte marokkanischer Herkunft aus, unter anderem weil diese „sunnitischen Glaubens“ seien. Er unterstellt Menschen marokkanischer Herkunft, dass diese „oftmals den Handschlag aus religiösen Gründen verweigern“ würden und er stellt pauschal in Frage, dass sie für die Pflege von „römisch-katholischen Menschen“ geeignet sein können. Ragger spricht in diesem Zusammenhang von „einem Hohn gegenüber den Pflegebedürftigen“. Ragger geht nicht auf die konkreten Qualifikationserfordernisse von Pflegekräften ein, sondern wertet Menschen alleine aufgrund einer religiösen Zuordnung pauschal ab. Er disqualifiziert Menschen aufgrund ihrer angenommenen (muslimisch-sunnitischen) Religionszugehörigkeit pauschal vom Pflegeberuf in Österreich. Ragers Aussagen sind ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Ausgrenzungs- und Abwertungsrhetorik.

8. März

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Wer die Islamisierung Europas bestreitet, der lügt oder verschließt die Augen vor der Wahrheit. Um

diese Entwicklung einzudämmen, sind zwei Dinge unumgänglich: 1. Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern 2. Abschiebung aller integrationsunwilligen Personen“⁷³



Klassifizierung: Nepp fordert einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Er setzt Zuwanderung von Musliminnen und Muslimen pauschal mit „Islamisierung“ gleich. Er will Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen, die in „muslimischen Ländern“ leben, von Österreich fernhalten. Er stempelt Menschen kollektiv alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit bzw. ihrer Landesherkunft als Bedrohung ab. Diese kollektive Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Bedrohungsrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

27. März

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml postet einen Bericht der Kronenzeitung, wonach „drei türkische Staatsbürgerinnen die Notausgangstür eines Krankenhauses aufspreizten, um ihre männlichen Besucher ins Krankenhaus zu lassen“.⁷⁴ Er postet dazu ein Bild von einer Frau mit Kopftuch. Auf dem Bild wird hervorgestrichen, dass das Besuchsverbot von „Türken“ ignoriert wurde.⁷⁵ Drei Tage später teilt der steirische Landtagsabgeordnete Stefan Hermann das Posting von Raml. Er schreibt dazu: „Unfassbar! Nicht einmal während der #Corona-Pandemie halten sich diese #Türken an die Regeln! 🇹🇷“ Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am

⁷³ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3607886545920632>

⁷⁴

<https://www.krone.at/2125054?fbclid=IwAR3wGto2pRh3W7GpYn0MCsM1E6TO55YVod75rxplzDmPHX1eBWXwm7JXWDM>

⁷⁵ <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2262750110687930>

Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre [#männlichen](#) Besucher hereinzulassen... 🤔 [#TEILT](#) den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!⁷⁶

Stefan Hermann 🤔 stinksauer.
15 Std. · 🌐

Unfassbar! Nicht einmal während der #Corona-Pandemie halten sich diese #Türken an die Regeln! 🤔
Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre [#männlichen](#) Besucher hereinzulassen... 🤔
[#TEILT](#) den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!
<https://www.krone.at/2125054>



Michael Raml
27. März um 18:07 · 🌐

👍 Seite gefällt mir

Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre männlichen Besucher hereinzulassen. Eine aufmerksame Krankenschwester verhinderte Schlimmeres.

Es sollte sich schon herumgesprochen haben, dass seit nunmehr zwei Wochen ein absolutes Besuchsverbot in Krankenhäusern herrscht.

<https://www.krone.at/2125054>

👍👍 476 226 Kommentare 259 Mal geteilt

Klassifizierung: Raml und Hermann machen einen einzelnen Fall einer Missachtung einer Corona-Verordnung zum Thema. Sie streichen hervor, dass es um „Türken“ geht. Im Symbolbild wird eine Frau mit Kopftuch abgebildet. Hermann spricht darüber hinaus generalisierend über den Fall. Er spricht von „diesen Türken“, die sich „nicht einmal in der Corona-Pandemie an Regeln halten“ würden. Hermann fordert „harte Strafen“. Das ist umso bemerkenswerter als die FPÖ in den Wochen davor (und danach) viele Corona-Regeln und

⁷⁶ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/556015335027706>

insbesondere Strafen für Corona-Sünder*innen mehrfach in Frage gestellt hat. Dass Raml und Hermann gerade diesen einen Fall mit türkischer Beteiligung aufgreifen und, entgegen der sonstigen Linie, skandalisieren, weist darauf hin, dass sie Stimmung gegen Türk*innen und Muslim*innen machen und diese an den Pranger stellen wollen. Durch das Bild mit der Frau mit Kopftuch (das nicht aus dem Medienbericht über den Vorfall stammt) werden die Personen, die an den Pranger gestellt werden, deutlich als Musliminnen markiert. Insbesondere der Beitrag von Hermann weist mit seiner Kollektivrhetorik gegen „diese Türken“ eine klare rassistische Tendenz auf, die sich in der Kombination aus Text und Bild auch gegen Musliminnen richtet.

Ab 5. April

Anfang April startet die FPÖ eine großangelegte Kampagne zu Corona-Maßnahmen und dem islamischen Fastenmonat Ramadan. Als Ausgangspunkt für ihre Kampagne nimmt die FPÖ einen später zurückgenommenen Erlass des Gesundheitsministeriums, der größere Zusammenkünfte rund um die Osterfeiertage verhindern sollte.⁷⁷ Den Start der Kampagne macht die FPÖ-Linz, die einen Corona-Erlass für die Ramadan-Feiertage fordert: „Am 23. April beginnt der islamische Fastenmonat Ramadan. Gibt es dann auch einen Erlass vom grünen Gesundheitsminister Anschober?“, schreibt die FPÖ Linz in ihrem Facebook-Posting.⁷⁸



Zwei Tage später, am 7. April, äußert sich der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner zu den bevorstehenden Ramadan-Feiertagen: „Die christlichen Kirchen und ihre Gläubigen, die in Österreich die konfessionelle

⁷⁷ <https://www.diepresse.com/5826939/wie-es-zum-mysteriosen-oster-erlass-der-regierung-kam>

⁷⁸ <https://www.facebook.com/fplinz/posts/1582330185266031>

Mehrheitsgesellschaft bilden, sind aufgerufen, an ihren jeweils höchsten Feiertagen – Karfreitag bzw. Ostersonntag – auf gemeinsame Feiern zu verzichten. Dieser, für viele sehr schmerzhafteste Verzicht ist notwendig, um unsere Bemühungen im Kampf gegen das Coronavirus nicht zu konterkarieren, sondern den schnellsten Weg aus der Krise zu finden. Vor diesem Hintergrund müssen diese Regeln anschließend im Rahmen des Ramadan auch in vollem Umfang für die islamische Glaubensgemeinschaft gelten. Ausnahmeregelungen oder Regelbrüche sind keinesfalls akzeptabel. Ich möchte die Bundesregierung frühzeitig vor dem Irrtum bewahren, dass die Bevölkerung das Verteilen von Kulturboni kommentarlos hinnehmen würde.“⁷⁹

Haimbuchner zu bevorstehendem Ramadan: „Das heiligste Buch ist die Bundesverfassung“

Verbot von Zusammenkünften muss konsequent durchgesetzt werden

*Linz (OTS) - Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobermann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner äußert sich zu dem am 23. April beginnenden Fastenmonat der Muslime und schickt damit frühzeitig eine klare Botschaft in Richtung Bundesregierung: „Die christlichen Kirchen und ihre Gläubigen, die in Österreich die konfessionelle Mehrheitsgesellschaft bilden, sind aufgerufen, an ihren jeweils höchsten Feiertagen – Karfreitag bzw. Ostersonntag – auf gemeinsame Feiern zu verzichten. Dieser, für viele sehr schmerzhafteste, Verzicht ist notwendig, um unsere Bemühungen im Kampf gegen das Coronavirus nicht zu konterkarieren, sondern den schnellsten Weg aus der Krise zu finden. Vor diesem Hintergrund müssen diese Regeln anschließend im Rahmen des Ramadan auch in vollem Umfang für die islamische Glaubensgemeinschaft gelten. Ausnahmeregelungen oder Regelbrüche sind keinesfalls akzeptabel. Ich möchte die Bundesregierung frühzeitig vor dem Irrtum bewahren, dass die Bevölkerung das Verteilen von Kulturboni kommentarlos hinnehmen würde.“ ******

Haimbuchner verweist in diesem Zusammenhang auch auf Vorkommnisse in Berlin, wo sich am vergangenen Freitag hunderte Menschen zu den Freitagsgebeten versammelten und die Anordnungen der Polizei weitgehend ignoriert wurden. Solche Vorkommnisse werde man in Österreich nicht dulden. Diese Krise sei auf vielfältige Art und Weise eine Bewährungsprobe für den Rechtsstaat sowie den verfassungsgemäßen, gesellschaftlichen Konsens, dass in Österreich niemand über dem Recht stehe. „Die Gesetze macht in Österreich das Parlament und sonst niemand. Das muss jedem klar sein“, fasst Haimbuchner abschließend auf den Punkt zusammen.

Klassifizierung: Haimbuchner weist „vorbeugend“ auf mögliche Regelbrüche durch Musliminnen und Muslime während des Ramadan hin. Er suggeriert, dass Musliminnen und Muslime glauben würden, über dem Rechtsstaat zu stehen. Er suggeriert weiters, dass die Bundesregierung dazu neigen würde, Musliminnen und Muslime gegenüber Christinnen und Christen privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen. Diese Neid- und Ausgrenzungsrhetorik hat eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

9. April

Zwei Tage später, am 9. April, legt der steirische Vize-FPÖ-Obmann Stefan Hermann nach. Er schreibt auf Facebook: „Es wäre völlig unverständlich, wenn einmal mehr aus falsch

⁷⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200407_OTS0003/haimbuchner-zu-bevorstehendem-ramadan-das-heiligste-buch-ist-die-bundesverfassung

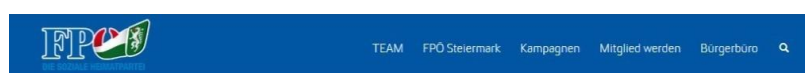
verständener [#Toleranz](#) oder gar aus Angst vor einer linken Empörungswelle Ausnahmen geschaffen oder, noch schlimmer, Regelbrüche akzeptiert werden würden... 🙌 ÖVP und Grüne sind aufgefordert, auch [#Moslems](#) gegenüber mit aller Deutlichkeit aufzutreten, eine klare Sprache zu finden und allfällige "[#Kulturboni](#)" auszuschließen! 🙏🚫⁸⁰ Dazu postet Hermann ein Bild, auf dem zu lesen ist: „Gleiches Recht für alle? Kein gemeinsames Osterfest für Österreicher, aber gemeinsames Fastenbrechen für Moslems im Ramadan? Unfassbar, auch Moslems haben sich beim Fastenbrechen einzuschränken! Traurig, unsere Bräuche werden ersetzt...“

Das Posting von Hermann wird vom steirischen FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook geteilt. Kunasek schreibt: „Unser LandesparteiSekretär Stefan Hermann hat Recht: Die christlichen Kirchen und ihre Gläubigen, die in Österreich die konfessionelle Mehrheitsgesellschaft bilden, sind aufgerufen, an ihren jeweils höchsten Feiertagen – Karfreitag bzw. Ostersonntag – auf gemeinsame Feiern zu verzichten. Dieser, für viele sehr schmerzhaft, Verzicht ist notwendig, um unsere Bemühungen im Kampf gegen das Coronavirus nicht zu konterkarieren, sondern den schnellsten Weg aus der Krise zu finden. Vor diesem Hintergrund müssen diese Regeln anschließend im Rahmen des Ramadan auch in vollem Umfang für die islamische Glaubensgemeinde gelten!“⁸¹

⁸⁰ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/561605261135380>

⁸¹ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157313259398282>

Hermann wird darüber hinaus in einer Pressemitteilung der FPÖ Steiermark mit dem Titel „Kein Freibrief für Muslime bei bevorstehendem Ramadan!“ zitiert: „Am 23. April beginnt mit dem Ramadan der Fastenmonat der Muslime. Damit einher geht auch das abendlich-nächtliche Fastenbrechen, das oftmals nicht nur in großer familiärer Gemeinschaft, sondern auch in Gebetshäusern oder Moscheen zusammen begangen wird. Während nun sämtliche Christen und traditionell lebende Österreicher aufgerufen wurden, beim Osterfest und damit an ihren höchsten Feiertagen auf gemeinsame Feiern zu verzichten, wartet man beim bevorstehenden Ramadan vergeblich auf gleichlautende Appelle des Bundeskanzlers sowie der Bundesregierung. „Es ist nicht hinzunehmen, dass die Mehrheitsgesellschaft zu schmerzhaften Verzichten bereit ist, um die Bemühungen gegen das Coronavirus nicht zu unterlaufen, wenn diese Regeln nicht für alle gelten. Völlig unverständlich wäre es, wenn einmal mehr aus falsch verstandener Toleranz oder gar aus Angst vor einer linken Empörungswelle Ausnahmen geschaffen oder, noch schlimmer, Regelbrüche akzeptiert werden würden. ÖVP und Grüne sind aufgefordert, auch Moslems gegenüber mit aller Deutlichkeit aufzutreten, eine klare Sprache zu finden und allfällige ‚Kulturboni‘ auszuschließen“, erwartet sich der steirische FPÖ-LandesparteiSekretär LAbg. Stefan Hermann eine konsequente Linie seitens der Bundesregierung. Während es im nahen Ausland vor allem bei Freitagsgebeten zu Massenversammlungen vor und in Moscheen und damit zu massiven Verstößen gegen geltende Corona-Maßnahmen kam, blieben derartige Vorfälle in Österreich bisher aus. Allerdings sind vermehrt andere Verstöße von Migrant*innen, vor allem in der Bundeshauptstadt Wien, wahrzunehmen. So berichteten Medien über eine ausländische Glücksspielhölle, über Corona-Partys von Irakern sowie über Angriffe von Nichtösterreichern gegen Polizisten. „Weder diese Vorfälle noch Verstöße während des Ramadans können in Österreich geduldet werden. Der Rechtsstaat steht vor einer Bewährungsprobe, wenn es darum geht, Regelverstöße in dieser Krise zu ahnden und zugleich jegliche Ausnahmen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zu verhindern! Ich erwarte mir daher während des muslimischen Fastenmonats konsequente Kontrollen seitens der Polizei und ganz konkrete Klarstellungen seitens der Bundesregierung. Ob es dazu einen Ramadan-Erlass braucht, muss Gesundheitsminister Anchober selbst entscheiden“, verweist Hermann abschließend darauf, dass man sich seitens der Grünen auch nicht vor einem gegen die Osterfeierlichkeiten gerichteten Erlass scheute.“⁸²



09. April 2020

FPÖ-Hermann: Kein Freibrief für Muslime bei bevorstehendem Ramadan!

Verbot von Zusammenkünften muss konsequent durchgesetzt werden!



⁸² <https://www.fpoe-stmk.at/presse/archiv/detail/fpoe-hermann-kein-freibrief-fuer-muslime-bei-bevorstehendem-ramadan>

Klassifizierung: Die FPÖ Steiermark und ihre Parteispitze Mario Kunasek und Stefan Hermann beteiligen sich intensiv an der Welle der Neid- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime rund um die Corona-Pandemie und den bevorstehenden Beginn der Ramadan-Feiertage. In ihren Facebook-Einträgen machen Kunasek und Hermann klar, dass sie Musliminnen und Muslime generell nicht für Österreicherinnen und Österreicher halten. Sie ziehen eine scharfe Trennlinie zwischen dem Osterfest als Fest „für Österreicher“ und Ramadan als Fest „für Moslems“, so als ob die Musliminnen und Muslime in Österreich keine Österreicher*innen wären und sein könnten. Darüber hinaus suggerieren sie, dass die Regierung dazu neigen würde, Musliminnen und Muslime privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen. Weiters wird suggeriert, dass „unsere Bräuche“ durch muslimische Bräuche ersetzt würden. Auch hier wird wiederum eine klare Trennmauer zwischen „uns“ und „den Muslim*innen“ aufgebaut. Darüber hinaus bringt Hermann den Fastenmonat Ramadan mit Kriminalität „von Nichtösterreichern“ in Verbindung. Die genannten Aussagen sind ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Ausgrenzungs-, Abwertungs-, Neid- und Feindbildrhetorik.

13. April

Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp postet ein Video von einer Moschee in Deutschland, vor der gebetet wird und aus der ein Muezzin ruft. Nepp schreibt dazu: „Das sind die Zustände in Merkel-Deutschland. Ganz Europa wird zunehmend islamisiert. Wahren wir unsere Identität und stoppen die Zuwanderung aus muslimischen Ländern!“⁸³



⁸³ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3725607480815204>

Klassifizierung: Nepp fordert einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Er setzt Zuwanderung von Musliminnen und Muslimen mit „Islamisierung“ gleich. Er will Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen, die in „muslimischen Ländern“ leben, von Österreich fernhalten. Er stempelt sie als kollektive Bedrohung ab. Darüber hinaus schließt er religiöse Praktiken von gläubigen Musliminnen und Muslimen von „unserer Identität“ aus. Diese kollektive Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

20. April

Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp schreibt auf Twitter: „Bleiben unsere christlichen Kirchen nur deshalb geschlossen, weil Imame in ihren Moscheen die nötigen Schutzmaßnahmen nicht durchsetzen können?“⁸⁴



Klassifizierung: Nepp reformuliert die Frage des Schließens von Kirchen aufgrund der Corona-Pandemie zu einer Frage der „Durchsetzungsfähigkeit von Imamen in ihren Moscheen“. Er rückt damit Musliminnen und Muslime als mögliche Verantwortliche und Sündenböcke für das Schließen von Kirchen in den Fokus. Und er deutet an, die Regierung hätte Christinnen und Christen wegen seiner Ansicht nach undisziplinierten Musliminnen und Muslimen büßen lassen. Nepp stellt darüber hinaus „unsere“ christlichen Kirchen den Moscheen „der Imame“ gegenüber. Die von Nepp praktizierte Ausgrenzungs- und Sündenbockrhetorik gegen Musliminnen und Muslime ist, auch wenn sie in eine Frage verpackt wurde, ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

23. April

FPÖ-Nationalratsabgeordnete Edith Mühlberghuber schreibt in einer Presseaussendung: „Öffnung der Kirchen ist zu begrüßen. Was der Ramadan so alles bewirken kann. Die freie Religionsausübung ist einer der Grundrechte unseres Staates. Umso mehr, war es für religiöse Familien in Österreich nicht leicht, auf den gewohnten Gang zur Kirche durch das ausgesprochene Vertretungsverbot verzichten zu müssen. Deshalb ist die Öffnung der Kirchen und Gebetshäuser grundsätzlich zu begrüßen. Interessant ist allerdings, dass dies erst mit dem Beginn des muslimischen Ramadans möglich war – ‚ein Schelm, wer Böses dabei denkt‘.“⁸⁵

⁸⁴ <https://twitter.com/DominikNepp/status/1252226763070947338>

⁸⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200423_OTSO187/fpoe-muehlberghuber-oeffnung-der-kirchen-ist-zu-begrueessen

FPÖ – Mühlberghuber: Öffnung der Kirchen ist zu begrüßen

Was der Ramadan so alles bewirken kann

Wien (OTS) - „Die freie Religionsausübung ist einer der Grundrechte unseres Staates. Umso mehr, war es für religiöse Familien in Österreich nicht leicht, auf den gewohnten Gang zur Kirche durch das ausgesprochene Vertretungsverbot verzichten zu müssen. Deshalb ist die Öffnung der Kirchen und Gebetshäuser grundsätzlich zu begrüßen. Interessant ist allerdings, dass dies erst mit dem Beginn des muslimischen Ramadans möglich war – ‚ein Schelm, wer Böses dabei denkt‘, so die freiheitliche Familiensprecherin NAbg. Edith Mühlberghuber.

Klassifizierung: Mühlberghuber vertritt die Ansicht, dass Kirchen aufgrund des islamischen Ramadan geöffnet würden. Sie geht in ihrer Aussendung nicht auf den eigentlichen Grund der Lockerungen, nämlich die sinkenden Infektionszahlen, ein, sondern findet es „interessant“, dass die Öffnung der Gebetshäuser „erst mit dem Beginn des muslimischen Ramadans“ möglich gewesen sei. Die Nationalratsabgeordnete unterstellt der Bundesregierung, dass diese Musliminnen und Muslime bevorzugt behandeln und nur wegen des Ramadans eine Öffnung der Gebetshäuser veranlasst hätte. Mühlberghuber verschweigt nicht nur die sinkenden Infektionszahlen, sie verschweigt auch, dass die Lockerung der Corona-Maßnahmen nicht mit Beginn des Ramadans angesetzt wurde, sondern erst später. Sie verschweigt darüber hinaus, dass auch bevorstehende christliche Feiertage von den angekündigten Lockerungen betroffen sind. Mühlberghuber reitet mit ihren Aussagen auf der ersten Welle der von der FPÖ verbreiteten „Ramadan-Verschwörung“, die von antimuslimisch-rassistischer Neid- und Ausgrenzungsrhetorik begleitet wird.

23. April

Ähnliche Aussagen wie Mühlberghuber trifft auch der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer. Er schreibt auf Facebook und Twitter: „Rechtzeitig zum Ramadan werden Gottesdienste von der Bundesregierung erlaubt. 🇮🇹🇸🇰🇵🇷 Praktisch für Fundamentalisten, auch Frauen werden per Verordnung verummmt. Danke Basti! 🇮🇹🇸🇰🇵🇷“⁸⁶



⁸⁶ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/3743786332359739>

Klassifizierung: Kohlbauer vertritt die Ansicht, dass Gottesdienste „rechtzeitig zum Ramadan“ wieder erlaubt würden. Er geht nicht auf den eigentlichen Grund der Lockerungen, nämlich die sinkenden Infektionszahlen, ein, sondern bringt die Lockerungen für Gottesdienste ausschließlich mit „Ramadan“ und „Fundamentalen“ (sic!) in Verbindung. Der Landtagsabgeordnete deutet damit an, die Bundesregierung würde Musliminnen und Muslime bevorzugt behandeln und hätte insbesondere wegen des Ramadan eine Öffnung der Gebetshäuser veranlasst. Kohlbauer verschweigt nicht nur die sinkenden Infektionszahlen, er verschweigt auch, dass die Öffnung nicht mit Beginn des Ramadans angesetzt ist, sondern erst später. Er verschweigt darüber hinaus, dass auch bevorstehende christliche Feiertage von den angekündigten Lockerungen betroffen sind. Kohlbauer reitet mit seinen Aussagen auf der ersten Welle der von der FPÖ verbreiteten „Ramadan-Verschwörung“, die von antimuslimisch-rassistischer Neid- und Ausgrenzungsrhetorik begleitet wird.

24. April

Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann schreibt auf Facebook: „Unfassbar, ab 15. Mai sollen Corona-Beschränkungen wegfallen, obwohl der [#Ramadan](#) bis 23. Mai dauert! 🙄 ÖVP und Grüne haben zwar den Österreichern das gemeinsame [#Osterfest](#) vorenthalten, bei [#Moslems](#) aber machen sie anscheinend gerne eine [#Ausnahme...](#) 🙄🙄“⁸⁷ Dazu postet Hermann ein Bild mit betenden Muslimen auf dem steht: „Österreicher mussten „Ostern“ anders feiern: „Auch Moslems haben sich an Ramadan gefälligst an die Regeln zu halten!“



Österreicher mussten
„Ostern“ anders feiern:

„Auch Moslems
haben sich
an Ramadan
gefälligst an die
Regeln zu halten!“

Mag. Stefan Hermann, MBL
LandesparteiSekretär



Einen Tag später teilt der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek das Posting seines Vizeklubobmanns Stefan Hermann zur Lockerung der Corona-Regeln mit 15. Mai und schreibt: „Die Christen in unserem Land dürfen nicht benachteiligt werden, die Corona-Regeln müssen für alle gelten!“⁸⁸

⁸⁷ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/570786560217250>

⁸⁸ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157365973463282>

Klassifizierung: Hermann findet es „unfassbar“, dass es noch vor Ende des Ramadans Lockerungen der Corona-Bestimmungen geben werde. Er sieht eine Bevorzugung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung, der er unterstellt „bei Moslems anscheinend gerne eine Ausnahme zu machen“. In seiner Rhetorik zeichnet Hermann eine fixe Trennlinie zwischen „den Österreichern“, die „anders feiern mussten“ und „Moslems“ für die „eine Ausnahme gemacht wird“. Darüber hinaus unterstellt er Musliminnen und Muslimen, sie würden sich nicht „an die Regeln halten“, wenn sie – aufgrund von gesetzlichen Lockerungen – Ramadan feiern würden. Hermann wertet Musliminnen und Muslime mit seinen Aussagen, wonach es „unfassbar“ sei, dass Lockerungen vor Ende des Ramadans stattfinden würden, kollektiv ab. Hermann geht nicht auf den eigentlichen Grund der Lockerungen, nämlich die sinkenden Infektionszahlen, ein, sondern bringt die Lockerungen für Gottesdienste ausschließlich mit „Ramadan“ in Verbindung. Der Landtagsabgeordnete deutet damit an, die Bundesregierung würde Musliminnen und Muslime bevorzugt behandeln und hätte insbesondere wegen des Ramadans eine Öffnung der Gebetshäuser veranlasst. Hermann verschweigt, dass auch bevorstehende christliche Feiertage von den angekündigten Lockerungen betroffen sind. Hermann reitet mit seinen Aussagen auf der ersten Welle der von der FPÖ verbreiteten „Ramadan-Verschwörung“, die von antimuslimisch-rassistischer Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik begleitet wird. Gleiches gilt für den steirischen FPÖ-Obmann Kunasek, der das antimuslimisch-rassistische Posting von Hermann weiterverbreitet und darüber hinaus angedeutet hat, dass die Corona-Regeln „nicht für alle gelten“ und Christinnen und Christen gegenüber Musliminnen und Muslimen „benachteiligt“ würden.

Ab 25. April

Ab Ende April starten namhafte FPÖ-Politiker eine Kampagne gegen Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime. In einem Facebook-Posting schreibt der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann zu den Ramadan-Feiertagsgrüßen von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen an Musliminnen und Muslime: „Diese [#Anbiederung](#) der beiden Herren von ÖVP und Grünen ist zum [#Schämen!](#) 🙄“ Hermann postet dazu ein Bild mit den Twittergrüßen von Kurz und van der Bellen. Im Bild steht: „Billige Anbiederung: Bundeskanzler Kurz und Bundespräsident Van der Bellen mit Ramadan-Glückwünschen an Moslems!“⁸⁹

⁸⁹ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/571588896803683>



Klassifizierung: Hermann spricht in Zusammenhang mit Feiertagsgrüßen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten von „Anbiederung“ bzw. „billiger Anbiederung“, weil die Adressatinnen und Adressaten der Grüße Musliminnen und Muslime sind. Hermann geht sogar so weit, dass er die Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime als „zum Schämen“ bezeichnet. Hermann skandalisiert einzig und alleine Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime. Es ist kein Posting von ihm bekannt, in welchem er Feiertagsgrüße an andere in Österreich anerkannte Religionsgemeinschaften kritisiert. Ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Ausgrenzungs- und Abwertungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime.

27. April

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet auf Facebook einen Artikel, in dem es um eine Klarstellung der Bundesregierung betreffend der zu diesem Zeitpunkt geltenden Ausgangsbeschränkungen geht. Kunasek kommentiert den Artikel mit den Worten: „Einfach nur mehr unglaublich... Eigentlich fehlen einem die Worte. Wir wurden wochenlang getäuscht und die Medien spielten brav mit. Stichwort: Ostern vs. Ramadan!“⁹⁰

⁹⁰ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157378416203282>



Klassifizierung: Mit den Worten „Ostern vs. Ramadan“ knüpft Kunasek an die von diversen FPÖ-PolitikerInnen und auch ihm selbst in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

27. April

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz kommentiert auf Facebook die Klarstellung der Bundesregierung betreffend der zu diesem Zeitpunkt geltenden Ausgangsbeschränkungen mit folgenden Worten: „Plötzlich jetzt mit Ramadan waren private Treffen IMMER ERLAUBT? Es reicht!!! 😡 Stoppt den www.coronawahnsinn.at der Regierung!!! Hast auch du die Nase voll davon, belogen zu werden? [#jetztUNTERSCHREIBEN](https://www.facebook.com/schnedlitz/posts/3524513760899388)“ Schnedlitz postet dazu eine Bildcollage, bei der die Klarstellung der Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Ramadan gebracht wird.⁹¹

⁹¹ <https://www.facebook.com/schnedlitz/posts/3524513760899388>



Klassifizierung: Schnedlitz knüpft mit den Worten „Plötzlich jetzt mit Ramadan waren private Treffen immer erlaubt?“ an die von diversen FPÖ-PolitikerInnen in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

28. April

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz nimmt auch in einer Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs zur Klarstellung der Bundesregierung betreffend der zu diesem Zeitpunkt geltenden Ausgangsbeschränkungen Stellung. Schnedlitz wird in der Aussendung zitiert: „Zu Ramadan schwarz-grüner Kniefall vor dem Islam. [...] Während man Ostern abgesagt habe, erlebe man jetzt zu Ramadan einen Kniefall der Regierung vor dem Islam und höre die Behauptung, es seien ohnehin laufend Treffen erlaubt gewesen. „Das werden die Christen in diesem Land der ÖVP nicht vergessen“, zeigte sich Schnedlitz überzeugt“⁹²

Klassifizierung: Schnedlitz knüpft mit der Behauptung, es gebe zu Ramadan „einen Kniefall der Regierung vor dem Islam“ an die von diversen FPÖ-Politiker*innen in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“

⁹² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200428_OTS0157/fpoe-schnedlitz-unbuerokratische-hilfe-mit-oesterreich-tausender

Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

28. April

Der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss kommentiert auf Facebook die Klarstellung der Bundesregierung betreffend der zu diesem Zeitpunkt geltenden Ausgangsbeschränkungen mit folgenden Worten: „Interessant, dass wir Christen nicht im großen Familienkreis das Osterfest feiern durften, das allnächtliche Fastenbrechen im Ramadan den muslimischen Großfamilien aber gestattet ist. Ein interessanter Zeitpunkt, zu dem die Regierung ihr „Missverständnis“ über Treffen in privaten Haushalten aufklärte...“⁹³



Klassifizierung: Krauss knüpft mit der Gegenüberstellung von dem, was „wir Christen“ zu Ostern durften und dem, was „muslimischen Großfamilien“ im Ramadan gestattet sei, an die von diversen FPÖ-PolitikerInnen in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

28. April

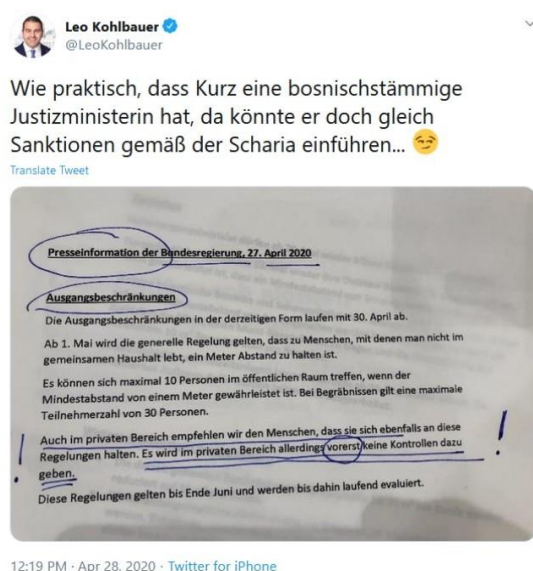
Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer kommentiert die Corona-Regeln betreffend Treffen von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen auf Facebook

⁹³ <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/2673604302751767>

folgendermaßen: „Wie praktisch, dass Kurz eine bosnischstämmige Justizministerin hat, da könnte er doch gleich Sanktionen gemäß der Scharia einführen... 😏“⁹⁴



Auf Twitter postet Kohlbauer den gleichen Text mit einem anderen Bild.⁹⁵



Klassifizierung: Kohlbauer nimmt die Corona-Regeln zum Anlass, um eine konfessionslose, aber von ihm offenbar muslimisch gelesene Ministerin mit „Sanktionen gemäß der Scharia“ in Verbindung zu bringen, weil die Ministerin „bosnischstämmig“ sei. Kohlbauer unterstellt damit allen bosnischstämmigen Menschen gläubige Muslim*innen zu sein, und allen gläubigen Muslim*innen, dass sie für „Sanktionen gemäß der Scharia“ eintreten würden. Die Aussagen Kohlbauers weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

5. Mai

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek nimmt zur bevorstehenden Lockerung der Corona-Regeln auf Facebook Stellung. Er schreibt: „Während rund um Ostern (12. April) ÖVP und Grüne den Österreichern sogar die Polizei ins Haus

⁹⁴ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/3761683327236706>

⁹⁵ <https://twitter.com/LeoKohlbauer/status/1255079303999631361>

schicken wollten, wurden rechtzeitig zu Ramadan (23. April bis 23. Mai) die Regeln gelockert... Die FPÖ Steiermark sagt: Schluss mit dieser Diskriminierung von Österreichern!⁹⁶ Dazu postet er ein Bild von betenden Muslimen auf dem folgender Text zu lesen ist: „Unfassbar: Rechtzeitig zu Ramadan werden Regeln gelockert, während man zu Ostern den Österreichern noch die Polizei in die Wohnung schicken wollte!“



Den gleichen Text und das gleiche Bild teilt und postet auch der steirische Vizklubobmann Stefan Hermann.⁹⁷

Klassifizierung: Mit ihren Postings knüpfen Kunasek und Hermann an die von diversen FPÖ-Politiker*innen und auch ihnen selbst in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Kunasek und Hermann treiben diese Wir-gegen-Sie-Rhetorik sogar soweit auf die Spitze, dass sie von einer „Diskriminierung von Österreichern“ (gegenüber Musliminnen und Muslimen) schreiben, mit der „Schluss“ sein müsse. Diese Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime ist klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

5. Mai

Der steirische FPÖ-Vizklubobmann Stefan Hermann teilt einen Artikel über eine Party bei einer Tankstelle trotz Corona-Ausgangsbeschränkungen. Er schreibt: „Unfassbar... 90

⁹⁶ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157405509578282>

⁹⁷ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/577568876205685>

#Moslems feiern am Abend wegen #Ramadan Partys ohne Ende, aber jeder Österreicher bekommt umgehend saftige #Strafen... 🙄⁹⁸




Bereits am Tag zuvor hatte der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml auf den Vorfall in einem Facebook-Posting sowie in einer Aussendung mit dem Titel „Ramadan keine Rechtfertigung für Corona-Partys auf Tankstellen“ Bezug genommen und diesbezüglich „Migrantenvereine und die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) in die Pflicht genommen“. Raml schreibt in seiner Aussendung: „Der Ramadan ist keine Rechtfertigung für nächtliche Corona-Partys und auch nicht für Autorennen! So etwas darf sich nicht wiederholen. Das städtische Migrationsbüro, die vielen Migrantenvereine sowie die Islamische Glaubensgemeinschaft müssen das jungen Muslimen klarmachen. Die Corona-Beschränkungen gelten für alle Menschen in Österreich, egal welcher Konfession sie angehören. Die christlichen Kirchen und ihre Gläubigen haben in der Osterzeit auf gemeinsame Feiern verzichtet. Ich erwarte mir dasselbe von Muslimen im Ramadan. [...] Ich rufe die Migrantenvereine und die IGGÖ eindringlich zum Handeln auf, denn offensichtlich hören viele muslimische Jugendliche mehr auf sie als auf unsere Gesetze und Exekutive!“

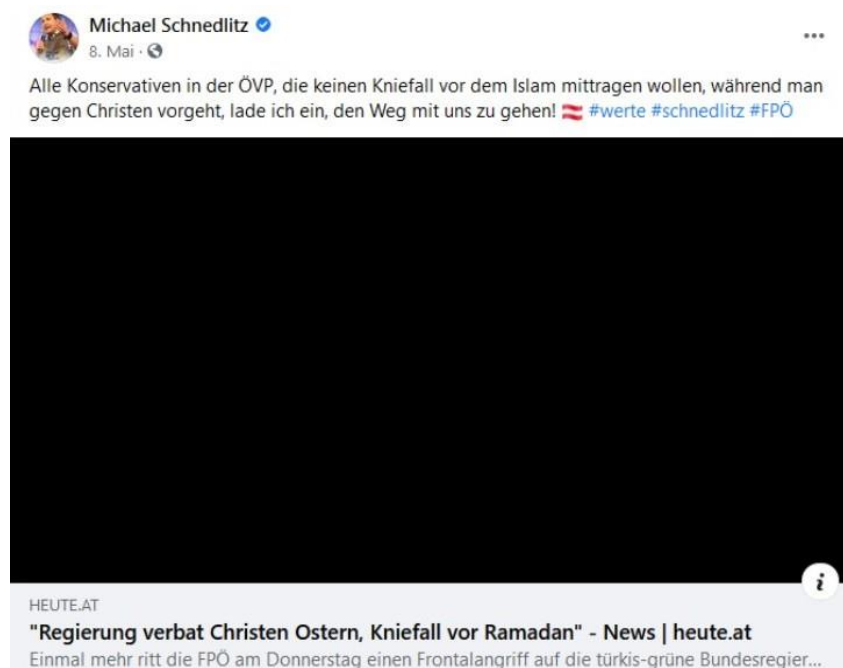
Klassifizierung: Hermann behauptet, dass es sich bei den 90 Personen, die bei einer Tankstelle gefeiert hätten, allesamt um Musliminnen und Muslime gehandelt hätte. Hermann stellt diese „90 Moslems“, die „wegen Ramadan Partys ohne Ende feiern“, „den Österreichern“ gegenüber, die „umgehend saftige Strafen bekommen“. Hermann zieht somit eine fixe Trennlinie zwischen „Moslems“ und „Österreichern“. Er deutet darüber hinaus an, Musliminnen und Muslime würden bei Verletzung der Corona-Regeln straflos bleiben, während „Österreicher umgehend

⁹⁸ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/577419456220627>

saftige Strafen bekommen“. Laut Medienberichten wurden von den erwähnten rund 90 Personen jedoch einige durch Anzeigen und Organmandate abgestraft.⁹⁹ Die von Neid-, Ausgrenzungs- und Feindbildrhetorik geprägten Aussagen Hermanns sowie die nachweislich falsche Andeutung, Musliminnen und Muslime würden bei Verletzung der Corona-Regeln straflos bleiben, sind ein klarere Fall von antimuslimischem Rassismus. Darüber hinaus fällt auf, dass Hermann, so wie auch andere FPÖ-Politiker, Verletzungen von Corona-Regeln ausschließlich in Zusammenhang mit Personen, die als Muslim*innen oder Migrant*innen gelesen werden können, thematisiert, während ansonsten Bestrafungen von Corona-SünderInnen fast durchgehend ignoriert oder sogar kritisiert werden. Letzteres gilt auch für den Linzer Stadtrat Raml, der den betreffenden Vorfall zum Anlass nahm, um die Behauptung aufzustellen, dass „viele muslimische Jugendliche mehr auf Migrantenvereine und die IGGÖ hören als auf unsere Gesetze und Exekutive“. Raml macht damit das Freizeitverhalten einiger Jugendlicher zu einer kollektiven Angelegenheit von „Migrantenvereinen“ und der „Islamischen Glaubensgemeinschaft“. Er unterstellt muslimischen Jugendlichen darüber hinaus, dass „viele“ von ihnen nicht auf „unsere Gesetze“ und „die Exekutive“ hören würden. Ramls Kollektivierungsrhetorik und selektive Aussagen weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

8. Mai

In einem Facebook-Posting, in der er einen Medienbericht über eine Pressekonferenz von ihm kommentiert, schreibt FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz: „Alle Konservativen in der ÖVP, die keinen Kniefall vor dem Islam mittragen wollen, während man gegen Christen vorgeht, lade ich ein, den Weg mit uns zu gehen!  #werte #schnedlitz #FPÖ“¹⁰⁰ Schnedlitz verlinkt in seinem Posting zu einem Artikel, wo zu lesen ist, dass Schnedlitz auf einer Pressekonferenz beklagt hatte, „dass die Bundesregierung den Christen das Osterfest de facto verboten hätte, aber später einen „Kniefall vor dem Ramadan“ gemacht habe“.¹⁰¹



⁹⁹ <https://kurier.at/chronik/oesterreich/polizei-loeste-corona-party-bei-linzer-tankstelle-auf/400830959>

¹⁰⁰ <https://www.facebook.com/schnedlitz/posts/3550619664955464>

¹⁰¹ <https://www.heute.at/s/-regierung-verbat-christen-ostern-kniefall-vor-ramadan--41239052>

Klassifizierung: Schnedlitz knüpft mit seinen Aussagen vom „Kniefall vor dem Islam, während man gegen Christen vorgeht“ und von einem „Kniefall vor dem Ramadan“ einmal mehr an die von diversen FPÖ-Politiker*innen und ihm selbst in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

9. Mai

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl teilt mit den Worten „Schon wieder so ein Missverständnis...“ einen Ramadan-Verschwörungs-Artikel eines FPÖ-nahen Magazins, wonach „passend zu Ramadan“ ein Missverständnis bezüglich grenzüberschreitender Familienbesuche aufgeklärt worden sei.¹⁰²



Klassifizierung: Ex-Innenminister Kickl knüpft mit dem Posten eines Ramadan-Verschwörungs-Artikels an die von diversen FPÖ-PolitikerInnen in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungsgeschichten an, die von Neid-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegen Musliminnen und Muslime getragen werden. Kern dieser Verschwörungsgeschichten ist die behauptete Besser- bzw. Zu-Gut-Behandlung von Musliminnen und Muslimen durch die Bundesregierung in der Corona-Krise. Ein weiterer Kern ist die Schaffung einer fixen Trennlinie zwischen einer „christlichen“ bzw. „österreichischen“ Wir-Gruppe und einer „muslimischen“ Sie-Gruppe, gegen die Stimmung gemacht wird. Das Posting von Kickl befördert durch die Verbreitung und Verstärkung des Verschwörungs-Artikels antimuslimischen Rassismus.

¹⁰² <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2616492638629030>

19. Mai

Der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss teilt einen Artikel, der Informationsschreiben von Kindergärten in arabischer Sprache skandalisiert. In diesen Schreiben wird über die aktuellen Betreuungsmöglichkeiten während der Corona-Krise informiert. Krauss kommentiert den Artikel mit folgenden Worten: „Für mich als Bildungssprecher der FPÖ Wien ist der Brief ein Beleg für die offene Islamisierung an Wiens Kindergärten. Wenn die Stadt mittlerweile offizielle Schreiben an Eltern ins Arabische übersetzen muss, zeigt das, dass es oft keinerlei Integrationsbereitschaft gibt.“¹⁰³



Maximilian Krauss

19. Mai um 18:19 · 🌐

Für mich als Bildungssprecher der FPÖ Wien ist der Brief ein Beleg für die offene Islamisierung an Wiens Kindergärten. Wenn die Stadt mittlerweile offizielle Schreiben an Eltern ins Arabische übersetzen muss, zeigt das, dass es oft keinerlei Integrationsbereitschaft gibt.



Klassifizierung: Krauss spricht in Zusammenhang mit Informationsschreiben von Kindergärten in arabischer Sprache, um über die aktuellen Betreuungsmöglichkeiten während der Corona-Krise zu informieren, von einer „offenen Islamisierung“. Er setzt damit jegliche Information in arabischer Sprache mit „Islamisierung“ gleich, selbst die Verwendung von Arabisch für wichtige nichtreligiöse Informationszwecke in einer akuten Krisensituation. Das Posting von Krauss und die unsachliche und vollkommen beliebige Verwendung des Begriffes „Islamisierung“ für alles, auch Nichtreligiöses, was irgendwie mit mutmaßlichen Musliminnen und Muslimen zu tun haben könnte, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

22. Mai

Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp teilt auf Facebook ein Posting des ZDF zu den Ramadan-Grüßen des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

¹⁰³ <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/2726850500760480>

Nepp kommentiert die Ramadan-Grüße mit den Worten „völlig daneben“.¹⁰⁴ Auf Twitter kommentiert Nepp die Ramadan-Grüße des deutschen Bundespräsidenten sogar mit den Worten „völlig daneben und pervers“.¹⁰⁵



Klassifizierung: Für Nepp sind Feiertagsgrüße eines Spitzenpolitikers, die ein islamisches Fest betreffen und dieses als „zum Zusammenleben gehörend“ bezeichnen, „völlig daneben“ bzw. sogar „pervers“. Nepp äußert sich in dieser abwertenden Art ausschließlich zu den Feiertagsgrüßen des deutschen Bundespräsidenten an Musliminnen und Muslime. Es ist keine Kritik von ihm an Feiertagsgrüßen gegenüber anderen Religionen bekannt. Die Ablehnung und drastische Abqualifizierung von ausschließlich Feiertagsgrüßen an Musliminnen und Muslimen steht für kollektive Ausgrenzung und Abwertung und ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

23. Mai

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger nimmt die Feiertagsgrüße des deutschen Bundespräsidenten einen Tag nach seinem Parteikollegen Dominik Nepp zum Anlass für einen Kommentar auf Facebook. Er schreibt: „Warum immer nur Glückwünsche zum Ramadan? Bei christlichen Festen oder jenen anderer Religionen bleiben diese Herrschaften zumeist still.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3873044019404882>

¹⁰⁵ <https://twitter.com/DominikNepp/status/1263927315744120843>

¹⁰⁶ <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1621572694662895>



Markus Abwerzger

23. Mai um 15:30 · 🌐

Warum immer nur Glückwünsche zum Ramadan? Bei christlichen Festen oder jenen anderer Religionen bleiben diese Herrschaften zumeist still.



Klassifizierung: Abwerzger schürt Neid gegen Musliminnen und Muslime, indem er schreibt, es gebe „immer nur Glückwünsche zum Ramadan“ und „bei christlichen Festen oder jenen anderer Religionen bleiben diese Herrschaften zumeist still“. Die Neid-Behauptung von Abwerzger ist nachweislich falsch. Der deutsche Bundespräsident Steinmeier richtet sehr wohl auch Feiertagsgrüße an andere Religionen, so wie das auch viele andere Spitzenpolitiker*innen tun. Im Gegensatz zu seinem Parteikollegen Nepp verurteilt Abwerzger die Feiertagsgrüße von Steinmeier nicht ausdrücklich, doch seine ausschließlich gegen Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime gerichtete Neidrhetorik weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

24. Mai

Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp spricht sich auf Facebook gegen Ramadan-Grüße des österreichischen Bundeskanzlers aus. Nepp schreibt: „Ostern hat er uns verboten, aber den Ramadan macht Kurz mit diesen Wünschen salonfähig! Wir sagen: Österreich ist ein christliches Land mit abendländischen Traditionen. Der Islamisierung muss auf allen Ebenen Einhalt geboten werden!“¹⁰⁷ Er postet dazu ein Bild von sich, mit dem Ramadan-Tweet des Bundeskanzlers und den Worten: „Der Islam ist mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel!“

¹⁰⁷ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/387839362203255>



„Der Islam ist mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel!“

fpoe-wien.at

Dominik Nepp
Vizebürgermeister

Klassifizierung: Das Posting von Nepp attackiert zum einen die Twitter-Feiertagsgrüße des österreichischen Bundeskanzlers an Musliminnen und Muslime und zum anderen pauschal „den Islam“ als „mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel“. Nepp positioniert sich als Sprecher „der Christen“, denen „Ostern verboten wurden“, wohingegen der Feiertag einer anderen, „mit uns inkompatiblen“, Religion „salonfähig gemacht“ werde. Nepp zieht eine radikale Trennlinie zwischen einer von ihm als „christlich“ definierten Wir-Gruppe und einer von ihm als „muslimisch“ und „inkompatibel“ definierten Sie-Gruppe. Diese radikale kollektive Ausschluss-, Abwertungs- und Feindbildrhetorik gegen Musliminnen und Muslime, verbunden mit dem Schüren von Neid, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

29. Mai

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek kommentiert Feiertagsgrüße von österreichischen Spitzenpolitiker*innen an Musliminnen und Muslime mit folgenden Worten: „Es macht nachdenklich, wie weit es in Österreich schon gekommen ist.“¹⁰⁸ Er postet dazu ein Bild mit Twitter-Feiertagsgrüßen und betenden Muslimen im Hintergrund. Davor ein Gesicht, das sich die Hand frontal auf den Kopf schlägt. Darunter steht: „Billige Anbiederung oder Wählerfang zum Ende des Ramadans? ÖVP, SPÖ und Grüne mit Glückwünschen an Moslems!“

¹⁰⁸ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157476321343282>



Billige Anbiederung oder Wählerfang
zum Ende des Ramadans?

ÖVP, SPÖ und Grüne mit
Glückwünschen an Moslems!



Der gleiche Text und das gleiche Bild werden auch vom steirischen Vizeklubobmann Stefan Hermann gepostet.¹⁰⁹

Klassifizierung: Kunasek und Hermann skandalisieren ausschließlich Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime in Österreich. Es ist keine Kritik von Kunasek oder Hermann an Feiertagsgrüßen an andere Religionen bekannt. Kunasek und Hermann schreiben, diese GrüÙe würden sie „nachdenklich“ machen und es sei in Österreich „schon weit gekommen“. In dem von ihnen geposteten Bild schlägt sich eine Person die Hand auf dem Kopf. Es ist von „Anbiederung“ bzw. „billigem Wählerfang“ die Rede. Kunaseks und Hermanns ÄuÙerungen sind ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik.

5. Juni

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann postet auf Facebook einen Artikel zu einem Corona-Cluster im deutschen Göttingen, der auf Feiern zum islamischen Zuckerfest zurückgeführt wird. Hermann schreibt: „Unfassbar - in Göttingen gab es einen massiven Ausbruch des [#Coronavirus](#), weil [#Moslems](#) das Zuckerfest, also das Ende des [#Ramadans](#), feierten... 🙄 Anstatt sich endlich anzupassen, gefährden bestimmte Personen geradezu mutwillig die europäische Bevölkerung! 🙄“¹¹⁰

¹⁰⁹ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/591941514768421>

¹¹⁰ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/595978084364764>

Stefan Hermann 😞 stinksauer. 18 Std. · 🌐

Unfassbar - in Göttingen gab es einen massiven Ausbruch des #Coronavirus, weil #Moslems das Zuckerfest, also das Ende des #Ramadans, feierten... 🧑
Anstatt sich endlich anzupassen, gefährden bestimmte Personen geradezu mutwillig die europäische Bevölkerung! 😞



BERLINER-KURIER.DE
Göttingen: Corona nach Zuckerfest
Weil auf privaten Feiern zum Ende des Ramadan auf alle Hygiene-...

👍👎👏 383 187 Kommentare 94 Mal geteilt

Klassifizierung: Aus einer sehr großen Anzahl an Medienbeiträgen über Corona-Cluster sucht sich Hermann einen Beitrag über eine mittelgroße Stadt in Deutschland aus. Der Beitrag hat „private Feiern zum Ende des Ramadan“ zum Thema. Hermann schreibt über „Moslems“ und er schreibt über „fehlende Anpassung bestimmter Personen“, die „geradezu mutwillig die europäische Bevölkerung gefährden“. Er stellt seine Ausführungen damit in einen kulturalistischen Kontext. Hermann verstärkt seinen Beitrag durch das Wort „Unfassbar“. Es ist kein weiteres Posting von Hermann bekannt, in dem er Corona-Cluster thematisiert, obwohl es europaweit und auch in Österreich sehr viele Cluster gegeben hat, darunter auch welche, die auf unterschiedliche religiöse Veranstaltungen zurückgeführt wurden. Das Posting von Hermann, das einzig ein (nichtösterreichisches) muslimisch geprägtes Corona-Cluster thematisiert und in einen kulturalistischen Kontext stellt, während andere (österreichische) nichtmuslimisch-religiös geprägte Cluster von ihm ignoriert werden, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

10. Juni

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Keine Fleischweihe zu Ostern, dafür Freudenfeste nach dem islamistischen Ramadan! Keine Prozession zu Fronleichnam, dafür Demonstrationen jeder Art erlaubt! Diese schwarz-grüne Regierung beugt sich dem Druck der "Linken" und beseitigt schrittweise unsere Bräuche und Traditionen! Schluss mit diesem Unsinn!“¹¹¹

¹¹¹ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/3946051018770848/>



Dominik Nepp

14 Std. · 🌐

Keine Fleischweihe zu Ostern, dafür Freudenfeste nach dem islamistischen Ramadan! Keine Prozession zu Fronleichnam, dafür Demonstrationen jeder Art erlaubt! Diese schwarz-grüne Regierung beugt sich dem Druck der "Linken" und beseitigt schrittweise unsere Bräuche und Traditionen! Schluss mit diesem Unsinn!



Klassifizierung: Nepp spielt Religionen gegeneinander aus und deutet eine politische Bevorzugung islamischer Feste gegenüber christlichen Festen an. Der Ramadan wird von Nepp darüber hinaus als „islamistischer Ramadan“ bezeichnet und damit pauschal in den Kontext von radikalen religionsbezogenen Bewegungen gesetzt. Darüber hinaus wird von ihm der Ramadan als Gegenstück zu „unseren Traditionen“ präsentiert und Musliminnen und Muslime damit einmal mehr aus dem österreichischen „Wir“ ausgegrenzt. Die Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Feindbildrhetorik von Nepp ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

16. Juni

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagt in einer Rede auf einer FPÖ-Kundgebung am Viktor Adler Markt in Wien Favoriten: „Ich fürchte mich nicht vor Corona, Corona ist nicht gefährlich, da ist der Koran gefährlicher, meine Lieben, als Corona.“¹¹²

Klassifizierung: FPÖ-Obmann Hofer bezeichnet in einer öffentlichen Rede ein Virus, das zum Tod von mehreren Millionen Menschen weltweit beigetragen und alleine in Österreich tausenden Menschen das Leben gekostet hat, als „nicht gefährlich“. Im gleichen Atemzug, ohne jeglichen sachlichen Zusammenhang, bezeichnet Hofer die Glaubenslehre einer in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaft als „gefährlicher als Corona“. Die Einflechtung der pauschalen Abqualifizierung einer Glaubenslehre in eine Aussage über ein für Millionen

¹¹² <https://youtu.be/U4s-du3mEds>

Menschen tödliches Virus ist beispiellos in der jüngeren österreichischen Politik. Durch diese ohne jeglichen Sachzusammenhang getroffene pauschale Aussage werden gläubige Muslinnen und Muslime abgewertet und ihr Glaube und damit auch sie selbst pauschal als Bedrohung markiert. Die Aussage weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. In Zusammenhang mit der Aussage Hofers wurde von der Staatsanwaltschaft Wien, aufgrund von Anzeigen wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren, ein Ersuchen an den Nationalrat gestellt, einer behördlichen Verfolgung zuzustimmen. Dieses Ersuchen wurde jedoch abgelehnt, wodurch eine juristische Aufarbeitung derzeit gehemmt ist.¹¹³

23. Juni

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml postet ein Bild von zwei Frauen, die in einem Wartezimmer ein Kopftuch tragen. Auf dem Bild steht: „Besuche mit Maß & Ziel: Massenbesuche in Spitälern verbieten!“ Dazu schreibt Raml: „Vor Corona sind oft ganze Besucherhorden in den Spitälern eingefallen. Nicht nur die Aufenthaltsräume, sondern vor allem auch die Krankenzimmer selbst wurden belagert. Besuchszeiten spielten sowieso eine sehr nebensächliche Rolle. Auch wenn es in manchen Kulturkreisen üblich sein mag, dass jedes Mitglied aus der Familie und aus dem Freundeskreis einen Patienten persönlich besucht, kann das nicht auf Kosten des Wohls der anderen Patienten gehen.“¹¹⁴



Klassifizierung: Raml spricht sich gegen „Massenbesuche in Spitälern“ aus. Diese „Massenbesuche“ werden im Bild, das Raml postet, jedoch nicht durch eine Masse an Menschen symbolisiert, sondern durch zwei Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dabei handelt es sich offenkundig um eine Fotomontage, bei der die kopftuchtragenden Frauen extra in das Foto eines Wartezimmers hineinmontiert worden sind.¹¹⁵ Das Phänomen „Massenbesuch“ wird

¹¹³ <https://www.diepresse.com/5882073/koran-schlimmer-als-corona-hofer-wird-nicht-ausgeliefert>

¹¹⁴ <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2326139017682372>

¹¹⁵ <https://pixabay.com/de/photos/frau-einzelne-nur-landschaft-2685867/>

damit von Raml eindeutig muslimisch besetzt. Auffällig ist dabei die drastische abwertende Sprache, die Raml für die aus seiner Sicht unerwünschten „Massenbesuche“ verwendet. Er spricht von „Besucherhorden“, die „in den Spitälern einfallen“. Er spricht von „belagerten Krankenzimmern“. Und er spricht von Dingen, die „in manchen Kulturkreisen üblich sein mögen“. Durch das Zusammenspiel aus Text und (dem wirkungsmächtigen) Bild, stempeln seine Aussagen Musliminnen (und auch Muslime) negativ und als Bedrohung für Spitäler ab. Das Posting weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

15. Juli

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp postet auf Facebook einen Artikel über eine Umfrage, in der eine Mehrheit der Befragten „soziale Brennpunkte“ und „Parallelgesellschaften“ in Wien bzw. Österreich orten. Nepp schreibt dazu: „Während die Bevölkerung die Problematik längst erkannt hat, fungieren ÖVP, SPÖ und Grüne immer noch als Wegbereiter für Parallelgesellschaften. Vor allem in Wien wird Migranten überall der rote Teppich ausgerollt. Von der Gemeindebauwohnung bis hin zur Mindestsicherung bekommen sie alles zur Verfügung gestellt, während der echte Wiener hackeln muss. Wer sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren möchte, gehört sofort abgeschoben! Und wir brauchen einen sofortigen Zuwanderungsstopp, insbesondere aus muslimischen Ländern!“¹¹⁶



Dominik Nepp ✓
8 Std. · 🌐

Während die Bevölkerung die Problematik längst erkannt hat, fungieren ÖVP, SPÖ und Grüne immer noch als Wegbereiter für Parallelgesellschaften. Vor allem in Wien wird Migranten überall der rote Teppich ausgerollt. Von der Gemeindebauwohnung bis hin zur Mindestsicherung bekommen sie alles zur Verfügung gestellt, während der echte Wiener hackeln muss. Wer sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren möchte, gehört sofort abgeschoben! Und wir brauchen einen sofortigen Zuwanderungsstopp, insbesondere aus muslimischen Ländern!

M.OE24.AT
70 Prozent der Wiener sehen soziale Brennpunkte
Laut Umfrage orten 70 Prozent der Österreicher Parallelgesellschaften....

Über diese Website

Klassifizierung: Nepp zieht eine scharfe Trennlinie zwischen „dem echten Wiener“, der „hackeln muss“ und „Migranten“, denen „überall der rote Teppich ausgerollt“ werde und die

¹¹⁶ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4093723217336960>

„von der Gemeindebauwohnung bis hin zur Mindestsicherung alles zur Verfügung gestellt“ bekommen würden. Diese Ausgrenzung-, Abwertungs- und Neidrhetorik gegenüber Migrantinnen und Migranten mündet in der Forderung nach „einem sofortigen Zuwanderungsstopp, insbesondere aus muslimischen Ländern“. Nepp verleiht seiner Ausgrenzung-, Abwertungs- und Neidrhetorik damit einen antimuslimischen Stempel. Er benutzt Zuwanderung von Musliminnen und Muslimen als ultimatives Migrationsbedrohungsbild. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen, die in „muslimischen Ländern“ leben, von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene Ausgrenzungs-, Abwertungs-, Neid- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

18. Juli

Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer postet einen Beitrag der Polizei Wien über Jugendliche, die in Wien Favoriten eine mobile Toilette umgeworfen haben, in der sich eine obdachlose Frau befand. Kohlbauer schreibt dazu: „Wer glaubt ihr waren die Täter? ❤️ Klaus, Georg und Ferdinand. 😡 Mehmet, Abdul und Muhammed. Stimmt ab!“¹¹⁷



Leo Kohlbauer ✓
5 Tage · 🌐

Wer glaubt ihr waren die Täter?

❤️ Klaus, Georg und Ferdinand

😡 Mehmet, Abdul und Muhammed ... Mehr ansehen

Polizei Wien ✓
13 Min. · 🌐

Ein paar Jugendliche werfen gestern in Favoriten eine mobile Toilette um, in der sich eine obdachlose Frau befindet. Die Gruppe flüchtet, die Dame bleibt durchnässt und stark verschmutzt zurück. Da sie nur die Kleidung besitzt, die sie gerade trägt, bringen unsere Kolleg*innen der PI Van-der-Nüll-Gasse sie in eine Obdachlosenunterkunft, damit sie sich reinigen kann. In der Zwischenzeit kaufen sie Kleidung in einem nahegelegenen Geschäft, die sie der sichtlich dankbaren Frau übergeben. Weitere Ermittlungen gegen die derzeit unbekanntes Jugendlichen laufen. Danke für Euren Einsatz! 💜



¹¹⁷ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4118379194900449>

Klassifizierung: Kohlbauer fordert sein Publikum dazu auf, darüber abzustimmen, welchen Namen die mutmaßlichen Täter gehabt haben könnten. Er bietet drei Namen an, die üblicherweise nicht als muslimische Namen gelesen werden, und drei Namen, die von vielen als muslimische Namen gelesen werden. Für die drei nichtmuslimischen Namen kann mit einem Herzen und für die drei muslimischen Namen mit einem wütenden Gesicht abgestimmt werden. Mit seinem Posting zeichnet Kohlbauer eine scharfe Trennlinie zwischen Menschen mit muslimischem und Menschen mit nichtmuslimischem Namen und er deutet durch das wütende Gesicht an, dass er in den Menschen mit muslimischem Namen potenzielle Täter sieht. Das Posting ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

22. Juli

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner kündigt auf Facebook eine Pressekonferenz an, in der es um „Parallelgesellschaften und illegale Migration“ gehen soll. Als Vorschau sind betende Muslime zu sehen. Haimbuchner schreibt: „Am Mittwoch um 11 Uhr spreche ich einer Livestream-Pressokonferenz über Parallelgesellschaften und illegale Migration. Sei dabei!“



Auf der Pressekonferenz sagt Haimbuchner: „Warum gibt es mit bestimmten Einwanderungsgruppen keine Probleme, insbesondere aus gewissen asiatischen Bereichen oder mit Spanien und mit den Italienern, und warum gibt es mit anderen Personengruppen, größerer oder sehr große Probleme? Die problematischen Parallelgesellschaften in unserem Land entspringen immer aus Ländern und Kulturen, in denen der Islam das Sagen hat. Wie reagiert nun die Bundesregierung auf die Studie und vor allem auf die Zustände in der Realität? Und zwar mit einer Dokumentationsstelle, die Frau ÖVP Integrationsministerin Susanne Raab hat jetzt verkündet, sie will eine Dokumentationsstelle für religiös motivierten politischen Extremismus einrichten.“

Klassifizierung: In der Bildsprache von Haimbuchner stehen betende Muslime stellvertretend für „Parallelgesellschaft und illegale Migration“. Im gesprochenen Text behauptet

Haimbuchner, dass „die problematischen Parallelgesellschaften“ in Österreich „immer aus Ländern und Kulturen entspringen, in denen der Islam das Sagen hat“. Haimbuchner verknüpft Religionszugehörigkeit bzw. (religionsbezogene) Herkunft, und zwar nur eine einzige Religionszugehörigkeit und nur eine einzige (religionsbezogene) Herkunft, mit „problematischen Parallelgesellschaften“. Gläubige Musliminnen und Muslime bzw. Menschen „aus Ländern und Kulturen, in denen der Islam das Sagen hat“, werden damit entgegen einer Realität einer fragmentierter und von vielen unterschiedlichen Parallelstrukturen und Parallelteilen durchsetzten Gesellschaft als die einzige „Parallelgesellschafts-Bedrohung“ in Österreich markiert und abgestempelt. Die betreffenden Aussagen und die Bildsprache weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

25. Juli

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp fordert in einer Presseaussendung ein Verbot der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich. Er schreibt: „Behörden müssen Verbot der IGGÖ in die Wege leiten. IGGÖ ist selbst Bestandteil des politischen Islam – offenbar kein Interesse der ÖVP, diese Organisation dichtzumachen. Der Wiener FPÖ-Chef, Vizebürgermeister Dominik Nepp, fordert die Behörden auf, endlich ein Verbot der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) in die Wege zu leiten. „Das Angebot der ÖVP an die IGGÖ, im Kampf gegen den politischen Islam zu kooperieren, ist ein reines Scheinmanöver. Denn es ist allseits bekannt, dass die IGGÖ selbst ein gewichtiger Bestandteil des politischen Islam ist. Mit solchen Organisationen kooperiert man nicht, sondern man löst sie auf“, betont Nepp. „In der IGGÖ sind legalistische Islamisten am Werk, die mit friedlichen Mitteln einen islamischen Gottesstaat durchsetzen wollen. Solche Tendenzen sind brandgefährlich und müssen in Wien und in ganz Österreich im Keim erstickt werden. Es sieht ganz danach aus, dass sich die IGGÖ mit ihren Radikalisierungstendenzen nicht mehr auf dem Boden des Rechtsstaates befindet. Insofern ist es unverständlich, dass die ÖVP kein Interesse daran hat diese Organisation dichtzumachen und die Behörden folglich untätig bleiben.“¹¹⁸

Klassifizierung: Die Forderungen des ressortlosen Wiener Vizebürgermeisters Dominik Nepp nach Prüfung der Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft und nach Aberkennung des Status als offizielle Religionsgemeinschaft sind beispiellos in Österreich. Keine andere anerkannte Religionsgemeinschaft war bislang mit einer derartigen Forderung von Seiten einer im Parlament vertretenen Partei konfrontiert. Als „Auslöser“ dieser Forderungen wird genannt, dass die IGGÖ „gewichtiger Bestandteil des politischen Islams“ sei. Man dürfe mit der offiziellen Glaubensgemeinschaft „nicht kooperieren“, sondern solle sie „auflösen“, so Nepp. Er sieht in der offiziellen Vertretung der Glaubensgemeinschaft „legalistische Islamisten am Werk, die mit friedlichen Mitteln einen islamischen Gottesstaat durchsetzen wollen“ und fordert daher, „diese Organisation dichtzumachen“. Nepp verweist bei seiner radikalen Forderung auf drei „Vorkommnisse“, die „die zunehmende Radikalisierung der islamischen Glaubensgemeinschaft“ belegen sollen: Er nennt als erstes „Vorkommnis“, den im Jahr zuvor geäußerten Wunsch des Präsidenten der Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben „mit dem Sitz der Religionsgemeinde, wo man einen Ansprechpartner hat“.¹¹⁹ Als zweites „Vorkommnis“ nennt Nepp die Kritik am und die vor dem Verfassungsgerichtshof erfolgreiche Klage der Glaubensgemeinschaft gegen das

¹¹⁸ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200725_OTS0006/nepp-behoerden-muessen-verbot-der-iggoe-in-die-wege-leiten

¹¹⁹ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

Kopftuchverbot an Schulen.¹²⁰ Und als drittes „Vorkommnis“ wird die Teilnahme des Präsidenten der Glaubensgemeinschaft an einem Treffen in Köln genannt, an dem auch Personen mit mutmaßlichen Verbindungen zur Muslimbruderschaft teilgenommen haben sollen.¹²¹ Die Ausschlussforderung von Nepp gegenüber der gesamten Islamischen Glaubensgemeinschaft, die in ihrer Radikalität beispiellos ist und sich ausschließlich gegen eine Glaubensgemeinschaft richtet, erfolgt ohne schlüssige Argumentation und weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

1. August

Der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss und der von ihm als Bundesobmann geführte Ring Freiheitlicher Jugend kritisieren die Twitter-Feiertagsgrüße des österreichischen Bundespräsidenten zum islamischen Opferfest. Sie schreiben: „Bundespräsident Van der Bellen (Die Grünen) wünscht den Muslimen auch heuer wieder ein „friedvolles“ Opferfest. Dabei ist das höchste islamische Feste alles andere als friedvoll, sondern mit unsäglichem Tierleid verbunden. Schafen, Ziegen und Rindern werden unbetäubt mit einem Messer die Kehlen durchgeschnitten.“¹²²



In ein ähnliches Horn stößt der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann, der schreibt: „Unfassbar! Dass ein Grüner wie Herr Alexander Van der Bellen so ein #Schlachtfest auch noch begrüßt... 😞“¹²³

Klassifizierung: Zahlreiche religiöse (und nichtreligiöse) Feste sind mit dem Verzehr (und damit auch der vorhergehenden Schlachtung) von Tieren verbunden. Krauss, Hermann und der Ring Freiheitlicher Jugend skandalisieren jedoch ausschließlich die Feiertagsgrüße des österreichischen Bundespräsidenten an Musliminnen und Muslime. Hermann spricht von „so einem Schlachtfest“, Krauss und der Ring Freiheitlicher Jugend nennen Tierschutzanliegen als Grund für ihre Kritik und bezeichnen das höchste islamische Fest als „alles andere als friedvoll“

¹²⁰ https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswid.de.php

¹²¹ <https://kurier.at/chronik/wien/fpoe-fordert-iggoe-aufloesung-erfolgsaussichten-sind-aber-gering/400680101>

¹²² <https://www.facebook.com/FJOesterreich/posts/10158524418849851>

¹²³ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/631115597517679>

und als „mit unsäglichem Tierleid verbunden“, weil Tiere nach islamischem Ritual geschlachtet würden. Sie erwähnen nicht, dass in Österreich bei Schächtungen vorgeschrieben ist, dass eine Betäubung unmittelbar nach dem Kehlschnitt erfolgen muss. Krauss äußert sich ansonsten auf Facebook kaum zum Thema Tierschutz. Die Postings weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

3. August

Die Wiener FPÖ-Bezirksgruppe Favoriten stellt in einem Facebook-Posting eine Feier zum islamischen Opferfest an den Pranger. Sie postet dazu ein Bild, auf dem von einem „Massenaufmarsch beim islamischen Opferfest“ die Rede ist. Im Bild finden sich einige unscharfe Fotos, die aus der Ferne aufgenommen wurden und eine Versammlung von Menschen zeigen. Die FPÖ-Bezirksgruppe schreibt dazu: „Die SPÖ hat in Wien im Integrationsbereich völlig versagt. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz (!!!) in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben den (sic!) hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblichen Corona-Verstößen gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden müssen, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenaufmarsch ohne Konsequenzen verwendet werden darf...“¹²⁴



¹²⁴ <https://www.facebook.com/FPÖE.Favoriten/posts/3235972159803500>

Am gleichen Tag postet auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer zu der Versammlung zum Opferfest. Er schreibt den wortidenten Text wie die FPÖ-Bezirksgruppe.¹²⁵ Hofer postet dazu einen Artikel einer FPÖ-nahen Plattform. In diesem Artikel wird behauptet, dass „Moslems trotz Corona-Verboten zu Hunderten ihr Opferfest feiern dürfen“.¹²⁶ Im Artikel wird der FPÖ-Obmann von Wien Favoriten, Stefan Berger, mit folgenden Worten zitiert: „Während die sportbegeisterten Wiener bei Sportveranstaltungen ausgesperrt werden, hat man bei den muslimischen Mitbürgern offenbar kein Problem, wenn sie unsere Sportstätten zweckentfremden!“

Norbert Hofer ✓
1 Tag · 🌐

Unglaublich, was im rot-grünen Wien alles möglich ist. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben denn hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblicher Corona-Verstöße gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden mussten, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenauflauf ohne Konsequenzen verwendet werden darf...

🔴 Bei der kommenden Wien-Wahl gibt es die Möglichkeit, diese ROT-SCHWARZ-GRÜNE Politik ordentlich abzustrafen...



UNZENSURIERT.AT
Fotos beweisen: Auch Moslems dürfen trotz Corona-Verboten zu Hunderten ihr Opferfest feiern - Unzensuriert

Auch die FPÖ-Steiermark nimmt sich der Veranstaltung an und twittert: „Dürfen sich Moslems alles erlauben?“

FPÖ Steiermark 🇦🇹 @FPOE_Steiermark · Aug 3

Dürfen sich Moslems alles erlauben?

Peter Kurz @PeterKurz19 · Aug 3
Moslems sind immun gegen Corona.
[unzensuriert.at/content/107717...](https://www.unzensuriert.at/content/107717...)

1 3

¹²⁵ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2750424605234823>

¹²⁶ <https://www.unzensuriert.at/content/107717-fotos-beweisen-auch-moslems-duerfen-trotz-corona-verboten-zu-hunderterten-islamisches-opferfest-feiern>

Zwei Tage später teilt auch der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann das Facebook-Posting von FPÖ-Obmann Hofer. Er bezeichnet sich als „stinksauer“ und schreibt: „ÖVP und Grüne greifen offenbar nur bei Österreichern durch - [#Moslems](#) feiern dafür in Massen ihr ["#Opferfest"](#)... 🙄👉👈¹²⁷

Klassifizierung: Diverse FPÖ-Politiker, vom FPÖ-Bundesparteiobmann abwärts, skandalisieren eine legale Veranstaltung im Freien, nur weil es sich um eine mutmaßliche Versammlung von Musliminnen und Muslimen zu einem islamischen Feiertag handelt. Die Beiträge suggerieren, dass Musliminnen und Muslime Privilegien genießen und bevorzugt behandelt würden und sich „alles erlauben dürfen“ bzw. dass sie es nicht verdienen würden, eine Veranstaltung abhalten zu können. Die betreffenden FPÖ-Politiker stellen ausschließlich Veranstaltungen mit Bezug zu Musliminnen und Muslimen an den Pranger, während die FPÖ selbst im Freien diverse Veranstaltungen und Versammlungen abhält. Zudem findet sich einmal mehr die strikte Trennung in eine Wir-Gruppe der „Österreicher“ und eine Sie-Gruppe der „Moslems“, so als ob es keine muslimischen Österreicherinnen und Österreicher gebe. Diese Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Neidrhetorik gegenüber Musliminnen und Muslimen ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

24. August

Der steirische FPÖ-Obmann Mario Kunasek fordert auf Facebook bezugnehmend auf einen antisemitischen Übergriff in Graz eine „Nullzuwanderung aus islamischen Staaten“. Er schreibt: „SPÖ und ÖVP haben den Asylanten hereingelassen, das steht fest! Wenn tagtäglich fundamentalistische Migranten aus ihren Booten steigen, braucht sich niemand zu wundern, dass es immer mehr Antisemitismus in Europa und Österreich gibt. 😞 Deshalb sollte ÖVP-Innenminister Karl Nehammer keine großen Reden schwingen, sondern endlich eine Nullzuwanderung aus islamischen Staaten sicherstellen! 🇺🇸🇸🇮¹²⁸

 **Mario Kunasek** ✓
22 Std. · 🌐

SPÖ und ÖVP haben den Asylanten hereingelassen, das steht fest!
Wenn tagtäglich fundamentalistische Migranten aus ihren Booten steigen, braucht sich niemand zu wundern, dass es immer mehr Antisemitismus in Europa und Österreich gibt. 😞
Deshalb sollte ÖVP-Innenminister **Karl Nehammer** keine großen Reden schwingen, sondern endlich eine Nullzuwanderung aus islamischen Staaten sicherstellen! 🇺🇸🇸🇮
<https://www.fpoe-stmk.at/blog/detail/judenhass-darf-nicht-laenger-importiert-werden>



KRONE.AT
„Täter ist islamisierter Antisemit und homophob“
Nach den antisemitischen Angriffen auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde in G...

¹²⁷ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/634159770546595>

¹²⁸ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157706156693282>

Klassifizierung: Kunasek stellt, indem er in Zusammenhang mit Fundamentalismus und Antisemitismus eine „Nullzuwanderung aus islamischen Staaten“ fordert, Musliminnen und Muslime kollektiv unter Fundamentalismus- und Antisemitismusverdacht. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „islamischen Staaten“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

30. August

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein nimmt auf Facebook zu einer angeblich geplanten Imam-Schule in Linz Stellung. Er schreibt: „Mit mir wird es keine Imam-Schule oder Moschee in Linz geben! Oft wird diesen Einrichtungen nachgesagt, dass sie als Hort der Radikalisierung und Islamisierung dienen. Der Verein ALIF plante in der Lunzerstraße eine solche Einrichtung.“¹²⁹



Klassifizierung: Hein sagt, dass er keine Gebetshäuser und keine Ausbildungsstätten für Imame für Musliminnen und Muslime in Linz wolle. Er stellt Moscheen (ebenso wie Imam-Schulen) weitgehend unter Radikalisierungsverdacht. Die generelle Weigerung, Musliminnen und Muslimen die Möglichkeit zu geben, Gebetshäuser für die Ausübung ihrer Religion einzurichten, und der weitgehende Generalverdacht gegen jegliche muslimische Gebetseinrichtungen sind ein klarer Fall von antimuslimischer Ausgrenzungs- und

¹²⁹ <https://www.facebook.com/markus.robert.hein/posts/1915644231911366>

Bedrohungsrhetorik und stellen darüber hinaus mittelbar das Recht auf Freiheit der Religionsausübung in Frage.

3. September

FPÖ-Obmann Norbert Hofer startet Anfang September eine weitere Welle der FPÖ-Ramadan-Verschörungsgeschichte. Er schreibt: „Während die Lockerung der vielfach verfassungswidrigen Corona-Verordnungen der „ersten Welle“ rechtzeitig zum Ramadan erfolgte, wird nun in wenigen Monaten das Weihnachtsfest gefeiert. Dieses soll der Bevölkerung nun schon im September vermiesen werden. Der „gute Rat“ des Bundeskanzlers an die Bevölkerung: Private Feiern mögen – speziell mit Hinblick auf Weihnachtsfeiern – auf 25 Personen beschränkt werden. Dass diese Ansage das Todesurteil für viele Gastwirte besiegeln wird, dürfte in dieser schwarz-grünen Regierung niemand wesentlich interessieren.“¹³⁰



Während die Lockerung der vielfach verfassungswidrigen Corona-Verordnungen der „ersten Welle“ rechtzeitig zum Ramadan erfolgte, wird nun in wenigen Monaten das Weihnachtsfest gefeiert. Dieses soll der Bevölkerung nun schon im September vermiesen werden. Der „gute Rat“ des Bundeskanzlers an die Bevölkerung: Private Feiern mögen – speziell mit Hinblick auf Weihnachtsfeiern – auf 25 Personen beschränkt werden. Dass diese Ansage das Todesurteil für viele Gastwirte besiegeln wird, dürfte in dieser schwarz-grünen Regierung niemand wesentlich interessieren.

 Mehr dazu: <https://www.wochenblick.at/regierung-kurz-will-uns-weihnachtsfeiern-vermiesen/>



¹³⁰ <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000..2777954165815200/?type=3>

Hofer verlinkt in seinem Posting auf einen Artikel der FPÖ-nahen Zeitschrift „Wochenblick“. In diesem Artikel wird einmal mehr die Ramadan-Verschwörungsgeschichte in den Raum gestellt: „Lockerung bei Ramadan, Verschärfung bei Weihnachten? Als besonders perfide bezeichnen viele Beobachter den Umstand, dass die ersten großen „Lockerungsmaßnahmen“ rechtzeitig zum moslemischen Ramadan-Fest verkündet wurden. Viele mutmaßen, dass sich die davon betroffene Bevölkerungsgruppe strengen Regeln vielleicht nicht ganz so unproblematisch unterworfen hätte wie der obrigkeitshörige Österreicher.“¹³¹

Lockerung bei Ramadan, Verschärfung bei Weihnachten?

Als besonders perfide bezeichnen viele Beobachter den Umstand, dass die ersten großen „Lockerungsmaßnahmen“ rechtzeitig zum moslemischen Ramadan-Fest verkündet wurden. Viele mutmaßen, dass sich die davon betroffene Bevölkerungsgruppe strengen Regeln vielleicht nicht ganz so unproblematisch unterworfen hätte wie der obrigkeitshörige Österreicher. **Auch wenn die angekündigten Verschärfungen heute noch nicht verkündet wurden, stehen diese weiterhin im Raum und sind der Willkür der Regierung unterworfen.** Momentan äußerte Bundeskanzler Kurz nur den Wunsch dass Weihnachtsfeiern „zahlenmäßig eingeschränkt“ stattfinden sollen. Mit vorausseilendem Gehorsam staatlicher und staatsnaher Betriebe ist hier unter Garantie zu rechnen.

Auch der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postet den von FPÖ-Obmann Hofer in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungstext.¹³² Ebenso der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann.¹³³

Klassifizierung: Die FPÖ sowie ihre Spitzenvertreter Hofer, Abwerzger und Hermann stellen die Behauptung in den Raum, die Lockerungsmaßnahmen nach dem ersten Lockdown wären in Zusammenhang mit dem islamischen Ramadan gestanden. Mit dieser Behauptung wird eine zweite Welle der FPÖ-Ramadan-Verschwörungsgeschichte gestartet. Die Verschwörungsgeschichte, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt, sowie die mit dieser Geschichte einhergehende Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Neidrhetorik sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

6. September

Der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss postet ein Video über die Grillplätze auf der Wiener Donauinsel. Im Video sagt Krauss, dass ihn „viele Beschwerden“ erreicht hätten, dass die Grillplätze „hauptsächlich von Migranten belegt werden“ und „der echte Wiener kaum mehr eine Möglichkeit hat zu grillen“. Unterlegt ist das Video mit orientalisch anmutender Musik. Das Video fokussiert immer wieder auf Frauen, die ein Kopftuch tragen. Am Ende wird ein „Ösi-O-Meter“ eingeblendet, der „0%“ anzeigt. Krauss leitet sein Video-Posting mit folgenden Worten ein: „Grillen auf der Donauinsel...oder doch in Anatolien? Aber seht selbst! Das ist das Ergebnis der verfehlten rot-grünen Zuwanderungspolitik. Wien muss wieder die Stadt der Wienerinnen und Wiener werden. Deshalb unterstützt die FPÖ!“¹³⁴

¹³¹ <https://www.wochenblick.at/regierung-kurz-will-uns-weihnachtsfeiern-vermiesen/>

¹³² <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1717393808414116>

¹³³ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/658249908137581>

¹³⁴ <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3040508829394644>



Klassifizierung: Das von Krauss gepostete Video ist ein rassistisches Machwerk, das Menschen alleine aufgrund äußerlicher Merkmale abwertet, ausgrenzt und als Bedrohung markiert. Insbesondere Frauen, die Kopftuch tragen, werden als „Gegenstück“ zum „echten Wiener“ präsentiert. Das Posting und das Video sind ein klarer Fall von Rassismus, mit deutlich erkennbarer antimuslimisch-rassistischer Komponente.

7. September

Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer attackiert auf Twitter eine Schülerin mit Kopftuch, die im Fernsehen als Schüler*innenvertreterin ein Interview gibt. Kohlbauer schreibt: „Ist diese Vertreterin der SPÖ-Vorfeldorganisation AKS die Zukunft der Sozialdemokratie? Abgeordnete, Landesrätinnen und Ministerinnen bald mit streng islamischen Kopftüchern? Die Ideologie der Muslimbrüder in unserem Parlamentarismus?“¹³⁵



¹³⁵ <https://twitter.com/LeoKohlbauer/status/1302928796576821248>

Der Tweet von Kohlbauer wird vom ressortlosen Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss auf Twitter geteilt.

Klassifizierung: Kohlbauer bringt eine Schülerin, die Schüler*innenvertreterin ist, mit „der Ideologie der Muslimbrüder“ in Verbindung, ohne dass eine einzige Aussage von ihr zitiert oder analysiert wird. Die Jugendliche wird alleine, weil sie ein Kopftuch trägt, ideologisch abgestempelt, abgewertet und als mögliche Bedrohung für „unseren Parlamentarismus“ markiert.¹³⁶ Das Interview, das zum Anlass für diese Abwertung und Abstempelung genommen wird, befasst sich einzig und alleine mit den geplanten Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und dem bevorstehenden Schulstart.¹³⁷ Die im Tweet enthaltene Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik sowie das Bedrohungsbild, das alleine aufgrund eines äußeren Merkmals gezeichnet wird, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

1. Oktober

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp postet ein Video mit dem Titel „Holen wir uns UNSER Favoriten zurück!“. Der Einleitungstext zum Video lautet: „Viele Favoritner sagen: „Wir erkennen unseren Bezirk nicht mehr wieder!“ Favoriten ist unter ROT-GRÜN zu einem fremden Ort in Wien geworden. Hier werden fremde Konflikte ausgetragen, der Radikal-Islam hofiert und die Österreicher zur Minderheit im eigenen Land. Die Favoritner sagen zu Recht: „Wir wollen nicht mehr ‚Kriminalitätshotspot‘ sein und wir glauben auch nicht mehr, dass uns die ÖVP mit ihren falschen Versprechungen hilft.“ Holen wir uns am 11. Oktober unser Wien zurück. Wir wollen nicht die letzten Österreicher sein, die zusehen müssen, wie alles zusammenbricht.“

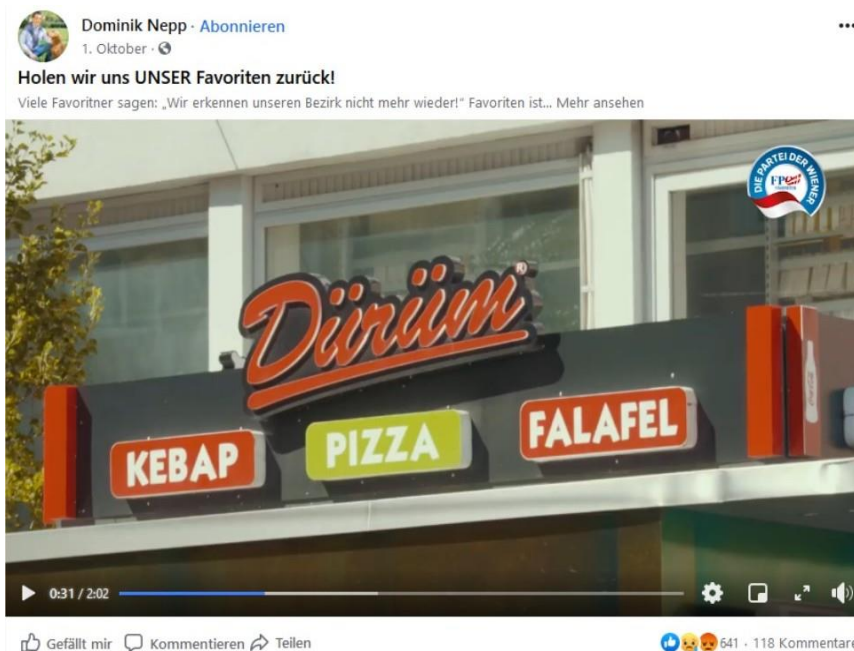
Im Video wird immer wieder auf Frauen mit Kopftuch fokussiert. Eine Sprecherstimme sagt: „Und wenn wir erinnernd zurückschweifen, dann tut es weh, an den alten Bäcker zu denken, der dastand, wo jetzt ein Kebapstandl steht. Es ist so beklemmend, sich an die Greißler und Wirtshäuser zu erinnern, die gewichen sind, weil die Überfremdung auch fremde Gebräuche und fremde Läden mit sich brachte. Wir erkennen heute unser Favoriten nicht mehr wieder. Ein fremder Ort mitten in Österreichs Hauptstadt. Wien – mehr als 500 Jahre Kaiserstadt, Stätte unvergleichlicher Hochkultur, Hauptstadt der Republik. Doch davon spürt man in Favoriten nichts mehr. Hier ist fremdes Territorium, mitten in der Bundeshauptstadt.“¹³⁸

¹³⁶ Der österreichische Verfassungsgerichtshof hält in seinem Erkenntnis vom 11. Dezember 2020 zur Aufhebung des Verhüllungsverbots an Schulen fest: „Zunächst ist von Bedeutung, dass das Tragen des islamischen Kopftuches eine Praxis ist, die aus verschiedenen Gründen ausgeübt wird. Die Deutungsmöglichkeiten, die die Trägerinnen eines Kopftuches vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Religion oder Weltanschauung dieser Bekleidung und damit dem Tragen des Kopftuches geben, sind vielfältig. Mit dem Tragen eines Kopftuches kann schlicht die Zugehörigkeit zum Islam oder die Ausrichtung des eigenen Lebens an den religiösen Werten des Islam ausgedrückt werden. Ferner kann das Tragen des Kopftuches etwa auch als Zeichen für die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur bzw. für ein Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. Dem islamischen Kopftuch kommt daher keine eindeutige und unmissverständliche Bedeutung zu.“ https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_G_4_2020_vom_11.12.2020.pdf Siehe auch:

https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswid.de.php

¹³⁷ <https://www.vice.com/de/article/m7jnyn/fpoe-gemeinderatswahlen-wien-sihaam-abdillahi>

¹³⁸ <https://www.facebook.com/135953609780627/videos/655252121635217/>



Klassifizierung: Nepp postet ein Video, das insbesondere Frauen mit Kopftuch zum Inbegriff des „Fremden“ und der „Nichtösterreicher“ abstempelt. Diese „Fremden“ und „Nichtösterreicher“ werden von Nepp und den Videogestaltern dafür verantwortlich gemacht, dass „alles zusammenbricht“. Das Video spielt darüber hinaus „Bäcker“ gegen „Kebabstandl“ aus, als ob das eine im Widerspruch zum anderen stehen würde. „Die Überfremdung“ wird dafür verantwortlich gemacht, dass es laut Video in Wien Favoriten weniger „Greißler“ und „Wirtshäuser“ gebe. Die Ausgrenzungs-, Abwertungs-, Bedrohungs- und Neidrhetorik im Posting und im „Alles-bricht-zusammen“-Video weist durch die Fokussierung auf Frauen mit Kopftuch und auf (potenziell muslimisch gelesene) „Kebabstandln“ eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

2. Oktober

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sieht in einem türkischen Lied in einem Volksschulbuch einen Beleg für „Islamisierung“. Er postet dazu einen Artikel, in welchem der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp mit folgenden Worten zitiert wird: „Dieses Beispiel der unterschweligen Manipulation unserer Kinder zeigt ein weiteres Mal auf, wie die SPÖ-geführte Bildungsdirektion die Islamisierung Wiens vorantreibt.“¹³⁹ Hofer schreibt dazu: „Dominik Nepp hat vollkommen recht: Wer noch immer die Islamisierung der Stadt bestreitet, versteckt sich vor der Wahrheit. Unsere Kinder brauchen keine türkischen Lieder zu lernen! Holen wir unser Wien zurück.“¹⁴⁰

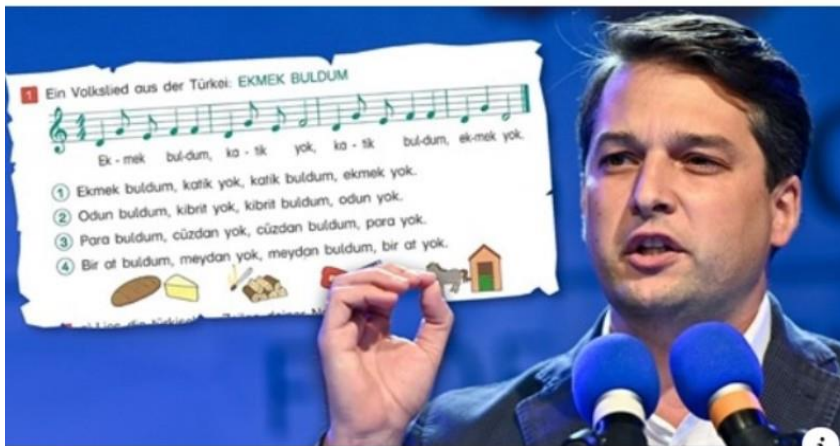
¹³⁹ <https://www.heute.at/s/tuerkische-liedtext-im-deutschunterricht-an-wiener-schule-regt-auf-100105011>

¹⁴⁰ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2804144896529460>



Dominik Nepp hat vollkommen recht: Wer noch immer die Islamisierung der Stadt bestreitet, versteckt sich vor der Wahrheit. Unsere Kinder brauchen keine türkischen Lieder zu lernen! Holen wir unser Wien zurück:

Am 11. Oktober - X FPÖ!



HEUTE.AT

FPÖ empört über türkische Lieder an Wiener Schule

Türkische Liedtexte in einem Wiener Volksschulbuch regen die FPÖ auf. Fakt ist, dass das Buch v...

Klassifizierung: Hofer und Nepp skandalisieren das Singen eines türkischen Liedes an einer Schule und setzen es mit „Islamisierung“ gleich. Darüber hinaus wird von Hofer ein Gegensatz zwischen „unserem Wien“ und dem Singen eines türkischen Liedes aufgebaut. Von Nepp wird das Singen eines türkischen Liedes als „unterschwellige Manipulation“, um „die Islamisierung Wiens voranzutreiben“ bezeichnet. Hofer und Nepp verknüpfen antitürkische mit antimuslimischen Ressentiments und stellen Lieder auf Türkisch pauschal als Bedrohung und als Teil einer religionsbezogenen Entwicklung und Manipulation dar. Sie verwenden den Begriff „Islamisierung“ als Bedrohungsbild, ohne an irgendeiner Stelle sachbezogen zu argumentieren, was sie darunter verstehen. Die Aussagen von Hofer und Nepp weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

Ab 18. Oktober

Ab Mitte Oktober verdichtet sich die Kampagne der FPÖ, die einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen/islamischen Ländern“ fordert. Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer schreibt am 18. Oktober auf Facebook in Zusammenhang mit der Ermordung eines Lehrers in Frankreich durch einen islamistischen Fundamentalisten: „Samuel Paty wurde auf bestialische Weise von einem Flüchtling geköpft, weil er Mohammed Karikaturen im Unterricht gezeigt hat. Dieser Vorfall zeigt, dass eine zusätzliche Migration aus muslimischen Ländern unsere Gesellschaft in eine gefährliche Richtung verändert. Ein Einwanderungsstopp aus muslimischen Ländern und ein Gesetz gegen den politischen Islam sind das Gebot der Stunde.“¹⁴¹

¹⁴¹ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4574969352574762>



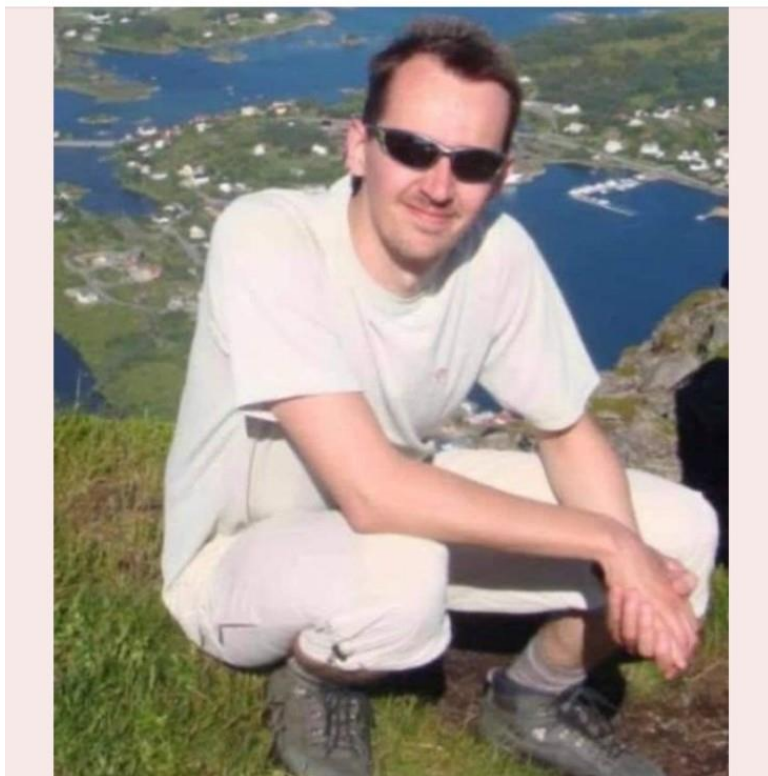
Leo Kohlbauer

18. Oktober um 12:19

Samuel Paty wurde auf bestialische Weise von einem Flüchtling geköpft, weil er Mohammed Karikaturen im Unterricht gezeigt hat.

Dieser Vorfall zeigt, dass eine zusätzliche Migration aus muslimischen Ländern unsere Gesellschaft in eine gefährliche Richtung verändert.

Ein Einwanderungsstopp aus muslimischen Ländern und ein Gesetz gegen den politischen Islam sind das Gebot der Stunde.



Klassifizierung: Kohlbauer stempelt „Migration aus muslimischen Ländern“ pauschal als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene undifferenzierte und kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

24. Oktober

FPÖ-Obmann Norbert Hofer teilt auf Facebook einen Artikel über eine Studie zur Integration von Geflüchteten.¹⁴² Er kommentiert die Studie mit folgenden Worten: „Die Integrationsministerin sollte lieber Klartext sprechen: Es sind Migranten aus dem islamischen Kulturkreis, die nicht nicht (sic!) integrierbar sind und daher am Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können. Das hat langfristig Auswirkungen auf unser Sozialsystem, auf die Pensionen, die Sicherheit usw., wenn wir keine Kehrtwende machen. Statt weiter zig Millionen Euro der Bevölkerung in sinnlosen Integrationsprogrammen zu verpulvern, sollten endlich die notwendigen Abschiebeabkommen ausverhandelt und ein Zuwanderungsstopp eingeführt werden.“¹⁴³

¹⁴² <https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/studie-integration-von-fluechtlingen-dauert-lange/451265328>

¹⁴³ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2823810124562937>

 **Norbert Hofer** 24. Oktober um 09:30

Die Integrationsministerin sollte lieber Klartext sprechen: Es sind Migranten aus dem islamischen Kulturkreis, die nicht nicht integrierbar sind und daher am Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können. Das hat langfristig Auswirkungen auf unser Sozialsystem, auf die Pensionen, die Sicherheit usw., wenn wir keine Kehrtwende machen. Statt weiter zig Millionen Euro der Bevölkerung in sinnlosen Integrationsprogrammen zu verpulvern, sollten endlich die notwendigen Abschiebeabkommen ausverhandelt und ein Zuwanderungsstopp eingeführt werden.



M.OE24.AT
Studie: Integration von Flüchtlingen dauert lange
 Studie zeigt: Die Integration von Flüchtlingen verläuft sehr unterschiedlich.

Klassifizierung: Hofer erklärt „Migranten aus dem islamischen Kulturkreis“ zu einer homogenen Gruppe, obwohl der von ihm geteilte Artikel das genaue Gegenteil aussagt, nämlich dass die Integrationsverläufe von Geflüchteten sehr unterschiedlich sind. Hofer erklärt darüber hinaus die von ihm konstruierte homogene Gruppe als einzige Gruppe für „nicht integrierbar“. Diese Kollektivierungs-, Abwertungs- und Ausgrenzungsrhetorik gegenüber Musliminnen und Muslimen ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

29. Oktober

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp schreibt als Reaktion auf ein islamistisch-fundamentalistisches Attentat in Frankreich: „Der islamistische Terror in Europa geht weiter. Der Täter schrie „Allahu Akbar“. Unschuldige Menschen werden Opfer der europäischen Migrationspolitik. Es darf keine Zurückhaltung im Umgang mit solchen Terroristen geben. Die volle Härte des Gesetzes muss hier zuschlagen. Islamisten und all jene die mit ihnen sympathisieren müssen besser heute als morgen abgeschoben werden. Parallelgesellschaften muss ein Ende gesetzt werden und es braucht einen Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern! Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen.“¹⁴⁴

¹⁴⁴ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4611100895599187>



Dominik Nepp

29. Oktober um 12:13 · 🌐

Der islamistische Terror in Europa geht weiter. Der Täter schrie „Allahu Akbar“. Unschuldige Menschen werden Opfer der europäischen Migrationspolitik. Es darf keine Zurückhaltung im Umgang mit solchen Terroristen geben. Die volle Härte des Gesetzes muss hier zuschlagen. Islamisten und all jene die mit ihnen sympathisieren müssen besser heute als morgen abgeschoben werden. Parallelgesellschaften muss ein Ende gesetzt werden und es braucht einen Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern! Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen.



OE24.AT

Opfer enthauptet: Drei Menschen bei Terror in Nizza getötet

Laut Medienberichten sind bereits drei Menschen bei der Attacke gestorben.

Klassifizierung: Nepp stempelt durch seine Forderung nach „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“ in Zusammenhang mit Terrorismus Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

29. Oktober

Der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky schreibt als Reaktion auf ein islamistisch-fundamentalistisches Attentat in Frankreich: „Nach weiterer Enthauptung. Diesmal in Nizza. Es reicht! Keine Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“ Vilimsky postet dazu auf Facebook ein Bild auf dem steht: „Schluss mit jeglicher Zuwanderung aus islamischen Ländern!“¹⁴⁵

¹⁴⁵ <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/posts/3412252645560325>

Harald Vilimsky
29. Oktober um 13:12 · 🌐

Nach weiterer Enthauptung. Diesmal in Nizza. Es reicht! Keine Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!



Klassifizierung: Vilimsky stempelt durch seine Forderung nach „Schluss mit jeglicher Zuwanderung aus islamischen Ländern“ in Zusammenhang mit Terrorismus Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

30. Oktober

Der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Krauss schreibt auf Facebook: „Grenzen dicht und Islamisten abschieben!“ Dazu postet er ein Bild auf dem steht: „Keinerlei Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“¹⁴⁶

Maximilian Krauss
Gestern um 09:23 · 🌐

Grenzen dicht und Islamisten abschieben!



¹⁴⁶ <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3195851323860393>

Klassifizierung: Krauss stempelt durch seine Forderung nach „Keinerlei Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern“ in Zusammenhang mit Terrorismus Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

31. Oktober

Der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky kommentiert einen Vorfall, bei dem laut Medienberichten „ein verwirrt wirkender Mann“ im Stephansdom „islamische Parolen“ gerufen habe.¹⁴⁷ Vilimsky schreibt auf Facebook: „Beginnt der Terror nun auch bei uns? Und wieso lassen Kurz und Co noch weitere dieser Leute ins Land? Kein weiterer Zustrom aus islamischen Ländern! Null!!“¹⁴⁸



Klassifizierung: Vilimsky stempelt durch seine Forderung „Kein weiterer Zustrom aus islamischen Ländern! Null!!!“ in Zusammenhang mit Terrorismus Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „islamischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

¹⁴⁷ <https://wien.orf.at/stories/3073894/>

¹⁴⁸ <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/posts/3417721618346761>

9. November

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hannes Amesbauer schreibt nach dem islamistisch-fundamentalistischen Anschlag in Wien in einer Presseaussendung: „Die großspurigen Ankündigungen der ÖVP-Minister Nehammer und Raab sind lediglich Beruhigungspillen für die Öffentlichkeit. Hier braucht es unbeugsame politische Härte. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die komplette Neustrukturierung und Neuausrichtung des Asyl- und Migrationswesens. Es muss nun endgültig mit der falsch verstandenen Toleranz Schluss sein. Wir müssen die Zuwanderung vor allem aus islamischen Ländern unterbinden“¹⁴⁹

Klassifizierung: Amesbauer stempelt durch seine Forderung nach „Unterbinden der Zuwanderung vor allem aus islamischen Ländern!“ in Zusammenhang mit Terrorismus Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „islamischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

17. November

FPÖ-Obmann Norbert Hofer wird in einer Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs zitiert: „Beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus ist Trendwende bei Zuwanderungspolitik. Islamisierung Österreichs schadet nicht nur autochthoner Bevölkerung sondern auch jenen, die in Österreich eine bessere Heimat gesucht haben. FPÖ-Bundesparteiobmann NAbg. Norbert Hofer warnt im Zusammenhang mit der zunehmenden islamistischen Gefahr in Österreich und den diskutierten Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in Österreich vor einer Placebopolitik. Es sei schlichtweg unverantwortlich, sich in der Debatte ausschließlich mit der Bekämpfung importierter Gewalt zu befassen, ohne die Frage des Imports insgesamt zu hinterfragen. Wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestalten werde, werde es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben. In Deutschland werden es 17,5 Millionen Muslime sein und in Schweden 4,5 Millionen. Das geht aus einer neuen Studie von „Pew Research“ hervor. „In manchen Wiener Schulen liege der Ausländeranteil schon jetzt bei über 90 Prozent. Ein Fünftel aller Wiener Kinder besucht daher Privatschulen. Bis 2050 werden Muslime die größte religiöse Gruppe in Wien sein - in anderen Städten Österreichs zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Es ist offen auszusprechen, dass sich Österreich mitten in einem Prozess einer galoppierenden Islamisierung befindet und wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass es eben diese Islamisierung ist, die wir nicht gutheißen. Ich gehe davon aus, dass auch viele traditionell muslimische Staaten einen umgekehrten Kulturbruch durch überbordende Zuwanderung nicht akzeptieren würden. Es muss das Recht eines Staates sein, selbst über seine Zuwanderungspolitik zu entscheiden. Das bedingt aber auch, dass europäische Verträge zu ändern sind. Und das nicht in einigen Jahren sondern binnen kürzester Zeit.“ Der FPÖ-Bundesparteiobmann betont, dass eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik nicht nur im Interesse der autochthonen Bevölkerung sei, sondern auch im Interesse jener Zuwanderer, die hier tatsächlich eine bessere Heimat gefunden haben. Sie seien auch vor jener Ideologie geflohen, die ihnen nach Österreich nachgefolgt sei.“¹⁵⁰

¹⁴⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201109_OTS0099/fpoe-amesbauer-razzien-gegen-radikale-islamisten-zeigen-einmal-mehr-die-imminente-gefahr-in-diesem-bereich-auf

¹⁵⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201117_OTS0137/fpoe-hofer-beste-massnahme-gegen-islamistischen-terrorismus-ist-trendwende-bei-zuwanderungspolitik

Klassifizierung: Hofer verknüpft Musliminnen und Muslime pauschal mit Terrorismus und nennt eine „Trendwende bei der Zuwanderungspolitik“ die „beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus“. Hofer verknüpft Gewalt mit „Import“ und „importierte Gewalt“ mit dem „Import“ von Musliminnen und Muslimen. Er stellt einen wachsenden Bevölkerungsteil mit muslimischer Religionszugehörigkeit bzw. muslimischer Herkunft per se als Bedrohung dar. Hofer setzt darüber hinaus Musliminnen und Muslime mit „Ausländer“ gleich. Er stempelt Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab und er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Ausgrenzungs-, Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

18. November

FPÖ-Obmann Norbert Hofer spricht sich auf Facebook gegen „den Import“ von Musliminnen und Muslimen aus und postet ein antimuslimisches Angstvideo, das vor „Muslimen“ und „Ausländern“ warnt und von „galoppierender Islamisierung“ und „Gewalt“ spricht. Hofer schreibt als Begleittext zum Video: „Wussten Sie, dass wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestaltet, es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben wird? Es ist daher schlichtweg unverantwortlich, sich in der Debatte ausschließlich mit der Bekämpfung importierter Gewalt zu befassen, ohne den Import insgesamt zu hinterfragen. Die beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus ist noch immer eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik.“¹⁵¹



Norbert Hofer ✓

19 Std. · 🌐



Wussten Sie, dass wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestaltet, es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben wird? Es ist daher schlichtweg unverantwortlich, sich in der Debatte ausschließlich mit der Bekämpfung importierter Gewalt zu befassen, ohne den Import insgesamt zu hinterfragen.

🔴 Die beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus ist noch immer eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik.



¹⁵¹ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2847648355512447>

Klassifizierung: Hofer stempelt Musliminnen und Muslime kollektiv als „Importgut“ und Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime durch „eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

23. November

Die FPÖ Steiermark, ihr Obmann Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek und ihr Vizeklubobmann Stefan Hermann sprechen sich auf Facebook für ein Bauverbot für Minarette aus. Sie verweisen auf eine diesbezügliche Rede des steirischen FPÖ-Landtagspräsidenten Gerald Deutschmann im steirischen Landtag und schreiben: „Klare Worte vom FPÖ-Abgeordneten und Dritten Landtagspräsidenten Gerald Deutschmann: "Minarette sind keine Glockentürme der katholischen Kirche, die Minarette sind Zeichen eines politischen Islams, den wir hier in der Steiermark, in Österreich, nicht brauchen! 🕌🚫 Ein Verbot im steirischen Baugesetz ist daher dringend notwendig!" 🙌“¹⁵²



Klassifizierung: Die FPÖ Steiermark will eine Einschränkung für den Bau von Türmen als Teil von Gebetshäusern. Diese Einschränkung soll laut den steirischen FPÖ-Politikern Kunasek, Hermann und Deutschmann ausschließlich für muslimische Gebetshäuser gelten. Eine solche alleine auf Gebetshäuser einer einzelnen Religionsgemeinschaft abstellende Forderung ist klar diskriminierend und weist durch den Versuch, Musliminnen und Muslime zu benachteiligen, einzuschränken, auszugrenzen und als Bedrohung zu markieren, eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte schrieb aus Anlass eines Schweizer Volksbegehrens zum Thema Minarettverbot: „Ein generelles Minarettverbot ist auch als diskriminierend (Art 14 in Verbindung mit Art 9 EMRK) zu qualifizieren, da es nur muslimische Religionsausübende

¹⁵² <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157909210748282>

hinsichtlich ihrer Religionsausübungsfreiheit, also des Rechts ihre religiösen Symbole in der Öffentlichkeit zu errichten, trifft.“¹⁵³

27. November

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner nimmt auf Facebook zum „Action Plan on Integration and Inclusion 2021-2027“ der EU-Kommission Stellung. Er postet dazu ein Bild von vier Personen, von denen drei ein Kopftuch tragen. Die Personen stehen vor einem Haus mit einer türkischen Fahne am Fenster. Der Text im Bild lautet: „EU will Wohnbau für Migranten aus aller Welt öffnen!“. Haimbuchner schreibt als Begleittext zum Bild: „Der von der EU-Kommission vorgestellte „Action Plan on Integration and Inclusion“ soll Migranten aus aller Welt einfachen Zugang zum Wohnungsmarkt des jeweiligen Gastlandes gewähren. Diese blinde Migrationsromantik gefährdet den sozialen Frieden. In Oberösterreich haben wir die Wohnungsvergabe an die Kenntnisse der deutschen Sprache geknüpft. Einfach gesagt: Ohne Deutsch keine Wohnung. Die gemeinsame Sprache ist der wichtigste Baustein für ein gesellschaftliches Miteinander.“¹⁵⁴



Nahezu den gleichen Text postet auch der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml. Er wählt jedoch ein anderes Bild, das mit dem von Haimbuchner geposteten Bild allerdings eine Gemeinsamkeit hat: erneut steht eine Frau mit Kopftuch im Mittelpunkt.

¹⁵³ <https://bim.lbg.ac.at/de/artikel/stellungnahme-des-ludwig-boltzmann-instituts-fur-menschenrechte-zum-schweizer-minarettverbot>

¹⁵⁴ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/3623888587671791>



Klassifizierung: Haimbuchner und Raml stellen durch ihre Bildauswahl Frauen mit Kopftuch als repräsentativ für „Migranten aus aller Welt“ dar. Sie skandalisieren, dass die EU den Wohnbau für solche Personen öffnen wolle. Durch die Verknüpfung von Text und Bild werten Haimbuchner und Raml Frauen mit Kopftuch als weitgehend unerwünscht im Wohnbau ab. Das Bild, das Haimbuchner verwendet entstammt einer Fotomontage der FPÖ-nahen Plattform „unzensuriert.at“. Es wurden also gezielt Frauen mit Kopftuch in das Bild hineinmontiert. Auch das von Raml verwendete Bild erweckt den Eindruck einer Fotomontage. Die Postings von Haimbuchner und Raml weisen durch die Bild-Text-Verknüpfung, die auf die Skandalisierung des Zugangs von Musliminnen (und Muslimen) zum Wohnbau abzielt, eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

29. November

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagt in der ORF-Pressesendung: „Wollen wir wirklich, dass wir im Jahr 2030 in Österreich 2,1 Millionen Muslime haben? In Wien einen Schwerpunkt, wo der Islam die stärkste Glaubensgemeinschaft ist? Ich sag’s noch einmal, ich kenne viele Muslime, die tolle Österreicher sind, aber ich will diese Veränderung des Landes nicht. Und die meisten Politiker trauen sich nicht, das auszusprechen. Und ich sage, ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird.“

Auf Facebook schreibt Hofer zu seinem Auftritt in der ORF-Pressesendung: „Wussten Sie, dass wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestaltet, es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben wird? Eine Entwicklung, die wir so nicht

hinnehmen möchten. Es braucht eine rasche Trendwende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik.“¹⁵⁵ Dazu postet Hofer ein Bild von sich mit dem Text: „Ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird!“



Hofers Posting wird zustimmend vom steirischen FPÖ-Obmann, dem ehemaligen Verteidigungsminister Mario Kunasek, und dessen Vizeklubobmann Stefan Hermann geteilt. Kunasek ergänzt das Posting von Hofer um zwei Icons, eine Moschee „🕌“ und ein Zutrittsverbotsschild „🚫“.

Klassifizierung: Hofer stellt ein Bevölkerungsszenario mit einer steigenden Anzahl an Musliminnen und Muslimen per se als Bedrohungsbild dar. Er stempelt damit die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung und als Teil einer „Entwicklung, die ich nicht hinnehmen möchte“, ab. Er macht deutlich, dass er mittels „einer raschen Trendwende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik“ Musliminnen und Muslime von Österreich fernhalten will. Seine Parteikollegen Kunasek und Hermann bestätigen diese Linie. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

¹⁵⁵ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2856416087969007>

2. Dezember

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Vor genau einem Monat hat ein islamistischer Terroranschlag Wien und ganz Österreich erschüttert. Zu diesem Anlass habe ich heute den Tatort besucht und im Gedenken an die Opfer eine Kerze entzündet. Der Anschlag war die traurige Konsequenz einer jahrelangen missglückten Migrations- und Integrationspolitik. Das Zulassen von Parallelgesellschaften, das verhätscheln und ignorieren gefährlicher islamischer Ausrichtungen sowie die Duldung des politischen Islams, sind der Nährboden für radikal-islamistische Attentäter wie jenem vom 2. November. Es bringt heute nichts, wenn man als FPÖ-Politiker darauf verweist, dass man genau davor immer gewarnt hat. Doch sollte diese schreckliche Tat zumindest die Folge haben, dass man künftig konsequent gegen solche Entwicklungen auftritt. Leider hat man vielmehr den Eindruck, dass wieder weggeschaut wird. Kaum jemand spricht heute noch über das islamistische Attentat. Wir dürfen nicht abstumpfen und uns niemals an solche Taten gewöhnen. Das Innenministerium hat rund um die schrecklichen Ereignisse vollkommen versagt. Es ist endlich Zeit aufzuräumen im Bereich des radikalen Islams. Gefährder laufen frei herum, Terrorsympathisanten leben im Gemeindebau und ganze Terror-Zellen organisieren sich mitten in Wien. Es muss endlich hart durchgegriffen werden. Es darf hier kein Pardon geben. Wir müssen die Zuwanderung aus muslimischen Ländern komplett stoppen und alle abschieben, die sich nicht integrieren wollen, kriminell werden oder irgendwelche radikalen Tendenzen aufweisen. Als heimatbewusster Österreicher und Politiker gibt es für mich nichts Bedeutenderes als für unsere Werte und für unsere Freiheit einzutreten. Wir dürfen dem politischen Islam in Wien und in ganz Österreich keinen Zentimeter Platz bieten, sondern müssen alles aus unserem Land verbannen, was uns in unserer Lebensweise einschränkt oder gefährdet. Wir weichen nicht zurück, sondern stehen gemeinsam für unsere Stadt Wien - für unsere Heimat Österreich! Euer Dominik“¹⁵⁶

Klassifizierung: Nepp stempelt durch die in Zusammenhang mit Terrorismus erhobene Forderung, „die Zuwanderung aus muslimischen Ländern komplett zu stoppen“, Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung ab. Er macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

3. Dezember

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Schluss mit der Zuwanderung aus islamischen Ländern!“¹⁵⁷

¹⁵⁶ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4762314427144499>

¹⁵⁷ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4764973886878553>


Dominik Nepp ✓
 Gestern um 08:15 · 🌐

**Schluss mit der Zuwanderung aus
 islamischen Ländern!**

Klassifizierung: Nepp macht deutlich, dass er Musliminnen und Muslime und überhaupt alle Menschen aus „islamischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

10. Dezember

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Das Geld der Wiener sollte auch für die Wiener eingesetzt werden und nicht in muslimischen oder linken Selbstbeschäftigungsvereinen versickern! Gerade in der jetzigen Krise muss diese Stadt für die echten Wiener da sein! Österreicher zuerst!“¹⁵⁸


Dominik Nepp ✓
 2 Std. · 🌐

Das Geld der Wiener sollte auch für die Wiener eingesetzt werden und nicht in muslimischen oder linken Selbstbeschäftigungsvereinen versickern! Gerade in der jetzigen Krise muss diese Stadt für die echten Wiener da sein! Österreicher zuerst!



¹⁵⁸ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4794800637229211>

Klassifizierung: Nepp spricht sich auf Facebook dagegen aus, „muslimischen Selbstbeschäftigungsvereinen“ in Wien Geld zur Verfügung zu stellen. Welche Vereine er dabei konkret meint, sagt er in seinem Posting nicht. Er formuliert eine deutliche Trennungslinie zwischen „muslimischen Selbstbeschäftigungsvereinen“ auf der einen Seite und „echten Wienern“ und „Österreichern“ auf der anderen Seite. Er deutet damit an, dass Geld, das an von Musliminnen und Muslimen geführte Einrichtungen fließt, nicht „für die (echten) Wiener“ eingesetzt werde. Nepps Ausgrenzungs- und Abwertungsrhetorik weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

22. Dezember

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hannes Amesbauer fordert in einer Presseaussendung ein „Islamverbotsgesetz“. Er schreibt: „Die einzige scharfe Waffe gegen den politischen Islam ist ein Verbotsgesetz. Die Herabwürdigung und Bekämpfung unseres demokratischen Rechtsstaats sowie unserer Grund- und Freiheitsrechte durch den politischen Islam müssen unter Strafe gestellt werden. Vier Tote mahnen dieses Islamverbotsgesetz als einzige angemessene Antwort auf den Terror nun ein.“

Klassifizierung: Amesbauer fordert in seiner Aussendung ein „Verbotsgesetz gegen den politischen Islam“. Gegen Ende seiner schriftlichen Ausführungen spricht Amesbauer jedoch nicht mehr vom „politischen Islam“, sondern von einem „Islamverbotsgesetz“. Er setzt damit „politischen Islam“ mit „Islam“ gleich und fordert ein Verbot einer (einzig) anerkannten Religionsgemeinschaft in Österreich. Nachdem es sich um einen schriftlichen Text handelt, muss davon ausgegangen werden, dass es sich beim Wort „Islamverbotsgesetz“ um keinen sprachlichen Ausrutscher handelt, es wurde auch keine Korrekturaussendung, wie sonst bei Fehlern in Presseaussendungen üblich, verfasst. Die Forderung nach dem Verbot einer gesamten anerkannten Religion in Österreich ist eine Forderung von beispielloser Radikalität und bedeutet nicht weniger als alle gläubigen Musliminnen und Muslime im Land unter Generalverdacht zu stellen und zu kriminalisieren. Die Aussendung von Amesbauer erhält durch die Reformulierung eines „Verbotsgesetz gegen den politischen Islam“ zu einem „Islamverbotsgesetz“ und durch die im Begriff „Islamverbotsgesetz“ enthaltene Generalverdachts- und Kriminalisierungslogik gegenüber Musliminnen und Muslimen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

31. Dezember

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet auf Facebook einen Zeitungsartikel über ein entferntes Kreuz an der Anatomie-Gedenkstätte am Wiener Zentralfriedhof. Im Zeitungsartikel wird Nepp mit den Worten „Es handelt sich um den nächsten Kniefall vor dem Islam. Wir leben in einem christlichen Land und daher soll es auf einem solchen Friedhof auch ein sichtbares Zeichen darstellen“ zitiert.¹⁵⁹ Im Posting schreibt er: „Der nächste Kniefall vor dem Islam! Wir leben in einem christlichen Land und daher soll das Kreuz auf einem solchen Friedhof auch ein sichtbares Zeichen darstellen.“¹⁶⁰ Die Friedhöfe Wien verweisen auf die „interkonfessionelle

¹⁵⁹ <https://www.krone.at/2308765>

¹⁶⁰ <https://www.facebook.com/135953609780627/posts/4878827655493175/?d=n>

Gestaltung“ der Gedenkstätte für Menschen, die ihren Körper der Wissenschaft vermacht haben. Da das Areal in die Jahre gekommen war, sei eine Umgestaltung erfolgt.¹⁶¹



Klassifikation: Nepp fordert „ein Kreuz“ auf einer neu gestalteten interkonfessionellen Gedenkstätte für Menschen, die ihren Körper der Wissenschaft vermacht haben, als sichtbares Zeichen dafür, dass „wir in einem christlichen Land leben“. Das Nichtanbringen eines Kreuzes bezeichnet Nepp als „Kniefall vor dem Islam“. Nepp stempelt damit die Religion von Musliminnen und Muslimen als Feindbild ab, vor der man keinen Kniefall machen dürfe. Diese Abwertungs- Ausgrenzungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

¹⁶¹

<https://www.friedhofewien.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/75472/programId/87468/contentTypeId/1001/channelId/-54304/contentId/77802>

Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen

Im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch werden mehr als 90 antimuslimisch-rassistische Aussagen und Veröffentlichungen, die im Jahr 2020 in der Sphäre der österreichischen Spitzenpolitik stattgefunden haben, dokumentiert und analysiert. Gegenüber dem Jahr 2019 bedeutet das einen starken Anstieg der Dichte an Vorfällen. Neben einschlägigen Einzelaussagen gab es auch eine Reihe an konzertierten antimuslimisch-rassistischen Kampagnen, darunter fünf Großkampagnen, die sich über mehrere Wochen hinweg erstreckten und an der sich eine Vielzahl an Politiker*innen beteiligten. Wichtiger Hintergrundfaktor im Jahr 2020 war die Coronavirus-Pandemie, die wesentlichen Raum in der Politik einnahm und auch zum Aufhänger für mehrere Wellen antimuslimisch-rassistischer Agitation wurde.

Hauptakteure im Jahr 2020

Bei den politischen Hauptakteuren der antimuslimisch-rassistischen Kampagnen gab es sowohl Kontinuitäten als auch Veränderungen. FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer sowie der Wiener FPÖ-Parteiobmann Dominik Nepp zählten auch 2020 wieder zu den politischen Hauptakteuren des antimuslimischen Rassismus in Österreich. Darüber hinaus nahm die steirische FPÖ unter ihrem Obmann, dem ehemaligen Verteidigungsminister Mario Kunasek, und seinem Stellvertreter Stefan Hermann eine Schlüsselrolle im antimuslimischen Rassismus in Österreich ein. Auch Teile der oberösterreichischen FPÖ unter Parteiobmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner beteiligten sich an der Stimmungsmache gegen Musliminnen und Muslime. Auffällig in Richtung Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Neidrhetorik gegenüber Musliminnen und Muslimen wurden darüber hinaus der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger sowie der Ende Jänner 2020 zum FPÖ-Generalsekretär ernannte Wiener Neustädter Bürgermeister-Stellvertreter Michael Schnedlitz. Gemeinsam mit weiteren FPÖ-Politikerinnen und -Politikern sowie FPÖ-Einrichtungen und FPÖ-nahen Organisationen verbreiteten sie über verschiedene Kommunikationskanäle die Inhalte und Bilder ihrer Aussagen und Kampagnen mit antimuslimisch-rassistischer Tendenz. Alle in diesem Bericht dokumentierten Vorfälle und Kampagnen betreffen Personen bzw. Organisationen, die der FPÖ angehören. Das bedeutet jedoch nicht, dass es nicht auch antimuslimischen Rassismus in anderen Parteien gibt. Was die FPÖ betrifft, kann jedoch gesagt werden, dass sie wie keine andere Partei seit Jahren kontinuierlich und systematisch daran arbeitet, gegen Musliminnen und Muslime gerichteten Rassismus in Österreich salonfähig zu machen und vorhandene Ressentiments zu verstärken und zur politischen Mobilisierung zu nutzen.

Extreme Dichte an rassistischen Kampagnen

Auffällig war im Jahr 2020 die extreme Dichte an rassistischen Vorfällen und Kampagnen. Die Agitation gegen Musliminnen und Muslime ist zu einem Hauptbestandteil der politischen Kommunikation der FPÖ geworden. Insgesamt wurden von SOS Mitmensch über 90 Aussagen und Veröffentlichungen von FPÖ-Spitzenpolitiker*innen registriert, die dem antimuslimisch-rassistischen Spektrum zugeordnet werden können. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Man trifft inzwischen schon im Wochentakt und in manchen Zeiträumen sogar im Tagesrhythmus auf Äußerungen, die Musliminnen und Muslime kollektiv abwerten, ausgrenzen oder als Feindbild markieren.

Corona-Pandemie als treibender Faktor für rassistische Kampagnen

Die Corona-Pandemie wurde von Teilen der Politik in mehreren Wellen genutzt, um Neid und Hass auf Musliminnen und Muslime anzufachen, sie kollektiv als Fremde zu markieren und

einer Abwertung zu unterziehen. Im Zentrum dieser Kampagnenwellen stand die Behauptung, Musliminnen und Muslime würden von Politik und Behörden bevorzugt behandelt werden. Von namhaften FPÖ-Politikern, darunter auch der FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl, wurde die Verschwörungsgeschichte gestreut, dass sich die Bundesregierung in ihren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie an den muslimischen Ramadan-Fasttagen ausgerichtet und gleichzeitig Christinnen und Christen mutwillig eingeschränkt und im Stich gelassen hätte. Im Jahresrückblick zeigte sich, dass die einzigen Feiertage, die von der Bundesregierung tatsächlich speziell in Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen Berücksichtigung fanden, christliche Feiertage waren, nämlich im Dezember 2020 das katholische und protestantische Weihnachten sowie im Jänner 2021 das orthodoxe Weihnachten.

Abwertung muslimischer Namen

Zu einem wesentlichen und wiederkehrenden antimuslimisch-rassistischen Kampagnenelement ist die Abwertung muslimischer Namen geworden. Menschen, die den Namen Muhammed tragen, wurden von FPÖ-Politikern mehrfach pauschal als negative Erscheinung oder gar als Bedrohung markiert und muslimisch klingende Namen kollektiv abgewertet. Ankerpunkt für solche rassistisch motivierten Namenskampagnen waren und sind Namensrankings von in Österreich oder Deutschland gelegenen Orten, in denen der Name Muhammed (unter Zusammenfassung unterschiedlicher Schreibweisen) eine vordere Platzierung einnimmt. Diese ausgewählten Rankings werden von einigen Politikern als Beleg für eine „bedrohliche Entwicklung“ für „Demokratie, Kultur und Sicherheit“ herangezogen und Musliminnen und Muslime damit kollektiv als Bedrohung markiert.

Ausgrenzung von Frauen mit Kopftuch

Ein weiteres wiederkehrendes Element antimuslimisch-rassistischer Kampagnen ist die Markierung von Frauen, die Kopftuch tragen, als Inbegriff des Fremden sowie des Problem- und Defizitbehafteten. Negative Phänomene (wie etwa Leseschwächen) oder negative Vorkommnisse (wie etwa das Nichtbefolgen von Verordnungen) wurden auch im Jahr 2020 wieder gezielt mit Frauen, die Kopftuch tragen, bebildet. Diese Bebilderung wurde darüber hinaus dazu verwendet, um einzelnen negativen Phänomenen und Vorkommnissen einen insgesamt muslimischen Stempel zu geben – und damit kollektiv Musliminnen und Muslime negativ abzustempeln.

Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Musliminnen und Muslime

Ein wiederkehrendes antimuslimisch-rassistisches Kampagnenelement ist die Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Musliminnen und Muslime. FPÖ-Politiker greifen seit einigen Jahren Spitzenpolitiker*innen anderer Parteien sowie Repräsentant*innen des Staates dafür an, dass sie auch Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime richten. Damit werden nicht nur Musliminnen und Muslime und ihre Feiertage abgewertet, es soll damit auch Druck auf die Politik ausgeübt werden, keine Feiertagsgrüße mehr an Musliminnen und Muslime zu richten. Einige Spitzenrepräsentant*innen des Staates Österreich haben diesem Druck inzwischen teilweise nachgegeben und damit einen Kniefall vor dem antimuslimischen Rassismus vollzogen. So gibt es von Bundeskanzler Sebastian Kurz seit einigen Jahren keine Feiertagsgrüße mehr an Musliminnen und Muslime auf Facebook, während er anderen Religionsgemeinschaften dort weiterhin Feiertagsgrüße ausrichtet. Auch Integrationsstaatssekretärin Susanne Raab agiert merklich zurückhaltend bei Feiertagsgrüßen an Musliminnen und Muslime. Dieses offenkundige Nachgeben von Spitzenrepräsentant*innen der Republik Österreich gegenüber antimuslimisch-rassistischen Kampagnen zeigt, dass die in

diesem Bericht dokumentierten Fälle nur die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs sind, der nicht nur alleine die FPÖ betrifft.

Nur die Spitze eines Eisbergs

SOS Mitmensch hat nur solche Fälle in die vorliegende Dokumentation aufgenommen, bei denen die antimuslimisch-rassistische Tendenz eindeutig erkennbar ist. Fälle, bei denen in der Rhetorik oder der Bildsprache die Tendenzen in Richtung antimuslimischer Rassismus zwar naheliegend, aber nicht eindeutig waren, wurden nicht aufgenommen. Beispiel dafür sind etwa Aussagen und Bilder, die sich gegen in Österreich lebende Türkinnen und Türken und gegen die „Istanbulisierung“ Österreichs richten, in denen Musliminnen und Muslime aber nicht explizit Erwähnung finden. Auch Fälle, in denen ein Nachgeben gegenüber antimuslimischem Rassismus stattgefunden hat, wie etwa bei der erwähnten Absenz von Feiertagsgrüßen an Musliminnen und Muslime auf Facebook von Repräsentant*innen des Staates, wurden nicht in die Fallchronologie hineingenommen. Darüber hinaus sind in die vorliegende Dokumentation ausschließlich Vorfälle und Kampagnen aus der Spitzenpolitik und nicht auch aus der Lokalpolitik eingeflossen. Daher sei an dieser Stelle nochmals nachdrücklich betont, dass es sich bei den dokumentierten Fällen lediglich um die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs an antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik handelt.

Abstempelung von Musliminnen und Muslimen als „ewige Fremde“

Das ideologische Fundament des antimuslimischen Rassismus war auch im Jahr 2020 die Abstempelung von Musliminnen und Muslimen als „ewige Fremde“ in Österreich, denen die volle Zugehörigkeit zur österreichischen Gesellschaft verweigert wird. Dazu wurde in antimuslimisch-rassistischen Wortmeldungen eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ konstruiert und eine fixe, unauflösliche und bis in die Ewigkeit gedachte Trennlinie zwischen diesen beiden als homogen konstruierten Gruppen gezogen. Auf Grundlage dieses ideologischen Fundaments wurden und werden kollektive Vorurteile, Angst, Neid und Hass gegen Musliminnen und Muslime geschürt. Musliminnen und Muslimen werden als Sündenböcke für unpopuläre Maßnahmen und negative Entwicklungen abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt und kollektiv abgewertet und ausgegrenzt.

Berichte von SOS Mitmensch zeigen Wirkung

Seit Veröffentlichung des ersten Berichts von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik, ist den Politikerinnen und Politikern im Land klar, dass ihre antimuslimisch-rassistischen Äußerungen beobachtet, dokumentiert und analysiert werden. Das hat dazu geführt, dass teilweise vorsichtiger formuliert wird und einige besonders radikale rassistische Äußerungen und Forderungen gegen Musliminnen und Muslime nicht mehr wiederholt wurden. So wurde die Forderung nach Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom sozialen Wohnbau, wie sie von der Wiener FPÖ im Jahr 2018 erhoben wurde, nicht noch einmal wiederholt, aber auch nicht zurückgenommen. Auch die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime wurde nicht erneut skandalisiert. Während es gelungen ist, einige der absoluten Spitzen der antimuslimisch-rassistischen Rhetorik zu kappen, hat es gleichzeitig eine Verdichtung dieser Rhetorik gegeben – eine alarmierende Entwicklung.

Teilweise neue Verpackung für antimuslimischen Rassismus

Die Wirkung der Berichte von SOS Mitmensch zeigt sich auch in einer teilweise veränderten rhetorischen Verpackung von antimuslimischem Rassismus. So bewegen sich inzwischen viele

Äußerungen und Kampagnen an der Schnittstelle zwischen Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus. Die betreffenden Äußerungen und Kampagnen richten sich vordergründig gegen „den Islam“ oder „islamische Länder“, die pauschal dämonisiert und abgewertet werden. Diese pauschale und undifferenzierte Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ und aller Menschen in „islamischen Ländern“ richtet sich zugleich aber auch gegen alle (religiösen) Musliminnen und Muslime, die als „ewig fremd“ und kollektiv bedrohlich markiert und kollektiv abgewertet wurden. In islamfeindlichen Äußerungen wird immer wieder die unauflösbare Spaltung in eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ eingewoben. Die Tendenz, verstärkt vordergründig auf Islamfeindlichkeit zu setzen, bei der rassistische Angriffe auf Musliminnen und Muslime nicht offen kommuniziert werden, aber eingewoben sind, kann als Versuch der Kampagnenbetreiber*innen gewertet werden, sich weniger leicht angreifbar zu machen und sich die Berufung auf „Religionskritik“ offen zu halten. Doch die pauschale Dämonisierung und Abwertung nur einer einzigen Religion, ohne jeglichen Ansatz der Differenzierung und ohne jegliche argumentative Auseinandersetzung, ist keine konkrete und schon gar keine sachliche oder ausgewogene Kritik, sondern reine Feindlichkeit. Diese Feindlichkeit trifft durch ihre Pauschalität nicht nur die zum Feindbild erkorene Religion, sondern auch alle Angehörigen dieser Religion. Zu den Elementen der angesprochenen pauschalen Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ zählen unter anderem:

- das pauschale Gleichsetzen von „Islam“ mit „Islamismus“ bzw. „Islam“ mit „politischem Islam“.
- das Erfinden von negativ aufgeladenen pauschalisierenden religiös anmutenden Ersatzbegriffen für (religiöse) Musliminnen und Muslime, wie beispielsweise den Begriff „Scharia-Eltern“ (im Jahr 2019) – und die Nutzung dieser Ersatzbegriffe zur pauschalen Abwertung von Musliminnen und Muslimen.
- das pauschale Ablehnen von religiösen Feiertagen, ausschließlich, wenn es sich um von Musliminnen und Muslimen begangene Feiertage handelt.
- das pauschale Ablehnen von Gebetshäusern, ausschließlich, wenn es sich um von Musliminnen und Muslimen benutzte Gebetshäuser handelt.
- das pauschale Ablehnen und als Bedrohung markieren von allen Menschen aus „islamischen/muslimischen Ländern“.

Formen des antimuslimischen Rassismus 2020

Folgende Formen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik sind im Bericht über das Jahr 2020 unter anderem erfasst:

- Muslimische Namen werden abgewertet und negativ abgestempelt: etwa, wenn das Vorkommen bzw. die Häufigkeit des Namen „Muhammed“ per se als bedrohlich dargestellt und mit „gescheiterter Integrationspolitik“, einem „islamistischen Gottesstaat“ und der Bedrohung von „Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie“ gleichgesetzt wird, oder wenn Menschen mit muslimischen Namen per se als potenzielle Kriminelle abgestempelt werden.
- Unbequemen Personen wird ein Religionsstempel aufgedrückt, der die gesamte öffentliche Wahrnehmung der Person prägen soll: etwa, wenn jemand, der Anzeige gegen einen FPÖ-Politiker erstattet, zum „Partei-Moslem“ erklärt und ohne jeglichen Sachzusammenhang mit „Scharia“ und „Islamisierung“ in Verbindung gebracht wird.
- Musliminnen und Muslime werden als unwert dargestellt, Geldleistungen vom Staat zu erhalten: etwa, wenn „Geld für muslimische Zuwanderer“ mit „Geld für esoterischen Hokusfokus“ gleichgesetzt und skandalisiert wird.

- Musliminnen und Muslime werden zum Sündenbock für das Entfernen religiöser Symbole gemacht: etwa, wenn in einem neu gebauten Krankenhaus oder auf einer renovierten Gedenkstätte keine Kreuze angebracht werden und das als „Kniefall vor dem Islam“ bzw. „Unterwerfung vor dem Islam“ dargestellt wird und darüber hinaus Musliminnen und Muslimen nahegelegt wird, das Land zu verlassen.
- Musliminnen und Muslime werden zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht: etwa, wenn angedeutet wird, Musliminnen und Muslime wären schuld an Kirchenschließungen während der Corona-Pandemie
- Musliminnen und Muslime werden pauschal als defizitbehaftet abgewertet: etwa, wenn kopftuchtragende Frauen als prototypisch für Personen mit Leseproblemen dargestellt werden.
- Musliminnen und Muslime werden als „ewige Fremde“ abgestempelt: etwa, wenn fixe Grenzlinien zwischen „den Muslimen“ und „den Österreichern“ gezogen werden, oder wenn Musliminnen und Muslime kollektiv als „Ausländer“ dargestellt werden, oder wenn ein rein christliches „Wir“ formuliert wird, das Musliminnen und Muslime kollektiv ausschließen soll.
- Es wird kollektiver Neid gegen Musliminnen und Muslime geschürt: etwa, wenn Musliminnen und Muslime als privilegierte Personen präsentiert werden, die sich nicht an alle Regeln und Gesetze halten müssten, oder denen eine „Sonderbehandlung“ zuteil komme, oder wenn Verschwörungsgeschichten über „Kulturboni“ an Musliminnen und Muslime in den Raum gestellt werden und beispielsweise behauptet wird, die Politik würde sich an islamischen Feiertagen ausrichten.
- Negative Phänomene werden auf Musliminnen und Muslime reduziert: etwa, wenn bezüglich der Nichteinhaltung von Corona-Regeln ausschließlich Fälle mit mutmaßlichen Muslim*innen als handelnden Personen herangezogen werden, oder wenn „Massenbesuche in Spitälern“ mit Frauen mit Kopftuch bebildert werden.
- Musliminnen und Muslimen wird abgesprochen, bestimmte Berufe ausüben zu können: etwa, wenn bei Menschen marokkanischer Herkunft pauschal in Frage gestellt wird, ob diese geeignet „für die Pflege von römisch-katholischen Menschen“ seien.
- Religionszugehörigkeits-Zählungen werden durchgeführt, um die Bevölkerung zu spalten, Bedrohungsbilder zu kommunizieren und gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln: etwa, wenn alleine das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen und/oder die Zunahme der Anzahl an Musliminnen und Muslimen ohne weitere Begründung per se als etwas Negatives, Gefährliches oder Skandalöses dargestellt wird, oder Musliminnen und Muslime pauschal als „die falschen Menschen“ bezeichnet werden, die man ins Land geholt habe.
- Jegliche religiöse Praxis von Musliminnen und Muslime wird pauschal und undifferenziert als Bedrohung für die Sicherheit dargestellt: etwa, wenn das Begehen islamischer Feiertage auf eine Stufe mit „Islamismus“ gestellt wird, oder jegliche Gebetshäuser für Musliminnen und Muslime (und nur Gebetshäuser für Musliminnen und Muslime) pauschal als Bedrohung markiert werden.
- Handlungen von Muslim*innen, die nichts mit Religion zu tun haben, werden mit islamistischer Ideologie in Zusammenhang gebracht: etwa, wenn eine Schülerin, die Schüler*innenvertreterin ist, ein Interview zu den schulbezogenen Corona-Maßnahmen der Bunderegierung gibt und daraufhin ohne Sachzusammenhang mit „der Ideologie der Muslimbrüder“ in Verbindung gebracht und ideologisch abgestempelt und abgewertet wird, alleine weil sie ein Kopftuch trägt.

- Feiertage von Musliminnen und Muslime werden kriminalisiert: etwa, wenn der Fastenmonat Ramadan in einem Atemzug mit „Kriminalität von Nichtösterreichern“ genannt wird.
- Feiertagsgrüße an Musliminnen und Muslime werden abgewertet und skandalisiert: etwa, wenn Ramadan-Feiertagsgrüße des österreichischen Bundespräsidenten als „billige Anbiederung“ bezeichnet werden, oder die Feiertagsgrüße des deutschen Bundespräsidenten an Musliminnen und Muslime als „pervers“ bezeichnet werden.
- Räume zur Ausübung von Religion werden ausschließlich bei Musliminnen und Muslimen pauschal abgelehnt: etwa, wenn der Wunsch nach Vergrößerung eines Gebetsraumes am Flughafen mit „Islamismus“ in Zusammenhang gebracht und Muslime als Feindbildgruppe dargestellt werden, denen man „nicht noch mehr Gebetsteppiche auszurollen brauche“, oder wenn ausschließlich Türme auf Moscheen verboten werden sollen, nicht aber Türme auf anderen Gebetshäusern.
- Das Wort „Islamisierung“ wird zu einer Kategorie der rassistischen Ausgrenzung gemacht: etwa, wenn das Wort nicht in Zusammenhang mit Religion oder fundamentalistischen Religionsströmungen verwendet wird, sondern in Zusammenhang mit „Dönerbuden“, „türkischen Greißlern“, „türkischen Liedern“ oder „arabischen Wörtern“.
- Als Musliminnen und Muslime gelesene Menschen werden kollektiv mit Scharia-Sanktionen in Verbindung gebracht: etwa, wenn Corona-Regeln zum Anlass genommen werden, um eine konfessionslose, aber muslimisch gelesene, Ministerin mit „Sanktionen gemäß der Scharia“ in Verbindung zu bringen.
- Es wird gefordert die Grenzen ausschließlich oder insbesondere für Musliminnen und Muslime bzw. ausschließlich oder insbesondere für Menschen aus „islamischen“ oder „muslimischen“ Ländern zu schließen: etwa, wenn ein „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“ gefordert wird.

Fehlende Konsequenzen von antimuslimischem Rassismus

SOS Mitmensch beobachtet mit großer Sorge, dass antimuslimischer Rassismus in der Spitzenpolitik in Österreich bislang nahezu keine Konsequenzen nach sich zieht. Für keine*n Politiker*in hatten im Jahr 2020 antimuslimisch-rassistische Äußerungen negative Konsequenzen. Niemand musste deshalb zurücktreten. Niemand wurde deshalb aus einer Partei ausgeschlossen. Niemand wurde deshalb von der Bundesregierung oder von Landesregierungen kritisiert. Niemand hat nach einer antimuslimisch-rassistischen Äußerung Reue gezeigt oder sich entschuldigt.

Spitzenpolitik sendet keine Signale zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus

Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass in Österreich von Seiten der verantwortlichen Spitzenpolitik bislang keine Signale und Handlungen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus gesetzt wurden. Dabei ist antimuslimischer Rassismus – so wie auch andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung – ein gefährliches gesellschaftszerstörendes Phänomen. In einer Gesellschaft, die auf Demokratie und Menschenrechten fußt, muss antimuslimischer Rassismus geächtet und bekämpft werden. Bei dieser Aufgabe kommt den politischen Institutionen und gewählten Politikerinnen und Politikern eine besondere Verantwortung zu, die bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Andere Länder, wie beispielsweise Deutschland oder Norwegen, haben auf den Anstieg an antimuslimisch-rassistischen Handlungen bereits reagiert (siehe die folgende Liste an Forderungen).

Auf Grundlage des vorliegenden Berichts fordert SOS Mitmensch:

- Alle politischen Kräfte in Österreich, die sich innerhalb des demokratischen Spektrums positionieren, müssen sich deutlich gegen antisemitische, antimuslimisch-rassistische oder sonstige rassistische Spaltung stellen. Das Ausnutzen, der seit Anfang 2020 grassierenden Corona-Pandemie für Spaltungs-, Neid- und Hassrhetorik muss scharf verurteilt werden.
- Jegliche Forderung nach kollektiver Ausgrenzung, Entrechtung oder Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf zurückgewiesen werden.
- Jegliche Kampagne, die kollektiv gegen Musliminnen und Muslime aufwiegelt und aufhetzt, muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf verurteilt werden.
- Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus muss politische Chef- und Chefinnen-Sache werden und von der Bundesregierung entschieden angegangen werden. Gleiches gilt auch für den Kampf gegen andere Formen des Rassismus sowie anderer Formen der auf die Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit abzielenden Spaltung, Hetze und Diskriminierung.
- Parteien und Politiker*innen, die rassistische Kampagnen betreiben, dürfen nicht mit Regierungsmacht ausgestattet werden.
- In Deutschland hat das Innenministerium im September 2020 einen „Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ bestehend aus „zwölf Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis“ ins Leben gerufen. Dieser „Unabhängige Expertenkreis“ soll „Muslimfeindlichkeit analysieren“ und innerhalb von zwei Jahren einen Bericht herausgeben, der unter anderem „Empfehlungen für den Kampf gegen Muslimfeindlichkeit für verschiedene Bereiche und Ebenen“ beinhaltet.¹⁶² In Norwegen hat die Regierung einen „Handlungsplan gegen Diskriminierung von Muslim*innen“ entwickelt.¹⁶³ Die österreichische Bundesregierung sollte diesen Beispielen folgen und ebenfalls ein Expert*innen-Gremium berufen, das sich spezifisch mit antimuslimischem Rassismus beschäftigt und einen Handlungsplan zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus entwickelt.
- Als Grundlage für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus braucht es eine von der Bundesregierung anerkannte Definition. Auch dazu sollte raschestmöglich eine Arbeitsgruppe installiert werden. Die Definition, die im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch verwendet wird, kann als Grundlage für die Erarbeitung einer von der österreichischen Bundesregierung und maßgeblichen österreichischen Institutionen anerkannten Definition dienen.
- Alle Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen sowie alle Vorsitzenden der im Parlament und in den Landtagen vertretenen Parteien müssen ein klares Bekenntnis abgeben, dass Musliminnen und Muslime, genauso wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionsbekenntnis, ein wichtiger Bestandteil Österreichs sind.
- Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit, muss von allen politischen Akteur*innen als Grundwerte unserer Demokratie anerkannt werden.

¹⁶² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/09/expertenkreis-muslimfeindlichkeit.html>

¹⁶³ <https://www.regjeringen.no/contentassets/b2a6fd21c6a94bae83d5a3425593da30/handlingsplan-mot-diskriminering-av-og-hat-mot-muslim-2020-2023.pdf>

- Antirassistische Grundwerte müssen in Bildungsprogramme für junge Menschen ebenso wie in Bewusstseinskampagnen für Erwachsene einfließen.

Für SOS Mitmensch ist klar: Das Ausnutzen der Pandemie für antimuslimisch-rassistische Spaltung und Agitation zeigt einmal mehr das gefährliche Potenzial von Rassismus. Daher braucht es in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber der zerstörerischen Kraft von Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien salonfähig zu machen.

Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Österreich braucht eine breite, starke und von Politik, Medien und Zivilgesellschaft unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.

Weitere Informationen: www.sosmitmensch.at